



JAHRESABSCHLUSS FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2017 UND ZUSAMMENGEFASSTER LAGEBERICHT

MAINOVA AKTIENGESELLSCHAFT

INHALTSVERZEICHNIS

4 ZUSAMMENGEFASSTER LAGEBERICHT

- 4 ___ Grundlagen des Konzerns
- 10 ___ Wirtschaftsbericht
- 20 ___ Prognose-, Chancen- und Risikobericht
- 28 ___ Sonstige Angaben
- 31 ___ Erläuterungen zum Jahresabschluss der Mainova AG (HGB)

36 JAHRESABSCHLUSS

- 36 ___ Bilanz
- 37 ___ Gewinn- und Verlustrechnung
- 38 ___ Anhang
- 68 ___ Bestätigungsvermerk
- 75 ___ Versicherung der gesetzlichen Vertreter

76 GRAFIK- UND TABELLENVERZEICHNIS

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit haben wir in der Regel auf geschlechtsspezifische Doppelnennungen verzichtet.

ZUSAMMENGEFASSTER LAGEBERICHT

für das Geschäftsjahr 2017

GRUNDLAGEN DES KONZERNS













Als börsennotiertes Unternehmen hat die Mainova Aktiengesellschaft (Mainova AG) ihren Konzernabschluss (im Folgenden wird der Mainova-Konzern als Mainova bezeichnet) nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union (EU) anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315 a Abs. 1 Handelsgesetzbuch (HGB) zu beachtenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Der Lagebericht der Mainova AG und der Konzernlagebericht wurden gemäß den §§ 315 Abs. 3 und 298 Abs. 2 HGB zusammengefasst.

GESCHÄFTSMODELL

Mainova ist in der Versorgung mit leitungsgebundenen Energieträgern und Wasser sowie in artverwandten Dienstleistungen tätig. Wir versorgen rund eine Million Menschen überwiegend in Hessen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen mit Strom und Gas. In Frankfurt am Main bieten wir unseren Kunden zusätzlich Wärme und Wasser an. Zudem beliefern wir regionale Energieversorgungsunternehmen (Energiepartner) sowie bundesweit Geschäftskunden mit Strom und Gas. Auch energie-

SEGMENTAUFTEILUNG NACH WERTSCHÖPFUNGSTUFEN

G 01

Wertschöpfungsstufen Segmente	 ERZEUGUNG	 HANDEL	 VERTRIEB	 NETZ	 SONSTIGES
	 Wärme- und Stromerzeugung	✓	✓		
 Stromversorgung		✓	✓	✓	✓
 Gasversorgung		✓	✓	✓	✓
 Wärmeversorgung		✓	✓	✓	✓
 Wasserversorgung		✓	✓	✓	✓
 Beteiligungen				✓	✓
 Sonstige Aktivitäten/ Konsolidierung	✓	✓	✓	✓	✓

nahe Dienstleistungen gewinnen zunehmend an Bedeutung. Als Betreiber von Versorgungsnetzen stellen wir Dritten den Netzzugang und -anschluss zur Verfügung und gewährleisten den sachgerechten Transport von Energie und Wasser.

Unser operatives Kerngeschäft nehmen im Wesentlichen die Mainova AG und drei Tochterunternehmen wahr. Die NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH (NRM) pachtet und betreibt das Strom- und Gasnetz der Mainova AG. Für die Fernwärme- und Wasserversorgungsnetze übernimmt sie die Betriebsführung. Die Aufgaben der Mainova ServiceDienste Gesellschaft mbH (MSD) erstrecken sich auf das Messwesen, die Abrechnung der gelieferten Strom-, Gas-, Wärme- und Wassermengen, die Kundenbetreuung sowie das Forderungsmanagement. Die SRM Straßenbeleuchtung Rhein-Main GmbH (SRM) betreut überwiegend das Straßenbeleuchtungsnetz in Frankfurt am Main.

Unsere Aktivitäten im Bereich der erneuerbaren Energien mit Ausnahme der energienahen Dienstleistungen bündeln wir in Tochter- und Beteiligungsunternehmen. Dabei handelt es sich vorrangig um Onshore-Windparks und Photovoltaikanlagen.

Das Segment Wärme- und Stromerzeugung umfasst die Erzeugungsanlagen der Mainova AG und der Tochterunternehmen sowie nach der Equity-Methode einbezogene und weitere Beteiligungen an Erzeugungsgesellschaften.

In der Strom-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung wird jeweils die gesamte Wertschöpfungskette vom Handel über den Vertrieb bis hin zur Verteilung unserer Produkte abgebildet.

Mit Ausnahme der Erzeugungsgesellschaften ist unser gesamtes Beteiligungsportfolio dem Segment Beteiligungen zugeordnet.

Im Segment Sonstige Aktivitäten/Konsolidierung sind unter anderem IT-Dienstleistungen an Dritte und Anlagenverkäufe, die nicht in Zusammenhang mit unserem Kerngeschäft stehen, enthalten. Hierbei handelt es sich um Nebengeschäfte, die eine untergeordnete Steuerungsrelevanz haben. Zudem sind Konsolidierungseffekte enthalten.

UNTERNEHMENSSTRATEGIE UND NACHHALTIGKEIT

Strategie „Mainova 2028“

Die im Jahr 2017 erarbeitete Unternehmensstrategie „Mainova 2028“ zeigt auf, wie wir unseren Weg in die neuen Energiewelten konsequent weitergehen wollen. Dabei haben wir unsere Vision und Mission als Eckpunkte unserer Strategie überdacht und aktualisiert.

Hintergrund der strategischen Neuausrichtung ist der rasante Wandel der gesamten Branche, dem wir uns als bedeutender Regionalversorger selbstbewusst stellen.

Die wesentlichen Einflussgrößen auf unser Geschäft führen zu einem signifikanten Wandel in der Wertschöpfung:

- › **Dekarbonisierung:** Klimaschutzpolitische Ziele auf allen Ebenen (Bund, Land, Stadt Frankfurt) fordern eine Umstellung der Energiewirtschaft auf CO₂-arme Prozesse.
- › **Dezentralisierung:** Das Wachstum der erneuerbaren Energien bewirkt neue Konstellationen der Erzeugungsstandorte und -kapazitäten sowie ihrer zeitlichen Verfügbarkeit. Die aus der alten Energiewelt bekannte Trennung zwischen Konsumenten und Produzenten löst sich zunehmend auf.
- › **Digitalisierung:** Die Vernetzung von Anwendungen, Geschäftsprozessen und Technologien wirkt auch auf die Energiebranche. Sie ist mehr als ein rein technischer Prozess und verändert Ökonomie und Gesellschaft grundlegend. Energieversorgungsunternehmen (EVU) müssen die Art und Weise, wie sie ihren Kunden begegnen und sie begleiten, völlig neu denken.
- › **Demografischer Wandel:** Die Bevölkerungsentwicklung bringt vielfältige Herausforderungen mit sich. Unter anderem sind zunehmende Alterung infolge niedriger Geburtenraten, Schrumpfung strukturschwacher Regionen und Wachstum von Ballungsgebieten miteinander in Einklang zu bringen.
- › **Die Region Frankfurt und Rhein-Main:** Die Metropolregion Frankfurt boomt und ist attraktiv für energie- und datenintensive Branchen. Zudem wird die Bevölkerung der Stadt Frankfurt in den nächsten Jahren entgegen dem Bundestrend weiter wachsen. Dies erfordert eine Anpassung der Infrastruktur.

Signifikanter Wandel der Wertschöpfung

Zugang und Nutzung von komplexen Produkten und Dienstleistungen intuitiv gestalten

Die Mainova hat sich in den vergangenen Monaten im Rahmen ihres strategischen Planungsprozesses intensiv mit den Implikationen dieser Einflussgrößen auseinandergesetzt und die Unternehmensstrategie entsprechend weiterentwickelt.

Unsere Vision: Erste Wahl für Energielösungen

Unsere Ambition ist es, Mainova in Frankfurt, der Region Rhein-Main und darüber hinaus als einen der Top-Energieversorger zu positionieren. Dieses Ziel repräsentiert unsere neue Vision „Mainova: Erste Wahl für Energielösungen“.

Fokus auf integrierte Angebote

Unter „Erste Wahl“ verstehen wir: Mainova ist der bevorzugte Ansprechpartner für alle aktuellen und potenziellen Kunden, wenn es um energiewirtschaftliche Fragestellungen geht. Der Fokus auf Lösungen schließt das klassische Kerngeschäft, also den Vertrieb von Strom, Gas, Wärme und Wasser, explizit ein. Wir sind überzeugt, dass die neue Energiewelt sich durch wertschöpfungsübergreifende Kundenlösungen auszeichnen wird.

Wo früher isolierte Einzellösungen aus einzelnen Wertschöpfungsstufen die Regel waren, so liegt die Zukunft in integrierten Produkt- und Dienstleistungsangeboten. Dies können assetbasierte Dienstleistungen sein, wie beispielsweise eine dezentrale Erzeugungslösung für Hausbesitzer und Mieter beziehungsweise die Immobilienwirtschaft oder auch Energiemanagement-Dienstleistungen für industrielle Großkunden. Solche Angebote werden wir verstärkt wertschöpfungsstufenübergreifend entwickeln und vermarkten. Erfolgreiche, bereits im Markt etablierte Beispiele sind unsere Elektromobilitätslösungen für Privat- und Geschäftskunden oder auch unser Angebot „Mainova Mieterstrom“. „Mainova Mieterstrom“ bringt die Energiewende in den urbanen Raum und ermöglicht, dass auch Mieter an der Energiewende teilhaben können. Mit diesem Produkt schaffen wir die Voraussetzung dafür, dass die Bewohner des Gebäudes grünen, direkt auf dem Dach des Wohngebäudes erzeugten Strom erhalten. Mieterstrom mit Mainova wurde bereits in mehr als 100 Objekten realisiert.

Unsere Mission: Wir kümmern uns, dass Energie einfach funktioniert

Wir werden unsere Ziele nur dann erreichen, wenn wir uns selbst hinterfragen und unseren internen Kompass neu ausrichten. Die Ergebnisse unserer Überlegungen haben wir in der aktualisierten Mainova-Mission konkretisiert: „Wir kümmern uns, dass Energie einfach funktioniert“.

Wir stehen dafür, Zugang und Nutzung von komplexen Produkten und Dienstleistungen für unsere Kunden professionell und einfach zu gestalten. Wir stellen das jeweils passende Angebot so bereit, dass es einfach funktioniert – ob bei standardisierten oder individuellen Lösungen. Insofern hat jeder unserer Mitarbeiter den Anspruch, das Leben unserer Kunden in Energiefragen möglichst angenehm zu gestalten.

Der Erfolg der durch Vision und Mission repräsentierten Strategie „Mainova 2028“ basiert auf fünf Säulen, die wir in zentralen strategischen Themenfeldern zusammengefasst haben:

- › **Kunden im Mittelpunkt:** Trends wie Digitalisierung und Dezentralisierung haben massive Auswirkungen auf die Energiewirtschaft. Auch die Ansprüche unserer Kunden wachsen merklich. Sie erwarten zu Recht innovative Lösungen sowie exzellentes Service – schnell und unkompliziert. Diesen Erwartungen wollen wir künftig durch einen noch konsequenteren Kundenfokus bei all unseren Aktivitäten gerecht werden. Diesen Anspruch haben natürlich auch unsere Wettbewerber. Wir wollen und müssen deshalb besser und vor allem schneller sein, wenn es um die Befriedigung der Kundenbedürfnisse geht.
- › **Beste Prozesse leben:** Das Nachfrageverhalten unserer Kunden verändert sich immer schneller und erfordert eine hohe Adaptionsgeschwindigkeit und Flexibilität. Diese muss durch unsere Prozesse und Strukturen ermöglicht werden. Wir werden aus diesem Grund alle unsere Prozesse künftig konsequent vom Kunden her denken. Unser Ziel sind exzellente Prozesse in allen Bereichen unseres Unternehmens.
- › **Den Wandel meistern:** Unsere Mitarbeiter sind der Schlüssel zum Erfolg. Um unsere Vision zu erreichen, müssen wir sie durch gezielte Personalentwicklung und den notwendigen Wissenstransfer befähigen, Herausforderungen wie Digitalisierung und die Konsequenzen des demografischen Wandels zu meistern. Durch eine strategische Personal- und Nachfolgeplanung müssen wir frühzeitig ermitteln, wie wir spezifisches Wissen ausscheidender Mitarbeiter im Unternehmen erhalten können und welche Kompetenzen wir zukünftig benötigen werden. Die Infrastruktur, die wir im Rhein-Main-Gebiet zum Zwecke der Strom-, Gas-, Wasser- und Wärmeversorgung betreiben, muss sich der wachsenden Bevölkerungs- und Stadtentwicklung anpassen. Insbesondere die Dimensionierung der künftigen Strom- und Wärmenetze sowie die Einbindung neuer Technologien für Strom- und Wärmeerzeugung benötigen intensive Planungen und weichenstellende Entscheidungen.

- › **Digitalisierung:** Die Vernetzung von Daten, Technik und Menschen bietet uns neue unternehmerische Möglichkeiten. Ob Erfolg am Markt mit neuen Lösungen und neuen Formen der Kundeninteraktion oder höhere Effektivität und Effizienz durch digital unterstützte Prozesse: Wir haben uns vorgenommen, zu einem digitalen Vorreiter der Energieversorgung zu werden. Deshalb müssen wir auch die an vielen Stellen im Unternehmen anfallenden Datenmengen digitalisieren, gezielter auswerten und nutzbar machen, um daraus Mehrwerte für unsere Kunden zu generieren. Konkrete Anwendungsfälle sind beispielsweise ein verbesserter Kundenservice oder ein individualisierteres Produktangebot. Um dabei erfolgreich zu sein, müssen wir die dafür erforderlichen Strukturen etablieren und die benötigten Kompetenzen aufbauen.
- › **Zusammenarbeit:** Damit wir schneller auf die Anforderungen unserer Kunden reagieren können und unsere Lösungen zeitnah angeboten

werden können, müssen wir stärker bereichsübergreifend zusammenarbeiten. Dies verlangt von den Mitarbeitern von Beginn an Teamarbeit, eine übergeordnete Sicht auf die Prozesse und die gemeinsame Übernahme von Verantwortung. Um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, werden wir die interdisziplinäre Zusammenarbeit innerhalb der Mainova durch moderne Arbeitsmethoden und Möglichkeiten zum kreativen Arbeiten stärker fördern.

Jedes unserer strategischen Themenfelder haben wir mit konkreten Projekten hinterlegt. Wir verstehen unsere Unternehmensstrategie dabei nicht als statischen Arbeitsplan: Auf wesentliche Veränderungen unseres Umfelds, zum Beispiel neue politische Rahmenbedingungen oder Trends im Kontext Digitalisierung, wollen wir schnell und dynamisch reagieren. Hierfür planen wir regelmäßige strategische Reviews, in denen wir die Anpassungsbedarfe an unserer Strategie transparent machen und zügig umsetzen.

UNSERE UNTERNEHMENSSTRATEGIE

G 02



Nachhaltigkeit

Als Unternehmen der kommunalen Daseinsvorsorge gehört es zu unserem Selbstverständnis, unserer Verantwortung für Frankfurt und die Region Rhein-Main gerecht zu werden.

Unser Verständnis von Nachhaltigkeit wird in den folgenden fünf Dimensionen abgebildet:

- 1. Langfristiger Erfolg** umfasst die ökonomische Komponente der Nachhaltigkeit und ist die Grundvoraussetzung für soziales und ökologisches Engagement.
- 2. Leistungsfähige Technik** beschreibt die langfristigen Investitionen in eine zuverlässige, umweltschonende und effiziente Energieversorgung.
- 3. Zukunftsfähige Versorgung** bedeutet, als Partner der Kunden mit eigenen Produkten und Dienstleistungen ökologische Verantwortung zu übernehmen.
- 4. Faire Partnerschaft** spricht die soziale Dimension an und umfasst den fairen, partnerschaftlichen Umgang mit Kunden, Mitarbeitern und Lieferanten.
- 5. Regionale Verantwortung** ist im Selbstverständnis der Mainova fest verankert. Unser gesellschaftliches Engagement durch Spenden und Sponsoring ist hier ein wesentlicher Baustein.

Zur Ableitung von konkreten Handlungsfeldern und deren Überwachung haben wir ein Nachhaltigkeitsmanagement, bestehend aus Nachhaltigkeitsinstrumenten und -gremien, etabliert.

Mainova bildet neue CSR-Berichtspflicht im Nachhaltigkeitsbericht 2017 ab.

Die in der Wesentlichkeitsmatrix identifizierten Kernthemen entwickeln wir zu konkreten Zielen und Maßnahmen in unserem Nachhaltigkeitsprogramm weiter. Im Nachhaltigkeitsradar wird jährlich die Umsetzung der Ziele und Maßnahmen kritisch analysiert. Im jährlich erscheinenden Nachhaltigkeitsbericht dokumentieren und veröffentlichen wir alle Aktivitäten und Kennzahlen.

Das Nachhaltigkeitsboard fungiert als zentrales Entscheidungsgremium für wesentliche Nachhaltigkeitsthemen. Die Nachhaltigkeitskoordinatoren stellen auf Arbeitsebene das Bindeglied zu den einzelnen Fachbereichen dar.

Am 22. Oktober 2014 hat das EU-Parlament die Richtlinie zur Erweiterung der Berichterstattung von großen kapitalmarktorientierten Unternehmen, Kreditinstituten, Finanzdienstleistern und Versicherungsunternehmen verabschiedet. Deutschland hat diese Richtlinie über die unternehmerische Sozialverantwortung/Corporate Social Responsibility (CSR) am 19. April 2017 mit dem CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz (CSR-RL-UG) in nationales Recht überführt. Das Gesetz ist erstmals verpflichtend für die Berichterstattung über das Geschäftsjahr 2017.

Auch für die Mainova AG, als kapitalmarktorientiertes Unternehmen, ist die Umsetzung der CSR-Berichtspflicht erforderlich. Aus diesem Grund ist ein sogenannter nicht finanzieller Bericht zu Umwelt-, Sozial- und Arbeitnehmerbelangen, Menschenrechten und Korruptionsbekämpfung abzugeben. Da wir viele dieser Inhalte bisher schon in unserem Nachhaltigkeitsbericht abbilden, kommen wir der erweiterten Berichtspflicht in Form eines zusammengefassten gesonderten nicht finanziellen Berichts der Mainova AG und des Konzerns in Form einer Ergänzung innerhalb des Nachhaltigkeitsberichts nach.

Gemäß § 171 Abs. 1 Satz 4 Aktiengesetz (AktG) hat der Mainova-Aufsichtsrat den nicht finanziellen Bericht im Hinblick auf dessen Rechtmäßigkeit, Ordnungsmäßigkeit und Zweckmäßigkeit zu prüfen. Um seiner Prüfungspflicht zu genügen, hat der Aufsichtsrat eine betriebswirtschaftliche Prüfung nach den International Standard on Assurance Engagements 3000 (ISAE 3000 Revised) zur Erlangung einer begrenzten Sicherheit („limited assurance“) durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers GmbH (PwC) beauftragt. Das Ergebnis dieser Prüfung hat PwC abschließend in einem Prüfvermerk zusammengefasst, der dem Nachhaltigkeitsbericht 2017 auf den Seiten 50 und 51 beigefügt ist.

NACHHALTIGKEITSMANAGEMENT

G 03

Nachhaltigkeitsinstrumente

- › **Wesentlichkeitsmatrix**
- › **Nachhaltigkeitsprogramm**
- › **Nachhaltigkeitsradar**
- › **Nachhaltigkeitsbericht**

Nachhaltigkeitsgremien

- › **Nachhaltigkeitsboard**
(Entscheidungsebene)
- › **Nachhaltigkeitskoordinatoren**
(Arbeitsebene)

Für ausführliche Informationen zu unseren Nachhaltigkeitsaktivitäten verweisen wir daher an dieser Stelle auf unseren Nachhaltigkeitsbericht 2017, der den nicht finanziellen Bericht der Mainova AG und des Konzerns nach § 289b und § 315b HGB für das Geschäftsjahr 2017 enthält und ab dem 30. April 2018 im Internet unter <http://www.mainova-nachhaltigkeit.de> abrufbar ist.

MARKTINNOVATION

Einer durch zunehmende Dezentralisierung, technologischen Fortschritt sowie Digitalisierung veränderten Energiewelt begegnen wir mit der Entwicklung neuer Geschäftsfelder und dem Ziel, uns als Partner für neue Energielösungen zu positionieren. Insbesondere sind hier kundenorientierte Lösungen zu nennen, die wir für die wachsende Anzahl an Kunden, die ihre Energie selbst erzeugen möchten, anbieten. Weitere Handlungsfelder betreffen die Entwicklung neuer Kundenangebote im Rahmen der neuen digitalen Möglichkeiten sowie attraktive Lösungen im Wachstumsmarkt Elektromobilität.

Mit unseren Angeboten zum lokal erzeugten Strom profitieren unsere Kunden nicht nur finanziell, sondern nutzen auch umweltfreundliche Energie. Mit unseren Photovoltaik-Lösungen für Gewerbebetriebe erreichen wir für diese Kundengruppe mehr Unabhängigkeit von zukünftigen Strompreisentwicklungen und übernehmen im Rahmen unseres Pachtmodells auch die Betriebsführung der Anlage.

Mietern in Mehrfamilienhäusern ermöglichen wir die aktive Teilnahme an der Energiewende durch unser Mieterstrommodell. So errichten wir Photovoltaikanlagen oder Blockheizkraftwerke und beliefern die Bewohner direkt mit dezentral erzeugter Energie innerhalb des Wohnhauses. Mit dieser innovativen Lösung nehmen wir eine Vorreiterrolle in Frankfurt ein und zählen zu den Marktführern im Rhein-Main-Gebiet.

Darüber hinaus ist unsere Produktlösung „Mainova daheim Solar“ im Privatkundenbereich im Markt. Sie kombiniert eine hocheffiziente Solaranlage mit einem Stromspeicher und erlaubt unseren Kunden somit die Erzeugung und Speicherung ihres regenerativen Stroms für eine spätere Nutzung. Schon heute erzielen unsere Kunden mit der Kombination aus Photovoltaikanlage und Batteriespeicher eine signifikante Steigerung ihrer Eigenverbrauchsquote.

Der technische Fortschritt und die positive Kostenentwicklung bei Batteriespeichern ermöglichen nicht nur attraktive Modelle bei der dezentralen Energieversorgung, sondern beschleunigen auch die Entwicklung im Bereich der Elektromobilität. Hierbei bieten wir kundenspezifische Lösungen mit modularen Produktspektren an. Dabei umfasst das Angebot die Bereitstellung von intelligenten und abrechnungsfähigen Ladelösungen, die um individuelle Beratungs-, Service- und Wartungsdienstleistungen abgerundet werden.

Ausgehend von den bisherigen Aktivitäten arbeiten wir auch weiterhin mit Blick auf unsere definierten Zukunftsfelder daran, den Energiesektor im Rhein-Main-Gebiet und darüber hinaus aktiv mitzugestalten.

STEUERUNGSSYSTEM UND LEISTUNGSSINDIKATOREN

Zur Erreichung unserer strategischen Ziele ziehen wir konkrete Steuerungsgrößen heran, um den Erfolg unserer Maßnahmen zu messen. Die Basis bildet ein zuverlässiges und konsistentes Steuerungssystem, das die rollierende Mittelfristplanung, regelmäßige Forecasts und die monatliche Berichterstattung über die Zielerreichung vereint. Durch diesen Prozess erhalten wir frühzeitig Hinweise auf die künftige Geschäftsentwicklung und können angemessen agieren. Ein weiterer Bestandteil des Steuerungssystems ist die turnusmäßige Berichterstattung über die wirtschaftliche Entwicklung des Beteiligungsportfolios.

Die wesentlichen Steuerungsgrößen der Mainova sind die im Folgenden beschriebenen Leistungsindikatoren, die auch in den Zielvereinbarungen des Vorstands und der Führungskräfte verankert sind. Bezüglich der Leistungsindikatoren verweisen wir auf die Ausführungen im Wirtschaftsbericht.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Unsere zentrale finanzielle Steuerungskennzahl ist das Ergebnis vor Ertragsteuern (EBT), welches im Konzernabschluss nach IFRS um Effekte aus der Derivatebewertung bereinigt wird. Im Rahmen des monatlichen Berichtswesens wird das EBT für die Segmente Wärme- und Stromerzeugung, Strom-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung sowie Beteiligungen analysiert und mit den Verantwortlichen in einem regelmäßigen Turnus diskutiert. Ergänzend wird nach den Wertschöpfungsstufen Erzeugung, Handel, Vertrieb und Netz differenziert. Über die Ergebnisse dieser Gespräche wird der Vorstand durch die monatliche Berichterstattung informiert.

Neue kundenorientierte Lösungen für eigene Erzeugung und Elektromobilität

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Entsprechend ihrer Steuerungsrelevanz stellen die Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit unsere bedeutenden nicht finanziellen Leistungsindikatoren dar und werden durch regelmäßige Erhebungen ermittelt. Daneben spielen Absatz- und Erzeugungsmengen eine Rolle.

WIRTSCHAFTSBERICHT

RAHMENBEDINGUNGEN

Unser Geschäftsverlauf unterlag einer Vielzahl externer Faktoren. Neben Änderungen der politischen und regulatorischen Rahmenbedingungen wirkten sich auch die Entwicklung der Konjunktur, der Witterung sowie der Energiepreise maßgeblich auf unser Geschäft aus.

Energiepolitik

Auf internationaler Ebene haben sich folgende Neuerungen ergeben, die auch Auswirkungen auf die nationale Energiepolitik haben:

EU-Länder einigen sich auf Reform des Emissionshandels

EU-Kommission, EU-Parlament und EU-Staaten haben sich im November 2017 auf eine Reform des Emissionshandels (ETS) verständigt. Demnach sollen zwischen 2021 und 2030 die zur Verfügung stehenden Zertifikate für Stromerzeuger und Industrie jährlich um 2,2 % gekürzt werden. Gleichzeitig sollen überschüssige Emissionspapiere vom Markt genommen werden. Für energieintensive Branchen sind weiterhin kostenlose Zertifikate vorgesehen. Wir befürworten die Ertüchtigung des europäischen Emissionshandelssystems.

EU-Kommission genehmigt Eigenversorgungsprivilegierung nach EEG 2017

Die EU-Kommission hat am 19. Dezember 2017 die Vorschriften zur EEG-Eigenversorgung im EEG 2017 weitgehend genehmigt. Die alte beihilferechtliche Genehmigung für die EEG-Umlageermäßigung in Höhe von 40 % für Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) mit Aufnahme der Eigenversorgung ab dem 1. August 2014 wurde nicht über den 31. Dezember 2017 hinaus verlängert. Für die Eigenversorgung aus diesen Anlagen fällt daher ab dem 1. Januar 2018 die volle EEG-Umlage an. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) kündigte an, die EEG-Umlagenbegrenzung für neue KWK-Eigenversorgungsanlagen im kommenden Jahr noch einmal neu zu regeln und der EU-Kommission dann zügig zur Genehmigung vorzulegen.

Einigung über EU-Gebäudeeffizienzrichtlinie erzielt – Vorgaben für Ladepunkte Elektromobilität

Die Unterhändler des Europäischen Rates und des Europäischen Parlaments haben am 19. Dezember 2017 in informellen Verhandlungen eine Einigung zur Reform der Gebäudeeffizienzrichtlinie erzielt, die allerdings noch einer formellen Bestätigung beider Institutionen bedarf. Die Richtlinie sieht vor, dass die Mitgliedstaaten langfristige Renovierungspläne für einen hocheffizienten Gebäudebestand erstellen. Ferner sind Regelungen zur Ausstattung von Parkplätzen mit Ladepunkten getroffen worden.

Auf nationaler Ebene wurden folgende Gesetze und Verordnungen auf den Weg gebracht:

Bundestag beschließt Netzentgeltmodernisierungsgesetz

Der Bundestag hat am 30. Juni 2017 das Netzentgeltmodernisierungsgesetz (NEMoG) beschlossen, das am 22. Juli 2017 in Kraft getreten ist. Ein zentraler Bestandteil des Gesetzes ist eine Verschärfung der Regeln für die Gewährung von vermiedenen Netzentgelten. So sieht das NEMoG vor, die Berechnungsgrundlage der vermiedenen Netzentgelte für dezentrale steuerbare Erzeugungsanlagen, wie beispielsweise KWK-Anlagen, ab dem Jahr 2018 auf das gekürzte Niveau des Jahres 2016 zu deckeln. Eine weitere Abschmelzung soll nach dem Jahr 2018 nicht erfolgen. Für bestehende Windenergie- und Photovoltaikanlagen werden die vermiedenen Netznutzungsentgelte bis zum Jahr 2020 schrittweise vollständig abgebaut. Neue steuerbare Erzeugungsanlagen erhalten ab dem Jahr 2023, neue Windenergie- und Photovoltaikanlagen ab dem Jahr 2018 keine vermiedenen Netznutzungsentgelte mehr. Ein weiterer zentraler Bestandteil des NEMoG ist die stufenweise bundesweite Vereinheitlichung der Übertragungsnetzentgelte ab dem Jahr 2019 über vier Jahre hinweg.

Darüber hinaus hat der Bundestag auch beschlossen, dass sogenannte Netzstabilitätsanlagen ausgeschrieben werden sollen. Damit werden die wettbewerblichen Elemente bei der Beschaffung von besonderen netztechnischen Betriebsmitteln gestärkt, das Prinzip des Unbundlings gewahrt und die Rolle der Bundesnetzagentur (BNetzA) auf Information durch die Übertragungsnetzbetreiber im Vorfeld der Beschaffung beschränkt.

Wir befürworten das Gesetz in seiner jetzigen Form. Die von der Bundesregierung angestrebte Abschaffung der vermiedenen Netznutzungsentgelte auch für KWK-Anlagen hätte weitreichende wirtschaftliche Folgen für Mainova gehabt. Zudem hätte diese

Maßnahme die regionale Energiewende gefährdet, da KWK-Anlagen sowohl zu Einsparungen beim Netzausbau als auch zur Netzstabilität beitragen. Wir stimmen auch der Vereinheitlichung der Übertragungsnetzentgelte zu. Ein Fortbestand der bisherigen Regelung hätte die Mehrheit unserer Kunden in zunehmendem Maße benachteiligt. Schließlich befürworten wir auch die auf Drängen der EU-Kommission zustande gekommene Regelung zu den Netzstabilitätsanlagen. Wir sehen uns in unserer Position bestätigt, dass der Fortbestand der Regelung, die den Übertragungsnetzbetreibern das Recht einräumen sollte, sogenannte Netzstabilitätsanlagen zu bauen und zu betreiben, ein schwerer Verstoß gegen das Prinzip des Unbundlings gewesen wäre.

Bundesrat beschließt Novellierung des Energie- und Stromsteuergesetzes

Der Bundesrat hat am 7. Juli 2017 das „Zweite Gesetz zur Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes“ verabschiedet. Die steuerliche Begünstigung von Autogas wird bis 2022 sowie von Erdgas als Kraftstoff bis 2026 fortgeführt, jedoch entlang eines Absenkungspfades zugleich reduziert. Zudem wurde die Begünstigung von Flüssiggas für den öffentlichen Personennahverkehr bis 2022 verlängert. Weiterhin sieht die Gesetzesnovelle vor, dass die Steuerbefreiung für Strom aus Kleinanlagen mit erneuerbaren Energieträgern beibehalten wird. Hierfür bedarf es allerdings noch der beihilferechtlichen Einwilligung durch die Europäische Kommission.

Wir begrüßen die Verlängerung der Steuervorteile für Erdgas, da diese den Käufern erdgasbetriebener Fahrzeuge Planungssicherheit gibt und daher einen wertvollen Impuls für den klimaschonenden Energieträger Erdgas im Mobilitätssektor leistet.

Bundeskabinett beschließt Regelungen zu Ausschreibungen für KWK-Anlagen

Der Bundestag hat am 29. Juni 2017 die Mantelverordnung zur Einführung von Ausschreibungen für KWK-Anlagen und innovative KWK-Systeme sowie zur Einführung von gemeinsamen Ausschreibungen von Windenergieanlagen an Land und Solaranlagen verabschiedet. Demnach werden mittelgroße KWK-Anlagen mit einer installierten Leistung von 1 bis 50 Megawatt künftig nur noch gefördert, wenn sie zuvor in einer Ausschreibung der BNetzA einen Zuschlag erhalten haben. Die gemeinsamen Ausschreibungen für Windenergieanlagen an Land und Solaranlagen werden ab dem Jahr 2018 für eine Pilotphase von drei Jahren eingeführt. Mit dem Pilotvorhaben soll in der Praxis erprobt werden, wie sich eine gemeinsame Ausschreibung von Wind an Land und Solaranlagen auswirkt.

Wir halten die Stärkung wettbewerblicher Elemente im Energiesektor grundsätzlich für einen richtigen Schritt. Allerdings sollte nicht übersehen werden, dass den Ausschreibungsregelungen letztlich dirigistische Kontingierungsmaßnahmen zugrunde liegen, die wir sehr skeptisch beurteilen, weil sie nicht dem marktwirtschaftlichen Prinzip entsprechen.

Mieterstromgesetz verabschiedet

Am 25. Juli 2017 ist das Gesetz zur Förderung von Mieterstrom in Kraft getreten. Durch das Gesetz wird der Ausbau der Solarenergie auf Wohngebäuden vorangetrieben, indem Mieterstrom aus Solaranlagen eine Förderung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) erhält. Solarstrom wird künftig auch dann gefördert, wenn er ohne Nutzung des Netzes der allgemeinen Versorgung direkt an Letztverbraucher in dem Wohngebäude mit der Solaranlage oder in Gebäuden auf benachbarten Grundstücken (sogenannte Quartierslösungen) geliefert und vom Mieter verbraucht wird.

Wir begrüßen das Gesetz zur Förderung von Mieterstrom und erhoffen uns von der Regelung substantielle Impulse zum Ausbau von Photovoltaik im urbanen Raum.

Integrierter Klimaschutzplan Hessen vorgestellt

Am 21. März 2017 hat die hessische Umweltministerin den „Integrierten Klimaschutzplan Hessen 2025“ vorgestellt. Mit 140 Maßnahmen sollen die Klimaziele des Landes erreicht werden, bis 2020 die Treibhausgasemissionen um 30 % im Vergleich zu 1990 und bis 2025 um 40 % zu reduzieren. Bis 2050 will Hessen klimaneutral werden und strebt eine Reduzierung von mindestens 90 % der Treibhausgasemissionen an. Wir begrüßen, dass die Landespolitik das Thema Klimaschutz entschlossen angeht.

Konjunkturelle Entwicklung

Gemäß ersten Berechnungen konnte die deutsche Wirtschaft nach Ablauf des Jahres 2017 ein gesamtgesellschaftliches positives Fazit ziehen. So konstatierte das Statistische Bundesamt auf Basis des gegenüber dem Vorjahr um 2,2 % angestiegenen preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Die Kennzahl lag damit deutlich über dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre in Höhe von 1,3 %. Die in nahezu allen Wirtschaftsbereichen gestiegene Bruttowertschöpfung basierte dabei vor allem auf erhöhten privaten Konsumausgaben, Investitionen und Exporten.

Stärkung des Wettbewerbs ein richtiger Schritt

Impulse zum Ausbau von Photovoltaik im urbanen Raum

Land Hessen will bis 2050 klimaneutral werden

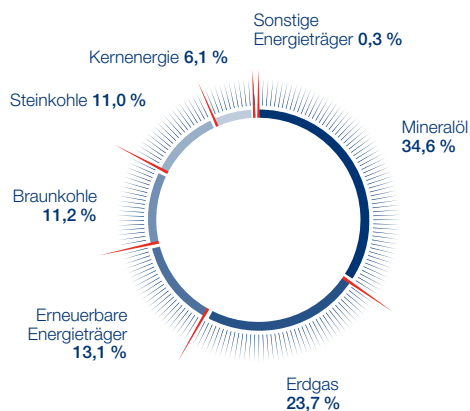
Entwicklung des Primärenergieverbrauchs

Auf der Basis vorläufiger Schätzungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen hat sich der Energieverbrauch in Deutschland im Jahr 2017 um 0,8 % auf 461,5 Mio. Tonnen Steinkohleeinheiten erhöht. Treiber dieser Entwicklung war vor allem die positive Konjunktur.

Der Primärenergieverbrauch verteilt sich in Deutschland im Jahr 2017 wie folgt:

PRIMÄRENERGIEVERBRAUCH

G 04



Quelle: Pressedienst Nr. 5/2017 der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e. V., Berlin

Gegenüber dem Vorjahr sind nur leichte Änderungen im Mix der Energieträger zu verzeichnen. So blieb auch im Jahr 2017 das Mineralöl wichtigster Energieträger. Mit 34,6 % stieg dessen Anteil im Vergleich zum Vorjahr dabei um 0,7 Prozentpunkte. Der Anteil von Erdgas am Energiemix erhöhte sich um 1,0 Prozentpunkte auf 23,7 %, gefolgt von den erneuerbaren Energieträgern mit einem Plus von 0,6 Prozentpunkten auf einen Anteil von 13,1 %. Dagegen sanken die Anteile der Energieträger Steinkohle und Kernenergie um 1,4 beziehungsweise 0,8 Prozentpunkte.

Entwicklung der Energiepreise und des CO₂-Emissionshandels

Die durchschnittlichen Energiegroßhandelspreise zeigten im vergangenen Jahr Wertzuwächse. Damit setzen sie ihren Anfang 2016 einsetzenden Erholungstrend nach starken Preisrückgängen in den Vorjahren unter den marktüblichen Schwankungen fort. Stützend für die Frontjahresnotierungen für Strom und die Brennstoffe Gas, Kohle und Rohöl sowie für europäische Emissionsrechte wirkten sich in erster Linie umfangreiche und andauernde Produktionsstörungen bei einem insbesondere im

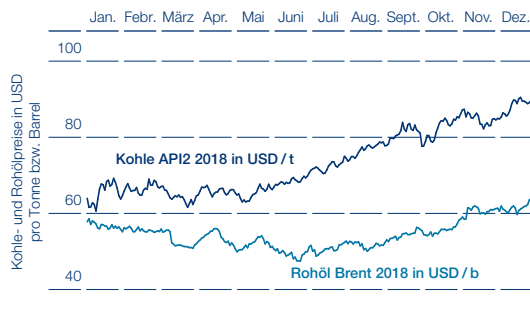
asiatisch-pazifischen Raum stark wachsenden Energieverbrauch aus. In Frankreich kam es wie im Vorjahr zu erheblichen Einschränkungen der Stromproduktion aus Kernkraftwerken. Auch ein durch stabile europäische Konjunktur und normale Winterwitterung geprägter höherer Energieverbrauch trug zum tendenziellen Anstieg der Preise bei.

Der durchschnittliche Frontjahrespreis für Kohle in der ARA (Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen)-Region (API2) zeigte sich im vergangenen Jahr mit 73,73 US-Dollar pro Tonne um rund 37,2 % verteuert. Im Jahresverlauf stieg der Kontraktwert um rund 40 % an. Auf Euro-Basis betrug der Anstieg aufgrund einer Abschwächung des US-Dollars nur 25 %. Nachdem die Kohlepreise mit nachlassendem Winterverbrauch im März zunächst leicht an Wert verloren, stabilisierten sich die Notierungen im Mai über 65 US-Dollar und wechselten ab Juni in eine Aufwärtsbewegung, die zum Jahresende bis in die Region um 90 US-Dollar führte. Neben einem weiter robust wachsenden Kohlebedarf in Asien und nur zögerlichen Fortschritten in China beim Wechsel von Kohle auf Gas sorgten teils zeitgleiche mehrmonatige Produktionsstörungen im asiatisch-pazifischen Raum bei einer durch anhaltende Sommerhitze ungewöhnlich hohen Nachfrage für ein knappes Marktumfeld.

Der durchschnittliche Preis für Rohöl der Sorte Brent mit Lieferung im Folgejahr lag im Jahr 2017 mit 54,98 US-Dollar pro Barrel um rund 11,3 % über dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Stützend auf den Ölpreis wirkte eine seit Jahresbeginn konsequent umgesetzte Angebotskürzung der OPEC und einiger Nicht-OPEC-Länder. Die seit Jahresbeginn geltende Förderkürzung von in Summe rund zwei Millionen Barrel am Tag trug bei einer im Jahresverlauf um rund anderthalb Millionen Barrel am Tag gestiegenen globalen Ölnachfrage seit dem zweiten Quartal zu einem schnellen Abbau der weltweit hohen Lagerbestände bei. Der Barrel-Preis stieg entsprechend seit Jahresbeginn um 11,1 %. Neben der Förderkürzung beschleunigten mehrwöchige Produktionsstörungen wichtiger Öltransportinfrastrukturen den Lagerabbau. In den USA blieb die Ölförderung bis Ende Dezember mit einem Produktionsniveau von 9,8 Millionen Barrel am Tag hinter den Markterwartungen zurück.

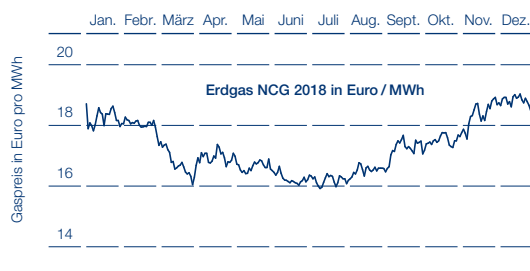
Weiterer Erholungstrend bei den Energiegroßhandelspreisen

PREISENTWICKLUNG KOHLE UND ROHÖL G 05



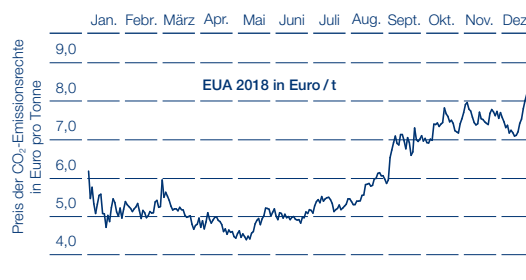
Der durchschnittliche Erdgaspreis im Marktgebiet NCG (NetConnect Germany) für das nächstfällige Lieferjahr gewann gegenüber dem Vorjahr um 10,3 % an Wert und belief sich auf 17,27 Euro pro MWh. Ein deutlicher Verbrauchsanstieg im Januar sorgte bei knapper Restflexibilität der Pipeline- und LNG-Importgasquellen für eine schnelle Entleerung der europäischen Gasspeicher. Nach einem Preisanstieg des Frontjahres bis auf 18,62 Euro im Januar normalisierte sich das Fundamentum im Februar mit deutlich sinkendem Gasverbrauch, steigender LNG-Verfügbarkeit und auf hohem Niveau verbleibenden Gasflüssen aus Russland und Norwegen. Auch eine Abschwächung der Ölnotierungen ließ die Preise nochmals zurückfallen. Unter konstant hohem Speicherbedarf und seit Juli wieder steigenden Ölpreisen verblieben die Preise im Sommer oberhalb von 16 Euro pro MWh. Im vierten Quartal sorgten ein stark ansteigender Verbrauch im November, ein deutlich erhöhter Gasimportbedarf aus Großbritannien und den Niederlanden sowie unter Markterwartungen verbleibende LNG-Flüsse wieder für eine Aufwärtsbewegung. Zum Jahresende verblieb der Kontraktpreis dennoch mit -1,2 % leicht unter dem Jahresanfangswert.

PREISENTWICKLUNG ERDGAS G 06



Die Preise für Emissionsrechte (EU Allowances – EUA) zeigten sich im Gesamtjahr mit einem Durchschnittspreis von 5,88 Euro pro Tonne lediglich mit 8,8 % über den Preisen des Vorjahres. Im Betrachtungszeitraum stiegen die EUA-Preise jedoch um 31,3 % gegenüber Jahresbeginn signifikant an und orientierten sich dabei einerseits an der allgemein positiven Entwicklung am Energiemarkt und andererseits an den europäischen Verhandlungen zu geplanten Reformen bezüglich der vierten Handelsperiode (2021 bis 2030). Nach Beschlüssen im November soll die jährliche Zuteilung von Emissionsrechten in Phase vier im Jahr um 2,2 % und damit stärker als bisher sinken. Weiterhin werden Verschmutzungsrechte vom Markt genommen, um den Überschuss an Zertifikaten zu reduzieren.

PREISENTWICKLUNG EMISSIONSRECHTE G 07

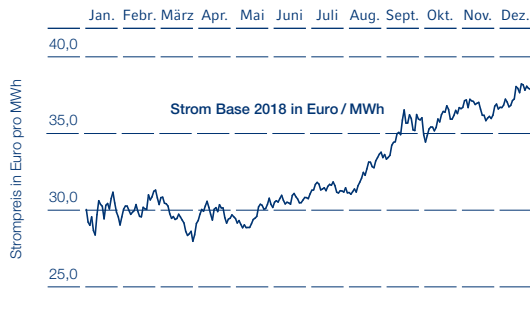


Eng angelehnt an den gefestigten Verlauf der Brennstoffpreise zeigte sich der Preis für Grundlaststrom. Im Vergleich zum Vorjahr gewann der Preis für das Frontjahr rund 21,9 % an Wert auf ein Mittel von 32,39 Euro pro MWh. Nach einem Jahrestief bei 28,01 Euro pro MWh im März stabilisierten sich die Preise vor allem im Einklang mit den steigenden Kohlepreisen. Das Bekanntwerden von längeren Ausfallzeiten französischer Kraftwerke gab den Preisen im Sommer zusätzlich Auftrieb. Neben den bis Dezember anhaltend hohen Wartungsausfällen in Frankreich und den stützenden Kohle- und Gaspreisen ergänzten im November stärker anziehende Spot-Preise aufgrund unterdurchschnittlicher Winderzeugung und hohen europäischen Stromverbrauchs die preissteigernden Einflüsse. Sie führten am Ende des Berichtszeitraums zu einem Plus von 25,4 % gegenüber dem Jahresanfang.

PREISENTWICKLUNG STROM

G 08

Positive Effekte durch neues Wärmeversorgungskonzept



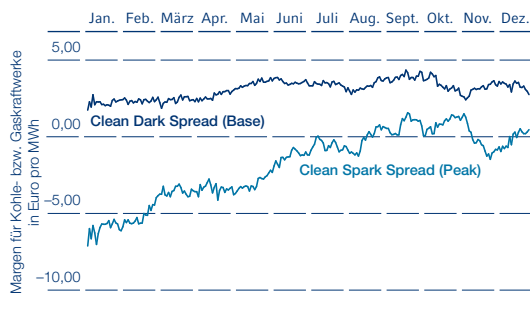
Die Deckungsbeiträge bei der Stromerzeugung entwickelten sich in der ersten Jahreshälfte unterschiedlich. Während sich die Margen für Kohlekraftwerke (Clean-Dark-Spread) für die Grundlast-Vermarktung des Frontjahres infolge steigender Kohle- und CO₂-Notierungen etwas verschlechterten, konnten sich die Margen für Gaskraftwerke (Clean-Spark-Spread) im Spitzenlastbetrieb aufgrund der relativ schwächeren Preisentwicklung von Gas zu Strom tendenziell verbessern.

Beteiligungen: heterogenes Bild

MARGEN IN DER STROMERZEUGUNG

G 09

Bereinigtes EBT von 132,2 Mio. Euro über den Erwartungen



GESCHÄFTSVERLAUF DES KONZERNS

Gesamtaussage des Vorstands

Auch im Jahr 2017 konnten wir an unsere positive Geschäftsentwicklung der letzten Jahre anknüpfen.

Kundenwachstum weiter gestiegen

Auf der vertrieblichen Seite haben wir unsere Marktposition weiter ausgebaut und unser Kundenwachstum gesteigert. Wesentlicher Treiber waren insbesondere signifikante Kundengewinne im Standardbereich Strom und Gas sowie das Individualkundengeschäft mit Gas. Die dafür erforderlichen Programme zur Stärkung der Kundenbasis wirkten allerdings zunächst ergebnisdämpfend, werden sich jedoch in den kommenden Jahren auszahlen. Darüber hinaus schritt der Aufbau des neuen Geschäftsfelds Energiedienstleistung

gen planmäßig voran und lieferte erste positive Ergebnisbeiträge.

Im Erzeugungsbereich hat sich die Ergebnissituation nach unseren umfangreichen Risikovorsorgen der vergangenen Jahre erwartungsgemäß stabilisiert. Die wärmegeführten Kraftwerke in Frankfurt lieferten einen positiven Ergebnisbeitrag, der insbesondere auf erste Synergien aus der Finalisierung unseres Wärmeversorgungskonzepts zurückzuführen ist. Die damit in Zusammenhang stehenden Investitionen tragen auch zukünftig zur Sicherung der Rentabilität unserer wärmegeführten Kraftwerke bei. Daneben wirkte sich die Vergütung dezentraler Einspeisung in Form der vermiedenen Netznutzungsentgelte positiv im Jahr 2017 aus. Hinsichtlich unserer Gaskraftwerke war die Situation allerdings nach wie vor angespannt, sodass die in der Vergangenheit getroffenen Risikovorsorgen weiterhin Bestand haben.

Die Ergebnisentwicklung unseres Beteiligungsportfolios zeigte ein heterogenes Bild. Während die Mehrheit unserer Beteiligungen eine durchaus erfreuliche Geschäftsentwicklung zu verzeichnen hatte, mussten bei einzelnen Beteiligungen Wertberichtigungen vorgenommen werden, um Unsicherheiten hinsichtlich der zukünftigen Ertragslage Rechnung zu tragen.

Nach umfangreichen Zuführungen zu Rückstellungen und Wertberichtigungen im Vorjahr haben wir für das Geschäftsjahr 2017 eine leichte Ergebnisverbesserung prognostiziert. Bei einem bereinigten EBT in Höhe von 132,2 Mio. Euro (Vorjahr 100,3 Mio. Euro) übertrifft das Ergebnis unsere Erwartungen.

Absatz

Der Absatz hat sich wie folgt entwickelt:

ABSATZ

T 01

	Einheit	2017	2016	Veränderung
Strom	Mio. kWh	10.831	11.219	-3,5%
Gas	Mio. kWh	15.317	13.237	15,7%
Wärme/Kälte	Mio. kWh	2.068	1.988	4,0%
Wasser	Mio. m ³	46,0	46,7	-1,5%

Der rückläufige Stromabsatz im Individualkundenbereich konnte durch gestiegene Handelsmengen teilweise kompensiert werden. Dabei machte sich erstmals die Vermarktung der Mengen aus dem Gemeinschaftskraftwerk Bremen bemerkbar. Im Privatkundengeschäft legte der Absatz hingegen durch Kundengewinne zu.

Im Gasgeschäft konnten deutliche Absatzsteigerungen durch Kundengewinne insbesondere im Individualkundenbereich erzielt werden.

Der gestiegene Wärmeabsatz war insbesondere auf Mengensteigerungen bei Gewerbekunden zurückzuführen.

Erzeugungsmengen

Im Geschäftsjahr 2017 haben wir in unseren Anlagen folgende Mengen erzeugt:

ERZEUGUNGSMENGEN

T 02

	Einheit	2017	2016	Veränderung
Mainova				
Wärme/Kälte	Mio. kWh	1.788	1.885	-5,1%
Strom	Mio. kWh	1.227	1.287	-4,7%
Beteiligungen				
Wärme/Kälte	Mio. kWh	457	387	18,1%
Strom	Mio. kWh	839	285	194,4%

Im Geschäftsjahr 2017 konnten wir unser Wärmeversorgungskonzept erfolgreich finalisieren. Die Optimierung des Fernwärmeverbands innerhalb Frankfurts hat dazu geführt, dass sich die Produktion der Wärmemengen zwischen den Kraftwerken verschoben hat. Ferner bewirkte die etwas mildere Witterung einen leichten Rückgang der Wärmeerzeugungsmengen.

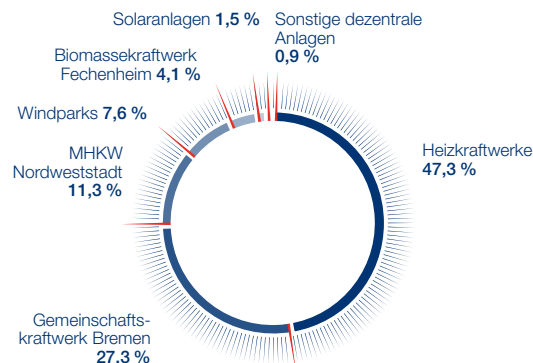
Da die Frankfurter Anlagen der Mainova mehrheitlich in Kraft-Wärme-Kopplung betrieben werden, führte der Rückgang der Wärmeerzeugungsmengen gleichzeitig zu einer geringeren Stromproduktion. Daneben spiegelte sich die aktuelle Situation an den Energiemärkten in der Entwicklung der Stromerzeugungsmengen wider.

Im Bereich unserer Beteiligungen resultierte der Anstieg der Wärmeerzeugungsmengen aus der verstärkten Einbindung des Müllheizkraftwerks Nordweststadt in den Mainova-Fernwärmeverbund. Die deutliche Steigerung der Stromerzeugung ist insbesondere auf die Stromproduktion des Ende 2016 in Betrieb gegangenen Gemeinschaftskraftwerks Bremen zurückzuführen.

Die folgenden Darstellungen zeigen den prozentualen Anteil der Kraftwerke an der Strom- und Wärmeerzeugung:

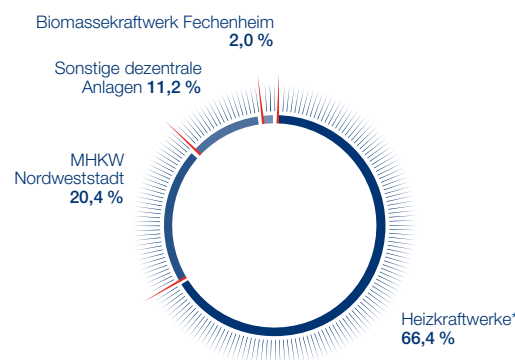
STROMERZEUGUNG

G 10



WÄRME- / KÄLTEERZEUGUNG

G 11

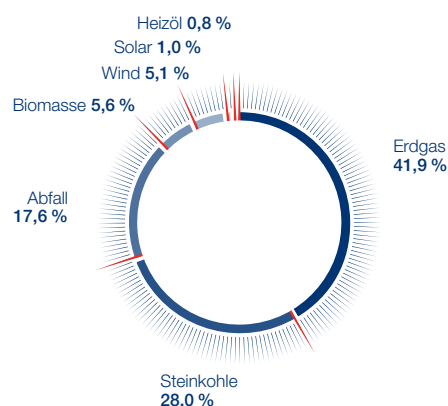


* Inklusive Heiz-/Kältewerk

Der Energieeinsatz der Kraftwerke im Jahr 2017 stellte sich wie folgt dar:

ENERGIEEINSATZ DER KRAFTWERKE

G 12



Als weiterhin mengenmäßig größter Einsatzfaktor wuchs der Anteil von Erdgas gegenüber dem Vorjahr um 6,1 Prozentpunkte. Die Anteile von Steinkohle und Abfall sanken hingegen um 3,3 beziehungsweise um 1,9 Prozentpunkte.

Die Kohlendioxid-Emissionen unserer Heizkraft- und Heizwerke lagen im Jahr 2017 mit rund 1,4 Mio. Tonnen CO₂ um 0,3 Mio. Tonnen über dem Niveau des Vorjahres. Dabei ist der Einsatz von Biomasse und Abfall als Brennstoff als CO₂-neutral zu bewerten.

Ertragslage des Konzerns

Das EBT des Konzerns lag bei 136,8 Mio. Euro (Vorjahr 159,7 Mio. Euro). Im Vergleich zum Vorjahr war das Ergebnis nur in geringem Maße durch Effekte aus der stichtagsbezogenen Marktbewertung von derivativen Finanzinstrumenten nach IAS 39 beeinflusst. Bereinigt um diese Sachverhalte belief sich das EBT auf 132,2 Mio. Euro (Vorjahr 100,3 Mio. Euro). Die Bereinigungen entfielen im Wesentlichen auf die Segmente Strom- und Gasversorgung.

Das bereinigte EBT nach Segmenten hat sich wie folgt entwickelt:

BEREINIGTE SEGMENTERGEBNISSE				T 03
MIO. €	2017	2016	Veränderung	
Wärme- und Stromerzeugung	16,0	-21,6	37,6	
Stromversorgung	7,6	18,9	-11,3	
Gasversorgung	81,3	75,6	5,7	
Wärmeversorgung	-1,3	-1,4	0,1	
Wasserversorgung	4,3	1,4	2,9	
Beteiligungen	27,1	33,8	-6,7	
Sonstige Aktivitäten/ Konsolidierung	-2,8	-6,4	3,6	
	132,2	100,3	31,9	

Umsatzerlöse im Vergleich zum Vorjahr leicht gesteigert

Wärme- und Stromerzeugung deutlich über Vorjahr

Erwartungsgemäß lag der Ergebnisbeitrag der Wärme- und Stromerzeugung deutlich über dem Vorjahr. Ursächlich dafür waren die um 33,4 Mio. Euro geringeren Rückstellungsdotierungen und Wertminderungen für unsere Beteiligungen an Gaskraftwerken. Bei unseren wärmegeführten Kraftwerken wurden geringere Strom- und Wärmeerlöse durch niedrigere Bezugskosten kompensiert. Positiv wirkten deutlich gestiegene Vergütungen aus vermiedener Netznutzung.

Im Segment Stromversorgung konnte das auf Vorjahresniveau prognostizierte Ergebnis nicht erreicht werden. Ursächlich dafür waren im Jahr 2017 insbesondere Einmaleffekte aus dem Netzgeschäft. Daneben reduzierte sich das Ergebnis durch regula-

torische Vorgaben. Im Standardkundengeschäft konnten wir deutliche Kundengewinne verzeichnen. Jedoch belasteten aufgelegte Programme zur Kundenakquise das Ergebnis leicht.

In der Gasversorgung wirkten die seit dem vierten Quartal 2016 vorgenommenen Preissenkungen ergebnismindernd. Diese konnten teilweise durch Mengensteigerungen im Individualkundengeschäft kompensiert werden. Darüber hinaus führten Zinseffekte aus der Bewertung von Rückstellungen dazu, dass die Ergebnisentwicklung deutlich besser als erwartet verlief.

Durch indexbasierte Preisanpassungen konnte der für die Wärmeversorgung prognostizierte leichte Ergebnisanstieg in etwa erreicht werden.

Das Ergebnis in der Wasserversorgung war im Wesentlichen durch eine Rückstellungsauflösung für rechtliche Risiken geprägt. Diese war ursächlich für die leichte Überschreitung des Plans.

Die Ergebnisse der Beteiligungen haben sich überwiegend positiv entwickelt. Wertminderungen auf Beteiligungen an Energieversorgungsunternehmen haben zu einem unter Vorjahr und leicht unter unseren Erwartungen liegenden Ergebnis geführt. Diese waren zum Teil auf zinsbedingte Bewertungseffekte zurückzuführen.

Nachfolgend wird die Entwicklung der einzelnen Posten der unbereinigten Gewinn- und Verlustrechnung erläutert.

Die Umsatzerlöse stellten sich wie folgt dar:

UMSATZERLÖSE				T 04
MIO. €	2017	2016	Veränderung	
Strom	1.034,7	1.024,7	10,0	
Gas	496,6	497,9	-1,3	
Wärme/Kälte	130,4	126,7	3,7	
Wasser	77,7	77,0	0,7	
Netzentgelte	136,7	119,9	16,8	
Sonstige	123,6	124,4	-0,8	
	1.999,7	1.970,6	29,1	

Der Anstieg der Umsatzerlöse im Stromgeschäft war auf gestiegene Handelsaktivitäten zurückzuführen, die vornehmlich aus der Vermarktung des erzeugten Stroms des Gemeinschaftskraftwerks Bremen resultierten. Gegenläufig entwickelte sich der Stromvertrieb. Hier wirkte sich insbesondere ein geänderter EEG-Ausweis bei einem Großkunden, der die Anmeldung seit dem Jahr 2017 selbst vornimmt, umsatzmindernd aus. Im Privatkunden-

geschäft waren im Strom und Gas deutliche Kundenzuwächse zu verzeichnen. Darüber hinaus konnten im Gasvertrieb die Mengensteigerungen bei den Individualprodukten aufgrund von Kundengewinnen den preislich bedingten Umsatzrückgang nicht vollständig kompensieren. Im Wärmegeschäft war aufgrund höherer Mengen sowie einer indexbasierten Preisanpassung ein leichter Umsatzanstieg zu verzeichnen. Die Erlöse aus Netzentgelten haben sich insbesondere im Strombereich preisbedingt erhöht.

Die sonstigen betrieblichen Erträge lagen mit 71,8 Mio. Euro um 20,4 Mio. Euro über dem Vorjahr. Dies war vor allem auf den Verkauf eines Grundstücks sowie höhere Auflösungen von Rückstellungen insbesondere für Beschaffungsrisiken und rechtliche Risiken zurückzuführen.

Der Materialaufwand erhöhte sich um 95,2 Mio. Euro auf 1.529,1 Mio. Euro. Dies resultierte überwiegend aus der Marktbewertung von derivativen Finanzinstrumenten im Zusammenhang mit dem Strom-, Gas- und Kohlebezug. Ferner war ein starker Anstieg der vorgelagerten Netzkosten im Strom zu verzeichnen.

Der Personalaufwand lag mit 215,1 Mio. Euro um 7,5 Mio. Euro über dem Vorjahr. Dabei standen einem nahezu unveränderten Mitarbeiterbestand tariflich bedingte Gehaltsanpassungen gegenüber. Daneben wirkten Sondersachverhalte unter anderem aus lohnsteuerrechtlichen Risiken.

Die Abschreibungen beliefen sich auf 82,1 Mio. Euro und reduzierten sich aufgrund eines im Vorjahr enthaltenen Sondereffekts aus der Anpassung von Nutzungsdauern des Anlagevermögens um 9,1 Mio. Euro.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 153,6 Mio. Euro sind um 7,6 Mio. Euro gesunken. Der Rückgang resultierte im Wesentlichen aus geringeren Rückstellungszuführungen für drohende Verluste.

Das Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen in Höhe von 40,7 Mio. Euro lag um 8,7 Mio. Euro über dem Vorjahr. Maßgeblich dazu beigetragen haben im Wesentlichen höhere Jahresergebnisse diverser Beteiligungen, denen allerdings auch höhere Wertminderungen gegenüberstanden. Diese entfielen im Geschäftsjahr auf verschiedene Beteiligungen an Energieversorgungsunternehmen. Im Vorjahr waren Ergebnisbelastungen aus der Beteiligung an einem Gaskraftwerk enthalten.

Der Anstieg der Finanzerträge um 1,5 Mio. Euro auf 11,7 Mio. Euro und der Rückgang der Finanzauf-

wendungen um 5,8 Mio. Euro auf 24,5 Mio. Euro sind überwiegend auf positive Zinseffekte aus der Bewertung der Rückstellungen zurückzuführen.

Der Rückgang der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag um 11,4 Mio. Euro auf 38,4 Mio. Euro entfiel sowohl auf die tatsächlichen Steuern als auch auf Steuern aus Bewertungsunterschieden zwischen IFRS und Steuerbilanz.

Vermögenslage des Konzerns

Die Bilanzsumme verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 3,4 Mio. Euro auf 2.712,3 Mio. Euro.

BILANZ (KURZFASSUNG)

T 05

MIO. €	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
Summe Vermögenswerte			
Langfristige Vermögenswerte	2.246,7	2.266,8	-20,1
Kurzfristige Vermögenswerte	465,6	448,9	16,7
	2.712,3	2.715,7	-3,4
Summe Eigenkapital und Schulden			
Eigenkapital	1.016,2	1.028,5	-12,3
Langfristige Schulden	1.106,1	1.113,4	-7,3
Kurzfristige Schulden	590,0	573,8	16,2
	2.712,3	2.715,7	-3,4

Die langfristigen Vermögenswerte haben sich um 20,1 Mio. Euro verringert. Dabei stand dem Anstieg des Sachanlagevermögens aufgrund der Investitionen in das Wärmeversorgungskonzept insbesondere der Rückgang der nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen gegenüber. Dieser resultierte aus Sonderbelastungen, die sich in der Ergebnisentwicklung der Beteiligungen niedergeschlagen haben, und aus Wertminderungen. Zudem verminderten sich die latenten Steueransprüche. Der Anteil des langfristigen Vermögens an der Bilanzsumme belief sich auf 82,8 % (Vorjahr 83,5 %) und wurde zu 45,2 % (Vorjahr 45,4 %) durch Eigenkapital gedeckt. Der Anstieg der kurzfristigen Vermögenwerte entfiel im Wesentlichen auf die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen. Gegenläufig verminderten sich die Forderungen aus dem Cash Pooling.

Die Eigenkapitalquote belief sich auf 37,5 % (Vorjahr 37,9 %). Die Verminderung des Eigenkapitals entfällt auf den vollständigen Erwerb der Minderheitenanteile an der Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH (EWT).

Eigenkapitalquote nahezu unverändert bei 37,5%

Bei den langfristigen Schulden handelt es sich in Höhe von 517,4 Mio. Euro (Vorjahr 547,4 Mio. Euro)

um Finanzschulden. Davon sind 194,3 Mio. Euro innerhalb eines Zeitraums von einem bis fünf Jahren und 323,1 Mio. Euro erst nach mehr als fünf Jahren fällig. Der durchschnittliche Zinssatz der Finanzschulden beträgt 3,8 %. Die langfristigen Schulden haben sich im Wesentlichen durch einen geringeren Darlehensbestand um 7,3 Mio. Euro verringert. Darüber hinaus führten geringere langfristige Rückstellungen zu dem Rückgang. Gegenläufig wirkten sich höhere erhaltene Baukostenzuschüsse aus. Für den Anstieg der kurzfristigen Schulden waren neben den höheren Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen die höheren regulierungsbedingten Abgrenzungen verantwortlich. Dem wirkten geringere sonstige Rückstellungen entgegen.

Die Investitionen gliederten sich wie folgt:

INVESTITIONEN			T 06
MIO. €	2017	2016	
Erzeugungsanlagen	16,4	33,3	
Verteilungsanlagen	72,3	107,4	
Grundstücke und Gebäude	16,7	5,4	
Sonstiges	12,8	8,7	
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	118,2	154,8	
Erwerb von Minderheitsanteilen	32,5	–	
Erwerb von Beteiligungen	4,8	–	
	155,5	154,8	

Investitionen in Verteilnetze als Schwerpunkt

Die Investitionsprojekte zur Erweiterung und zum Erhalt der Verteilnetze für die Strom-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung stellten den Schwerpunkt der Investitionen in Sachanlagen dar. Dabei wurden im Rahmen des Wärmeversorgungskonzepts Investitionen in Höhe von rund 22 Mio. Euro (Vorjahr rund 49 Mio. Euro) getätigt, die überwiegend der Optimierung der Erzeugungsanlagen in Frankfurt am Main dienen.

Bei dem Erwerb von Minderheitsanteilen handelte es sich um die Aufstockung der Anteile an der EWT auf einen Anteil von 100 %. Bei dem Erwerb von Beteiligungen handelte es sich um Einlagen in unsere Beteiligungen an Gaskraftwerken.

Finanzlage des Konzerns

Das Finanzmanagement verantwortet die Sicherung des finanziellen Vermögens der Mainova sowie die Gewährleistung ausreichender Liquiditätsreserven. Dies stellt die uneingeschränkte Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen jederzeit sicher.

Die finanzielle Entwicklung des Unternehmens zeigt die nachfolgende Kapitalflussrechnung:

KAPITALFLUSSRECHNUNG				T 07
MIO. €	2017	2016	Veränderung	
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	202,6	245,5	–42,9	
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	–43,1	–104,0	60,9	
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	–162,5	–143,4	–19,1	
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	–3,0	–1,9	–1,1	
Finanzmittelfonds	14,6	17,6	–3,0	
Finanzmittelfonds einschließlich Guthaben aus Cash Pooling	66,4	101,5	–35,1	

Aufgrund eines geänderten Ausweises von gezahlten und erhaltenen Zinsen in den Cashflows aus der Investitionstätigkeit beziehungsweise in den Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit wurden die Vorjahreszahlen entsprechend angepasst. Im Vorjahr waren diese in den Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit enthalten.

Der positive Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 42,9 Mio. Euro und lag bei 202,6 Mio. Euro. Dies war auf höhere Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und eine Verminderung von Rückstellungen zurückzuführen.

Die Mittelabflüsse aus der Investitionstätigkeit in Höhe von 43,1 Mio. Euro lagen um 60,9 Mio. Euro unter dem Vorjahr. Dies war bedingt durch die höheren Mittelzuflüsse im Rahmen des Cash Poolings mit der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH) in Höhe von 34,7 Mio. Euro (Vorjahr 5,2 Mio. Euro) sowie durch geringere Investitionen im Rahmen der Finalisierung des neuen Wärmeversorgungskonzepts.

Der negative Cashflow aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von 162,5 Mio. Euro resultierte wie im Vorjahr insbesondere aus der Gewinnabführung an die SWFH und der Tilgung von Krediten. Ferner sind Mittelabflüsse in Höhe von 32,5 Mio. Euro aus der Aufstockung der Anteile an der EWT auf 100 % enthalten.

Sonstige nicht finanzielle Leistungsindikatoren Kundenzufriedenheit

Langfristige Kundenbeziehungen stehen für uns im Mittelpunkt. Da der Kundenzufriedenheit in diesem Zusammenhang eine große Bedeutung zukommt, führen wir dreimal jährlich repräsentative Umfragen in Zusammenarbeit mit externen Dienstleistern durch. Als Ergebnis der Befragungen wird ein Potenzialindex ermittelt, der die Kategorien Zufriedenheit, Überzeugung und Kommunikationsleistung abdeckt und die Kundenzufriedenheit auf einer Skala von 0 bis 100 abbildet. Erwartungsgemäß konnte mit einem erfreulichen Indexwert im oberen Drittel für 2017 das Vorjahresniveau bestätigt werden.

Mitarbeiterzufriedenheit

Bei unserer fünften großen Mitarbeiterbefragung hatte die Belegschaft wieder die Möglichkeit, ihre Meinung zu verschiedenen Aspekten ihres Arbeitsplatzes beziehungsweise zur Mainova als Unternehmen mitzuteilen. 74 % der Belegschaft haben diese Möglichkeit genutzt und damit ein repräsentatives Gesamtergebnis ermöglicht. Im Vergleich zur letzten Vollbefragung im Jahr 2015 zeigten die Ergebnisse mehrheitlich positive Entwicklungen im Unternehmen. Die größten Zufriedenheitswerte wurden bei den Themen Arbeitsbedingungen und Tätigkeiten, Sicherheit und Gesundheit, Zusammenarbeit mit den Kollegen sowie bei der Arbeit mit den direkten Führungskräften ermittelt. Sehr erfreulich ist auch, dass sich der Mitarbeiter-Engagement-Index wie schon im Jahr 2015 auf einem überdurchschnittlich hohen Niveau befindet und damit unseren Erwartungen entspricht. Die Ergebnisse der Befragung werden im Jahr 2018 ausführlich analysiert, um weitere Verbesserungsmaßnahmen auf Unternehmensebene als auch in den einzelnen Bereichen anzustoßen.

WESENTLICHE EREIGNISSE

Ereignisse im Berichtsjahr

Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnten wir die Umsetzung unseres Wärmeversorgungskonzepts, das Projekt zum Ausbau unseres Fernwärmenetzes in Frankfurt am Main, mit der Fertigstellung notwendiger Kraftwerksumbauten abschließen.

Im Jahr 2017 wurde die Einführung eines neuen Wärmepreissystems beschlossen. Der Tarif Mainova Wärme Classic ist gültig ab dem 1. Januar 2018. Gesetzlichen Vorgaben folgend mussten wir unsere Kosten für Erzeugung und Bereitstellung der Fernwärme sowie die Entwicklung auf dem Wärmemarkt weiterhin transparent im Preis abbilden. Viele der

hier maßgeblichen Faktoren haben sich in der Vergangenheit verändert, sodass eine Anpassung nun notwendig wurde.

Für unser Gaskraftwerk in Irsching, an dem wir mit 15,6 % beteiligt sind, wurde am 29. März 2017 erneut ein vorläufiger Stilllegungsantrag zum Ende des ersten Quartals 2018 gestellt. Durch den Übertragungsnetzbetreiber erfolgte am 13. Juli 2017 die Mitteilung, dass die Stilllegung aufgrund der weiterhin bestehenden Systemrelevanz des Kraftwerks untersagt bleiben wird. Das Kraftwerk fällt damit weiterhin unter die Regelung der Netzreserververordnung.

Am 18. Dezember 2017 erfolgte die Unterzeichnung des Kaufvertrags zur Anteilsaufstockung an der EWT. Bisher waren wir bereits mit 62,22 % Hauptanteilseigner. Durch den Erwerb der restlichen Anteile von der Gas-Union GmbH sind wir nun alleiniger Gesellschafter der EWT.

Ereignisse nach Ablauf des Berichtsjahres

Es haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres ergeben.

MITARBEITER

Wir beschäftigten zum Jahresende 2017 im Konzern 2.659 (Vorjahr 2.658) und bei der Mainova AG 2.518 (Vorjahr 2.521) Mitarbeiter.

Die Bewältigung der dynamischen Entwicklungen in der Energiewirtschaft und die damit verbundenen Herausforderungen erfordern qualifizierte, engagierte und zufriedene Mitarbeiter.

Zur Messung der Zufriedenheit sowie zum Erkennen von Stärken und Entwicklungsfeldern im Unternehmen führen wir alle zwei Jahre eine umfassende Mitarbeiterbefragung durch. Diese beleuchtet neben der allgemeinen Arbeitszufriedenheit der Belegschaft verschiedene Themenfelder, wie etwa Arbeitsbedingungen und Tätigkeiten, Information und Kommunikation oder auch Zusammenarbeit und Führung im Unternehmen. Das Feedback unserer Belegschaft und die anschließende Bearbeitung von Themen mit Verbesserungspotenzial helfen uns, die Organisation und Führungskultur bei Mainova weiterzuentwickeln und auf diesem Weg das hohe Engagement der Mitarbeiter aufrechtzuerhalten.

Indexwert zur Kundenzufriedenheit wie im Vorjahr im oberen Drittel

2.659 Mitarbeiter im Konzern

Ein vielfältiges Qualifizierungsangebot bietet Mitarbeitern die Möglichkeit, ihr fachliches und persönliches Potenzial weiterzuentwickeln. Dieses wird kontinuierlich auf- und ausgebaut, Themen und Inhalte der interaktiven Seminare und Workshops werden mit Blick auf aktuelle Anforderungen und Themen aus der Mitarbeiterbefragung angepasst. Ein besonderer Fokus liegt auf der Unterstützung der Führungskräfte, die in gemeinsamen Trainings, spezifischen Teamentwicklungen oder Einzelcoachings in ihrer Rolle auch im Hinblick auf Führung in Zeiten von Veränderung unterstützt werden.

Zur Unterstützung der Mitarbeiter in gesundheitlichen Aspekten wurde im April 2017 eine Fachstelle für betriebliches Gesundheitsmanagement eingerichtet, die dieses bei Mainova aufbaut und strukturiert. So wurde ein interdisziplinär besetzter „Arbeitskreis Gesundheit“ ins Leben gerufen, der Konzepte entwickelt und umsetzt, Planungs- und Steuerungsgrößen identifiziert und überwacht sowie Gesundheitsprojekte koordiniert. Im Rahmen der Umsetzung des Präventionsgesetzes wurden weitere Gesundheitsaktionen für Mitarbeiter und Vorträge zu Gesundheitsthemen angeboten.

Herausforderung demografischer Wandel

Den Herausforderungen des demografischen Wandels begegnet Mainova auf unterschiedlichen Ebenen:

Digitalisierung gewinnt an Dynamik

Die zur Verfügung stehenden Personalkennzahlen wurden für fundierte Aussagen zu den Auswirkungen des demografischen Wandels beispielsweise auf Jobfamilien, Tätigkeiten und Planstellen analysiert. Führungskräften stehen nun erweiterte digitale Übersichten in Form von Dashboards und Reports zur Verfügung, die ihnen eine bessere Planung ihrer Personalressourcen ermöglicht. Auf Basis dieser erweiterten Übersicht wurde auch die strategische Nachfolgeplanung ausgebaut.

Zahl der Auszubildenden und Studenten mehr als verdoppelt

Ein weiterer Baustein ist die intensivierete Nachwuchsgewinnung: So wurde die Zahl der Auszubildenden und Studenten im Jahr 2017 mehr als verdoppelt. Aktuell absolvieren 33 Nachwuchskräfte ihr duales Studium in den unterschiedlichsten Fachbereichen, sowohl in kaufmännischen als auch in technischen Studiengängen. Darüber hinaus haben im Jahr 2017 fünf kaufmännische und 22 technische Auszubildende ihre berufliche Karriere gestartet.

Zur Erhöhung unseres Bekanntheitsgrades und zur Darstellung der vielfältigen Karrierechancen bei Mainova setzen wir noch intensiver auf Ausbildungsmessen, regionale Veranstaltungen und Informationskampagnen in Schulen. 2017 sind zudem zwei Social-Media-Kampagnen in Angriff genommen worden.

Um die vielfältigen Social-Media-Kontakte der eigenen Mitarbeiter zu nutzen und gleichzeitig dem großen Bedarf nach IT-Fachkräften zur Umsetzung der Digitalisierung zu begegnen, wurde als ergänzender Rekrutierungskanal ein Pilotprojekt „Mitarbeiter werben Mitarbeiter“ für IT-Fachfunktionen ins Leben gerufen.

Die Umsetzung geänderter Anforderungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) zum 1. April 2017 erforderte weitere Schulungen, die Anpassung des Mustervertrags zur Arbeitnehmerüberlassung und eine Information aller Führungskräfte über die Reformen. Zur Kontrolle und Überwachung der gesetzlichen Vorgaben wurde im HR-Controlling eine Datenbank für alle Mitarbeiter im Rahmen einer Arbeitnehmerüberlassung etabliert und wurden sonstige Fremdpersonaleinsätze außerhalb des AÜG geprüft.

PROGNOSE-, CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

PROGNOSEBERICHT

Gesamtaussage des Vorstands über die Unternehmensentwicklung

Der Energiemarkt wandelt sich stetig. Während in der Vergangenheit maßgeblich politische Rahmenbedingungen die Treiber für Veränderungen waren, gewinnt die Digitalisierung zunehmend an Dynamik. Insbesondere die Entwicklung smarterer Energielösungen sowie die Vernetzung von Anwendungen bergen das Potenzial moderner und innovativer Lösungsansätze für alle Marktteilnehmer. Daneben werden traditionelle Geschäftsmodelle von der zunehmenden Bedeutung dezentraler Energiegewinnung mehr und mehr unter Druck gesetzt. Im Zusammenspiel mit effizienteren Technologien trägt dies maßgeblich zur Entstehung neuer Produkte und zur Erschließung neuer Absatzmärkte bei. Andererseits sind dadurch jedoch auch hohe Investitionen in Erzeugungsanlagen und Netze erforderlich, während der Anspannungsgrad auf die Ertragslage in den traditionellen Segmenten weiter wächst.

Der Wettbewerb im klassischen Energievertrieb insbesondere von Strom und Erdgas nimmt weiterhin über alle Kundengruppen hinweg zu. Der Preisverfall der letzten Jahre hält durch die Präsenz von Niedrigpreis-Anbietern an. Hinzu kommen branchenfremde Dienstleister wie beispielsweise Internet-Provider, die ihre Markenstellung zum Einstieg in den Energiemarkt nutzen. Unterstützt wird diese Entwicklung durch ein steigendes Preisbewusstsein

der Privat- und Gewerbekunden. Der vertriebliche Erfolg ist hier stark von der preislichen Positionierung im Markt abhängig.

Auch im Bereich der Geschäfts- und Individualkunden ist das Kostenbewusstsein unverändert hoch. Auf der Kundenseite wird dies durch eine zunehmende Professionalisierung des Einkaufs, unter anderem durch den Einsatz externer Energieberater, deutlich. Hier gilt es, den Kunden durch individuelle Beratung und Angebote einen zusätzlichen Nutzen zu bieten.

Die Bundesregierung hat sich in ihrem Energiekonzept anspruchsvolle energiepolitische Ziele gesetzt. Mithilfe der neuen Regelungen zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) soll ein beträchtlicher Beitrag zur Erreichung dieser Ziele geleistet werden. Aktuell führt die Situation an den Energiemärkten zu weiteren Rückgängen der Margen aus der Stromproduktion. Im Hinblick auf unsere Beteiligung am Gaskraftwerk in Irsching (GKI) ist die Situation nach wie vor unbefriedigend. Seit dem 1. April 2016 befindet sich das GKI in der Netzreserve. Eine zwischenzeitlich erneut beantragte Stilllegung wurde aufgrund der weiterhin bestehenden Systemrelevanz des Kraftwerks durch den Übertragungsnetzbetreiber untersagt. Dies bedeutet, dass auch für die Winterperiode 2018/2019 das GKI in der Netzreserve verbleiben wird. Seit dem 1. Dezember 2016 ist das Gemeinschaftskraftwerk Bremen in Betrieb. Aufgrund vertraglicher Vereinbarungen konnte für das Jahr 2018 ein positiver Ergebnisbeitrag gesichert werden.

Der Bereich Netz ist insbesondere geprägt vom Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende (GDEW), das die Einführung intelligenter Messsysteme (Smart Meter) für das Segment Strom in zum Teil sehr engen Grenzen vorgibt. Hierzu führt Mainova ein umfangreiches Umsetzungsprojekt durch.

Für das kommende Geschäftsjahr gehen wir aufgrund flankierender Effizienzmaßnahmen von einer anhaltend stabilen Ertragslage aus. Im Rahmen unserer Investitionstätigkeit werden die Schwerpunkte vor allem in den Bereichen Erzeugung und Netz für Strom und Fernwärme liegen.

Konjunkturelle Entwicklung

Aufgrund des anhaltenden Wirtschaftswachstums rechnen renommierte Wirtschaftsforschungsinstitute und Experten auch für 2018 mit einem stetigen Anstieg des BIP. So prognostizierte zuletzt der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ein preisbereinigtes Wachstum des BIP in Höhe von 2,2 % gegenüber

dem Vorjahr. Gleichzeitig wird auf zunehmende Anspannungen bei den Produktionskapazitäten hingewiesen. Dabei profitieren Exporte von einer kräftigen Weltkonjunktur, insbesondere von der soliden Wirtschaftslage im Euroraum. Bei einer anhaltend starken privaten Konsumnachfrage wird gleichzeitig von ansteigenden Importen ausgegangen. Auch die Investitionstätigkeit dürfte, gestützt durch unverändert günstige Finanzierungsbedingungen, weiter zulegen. Daneben wird für den Arbeitsmarkt, bei sich abschwächendem Tempo, eine Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen vorhergesagt.

Entwicklung der Energiepreise und des CO₂-Emissionshandels

Auf Basis derzeit gut versorgter und weitgehend ausgeglichener Energiemärkte erwarten wir für 2018, bei unvermindert hoher Volatilität, eine Fortsetzung der stabilen Seitwärts- bis moderaten Aufwärtsbewegungen der Preise für Rohöl, Kohle und Erdgas. Für den Emissionsmarkt prognostizieren wir vor dem Hintergrund fortgeschrittener Reformverhandlungen auf europäischer Ebene steigende Preise. Der Stromterminmarkt dürfte weiterhin vom fortwährenden Ausbau erneuerbarer Energien, deren schwankender Verfügbarkeit sowie dem daraus erforderlichen preissetzenden Ausgleich aus der konventionellen Energieerzeugung geprägt sein. Deren variable Einsatzkosten hängen unmittelbar von der Entwicklung der Brennstoff- und Emissionshandelspreise ab, die im Betrachtungszeitraum einen stabilen bis leicht preissteigernden Einfluss auf die Stromnotierungen haben dürften.

Die Entwicklung an den Commodity-Märkten ist für uns bezogen auf das Jahr 2018 von untergeordneter Bedeutung, da wir die Mengen überwiegend schon kontrahiert haben.

Geschäfts- und Ergebnisentwicklung

Für das Geschäftsjahr 2018 ist ein bereinigtes EBT leicht unter dem Vorjahresniveau geplant. Durch vertriebliche Erfolge, den Ausbau neuer Geschäftsfelder sowie Produktivitäts- und Effizienzsteigerungen in allen Wertschöpfungsstufen rechnen wir mit einer operativ stabilen Ergebnisentwicklung. Allerdings wird das Ergebnis durch die neuen Regelungen des NEMoG belastet.

Anspruchsvolle
energiepolitische Ziele

Geschäftsjahr 2018:
stabile Ertragslage und
weitere Investitionen

Für 2018 Anstieg des BIP
prognostiziert

Die für das Jahr 2018 erwartete Entwicklung unseres finanziellen Leistungsindikators bereinigtes EBT stellt sich nach Segmenten wie folgt dar:

ERWARTETE SEGMENTENTWICKLUNG		T 08
		2018 (Plan)
Wärme- und Stromerzeugung		deutlich unter Vorjahr
Stromversorgung		deutlich über Vorjahr
Gasversorgung		deutlich unter Vorjahr
Wärmeversorgung		deutlich über Vorjahr
Wasserversorgung		auf Vorjahresniveau
Beteiligungen		leicht über Vorjahr
Konzern		leicht unter Vorjahr

Im Segment Wärme- und Stromerzeugung bleibt die Situation an den Energiemärkten in Bezug auf die Vermarktung der Stromerzeugung unverändert angespannt. Diesem Effekt stehen jedoch Erlöse aus der KWK-Förderung entgegen, die in Verbindung mit der Optimierung des Kraftwerksportfolios zu einer Ergebnissteigerung beitragen. Gedämpft werden die Optimierungseffekte durch die Regelungen des NEMoG. Hiermit wurde in den vergangenen Jahren die flächendeckende Kostenverteilung auf den Weg gebracht, die erzeugungsseitig eine Reduktion der Vergütung dezentraler Einspeisung in Form von vermiedenen Netzentgelten ab dem 1. Januar 2018 zur Folge hat.

Im Segment Stromversorgung ist es unverändert das Ziel des Vertriebs, unsere angestammte Marktposition nachhaltig zu sichern beziehungsweise auszubauen. Insbesondere in Vertriebsgebieten außerhalb unseres Netzbereichs sollen kontinuierlich Privat- und Gewerbekunden wertorientiert gewonnen werden. Auch im Geschäftskundenbereich plant der Vertrieb eine Steigerung des Absatzes. Da wir im Netzbereich mit einem stabilen Ergebnis rechnen, gehen wir davon aus, dass das Ergebnis der Stromversorgung insgesamt deutlich über dem Vorjahr liegt.

Eine ähnliche operative Entwicklung prognostizieren wir auch für das Segment Gasversorgung. Da das Jahr 2017 allerdings durch positive Einmaleffekte geprägt war, erwarten wir im kommenden Jahr einen Ergebnisrückgang.

Preisadjustierungen und leichte Mengensteigerungen führen zu einer deutlichen Ergebnisverbesserung in der Wärmeversorgung. Zum 1. Januar 2018 mussten die Preise aufgrund gesetzlicher Vorgaben an die Kosten für Erzeugung und Bereitstellung der Fernwärme sowie die Entwicklung auf dem Wärmemarkt angepasst werden. Auch der sukzessive Ausbau des

Geschäfts mit Energiedienstleistungen wird sich leicht positiv bemerkbar machen.

Für die Wasserversorgung erwarten wir ein Ergebnis auf Vorjahresniveau. Korrespondierend zur Bevölkerungsentwicklung der Stadt Frankfurt rechnen wir mit einer leicht steigenden Absatzmenge.

Aufgrund der bereits im Jahr 2017 vorgenommenen Wertminderungen im Beteiligungsportfolio wurden die künftigen Risiken überwiegend antizipiert. Wir gehen daher von einem leicht über dem Vorjahr liegenden Ergebnisniveau aus.

Wir erwarten, dass unsere Leistungsindikatoren Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit im Jahr 2018 in etwa auf Höhe des Vorjahres liegen.

Investitionen und Finanzlage

Unser geplantes Investitionsvolumen bleibt auch nach der Fertigstellung des Wärmeversorgungskonzepts auf einem hohen Niveau. Der Energiemarkt erlebt derzeit einen deutlichen Umbruch. Die Digitalisierung der Branche gewinnt an Dynamik und macht hohe Investitionen in Erzeugung und Netze erforderlich.

Die geplanten Investitionen verteilen sich wie folgt:

ERWARTETE INVESTITIONEN		T 09
MIO. €		2018
Erzeugungsanlagen		24
Verteilungsanlagen		70
Sonstiges		32
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen		126
Erwerb von Beteiligungen		2
Investitionen gesamt		128

Die geplanten Investitionen in Erzeugungsanlagen tragen maßgeblich dazu bei, die zuverlässige Energieversorgung und die ressourcenschonende, effiziente Energieerzeugung weiter fortzusetzen. Darin enthalten ist zudem eine im Kraftwerksbereich notwendig werdende Großrevision. Daneben werden im Jahr 2018 voraussichtlich noch letzte Arbeiten zum Wärmeversorgungskonzept anfallen.

Der Schwerpunkt unserer Investitionsplanung liegt traditionell im Bereich Netz. Durch die hohen Investitionen in den Ausbau und den Erhalt unserer Versorgungsnetze gewährleisten wir ein hohes Maß an Versorgungszuverlässigkeit und -qualität im Interesse unserer Kunden. Darüber hinaus werden Investitionen in intelligente Messsysteme und Umspannwerke getätigt.

Schwerpunkt der Investitionen im Bereich Netze

In den sonstigen Investitionen werden wir im nächsten Jahr unter anderem die Kernsanierung einzelner Gebäude weiter voranbringen.

Wir gehen davon aus, dass unsere Investitionen auch im Jahr 2018 vollständig durch Mittel aus der laufenden Geschäftstätigkeit gedeckt werden können.

CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

Beurteilung der Risikosituation durch die Unternehmensleitung

Zur Gewährleistung des langfristigen Unternehmenserfolgs ist ein nachhaltiges Risikomanagementsystem unabdingbar. Die in allen Unternehmenseinheiten identifizierten Chancen und Risiken werden dabei gemäß dem bestehenden Regelwerk zentral erfasst. Im Vergleich zum Vorjahr stellte sich die Chancensituation nahezu unverändert dar. Der Umfang der Risiken konnte durch gezielte Maßnahmen reduziert werden. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind mittelfristig keine Sachverhalte erkennbar, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

Risikomanagementsystem

Um den Anforderungen nach einer sachgerechten Risikoüberwachung und -steuerung gerecht zu werden, hat Mainova ein adäquates System installiert. Hierdurch wird Mainova in die Lage versetzt, kritische Geschäftsvorgänge zeitnah zu erfassen, zu analysieren und erforderliche Gegensteuerungsmaßnahmen einzuleiten.

Ein Risiko ist hierbei als eine potenziell negative Abweichung von unternehmerischen Zielen oder Planwerten definiert. Demgegenüber bezeichnen wir eine Chance als potenziell positive Abweichung vom geplanten Unternehmensergebnis. Die Basis für deren Bewertung bilden Einschätzungen sowie Annahmen über denkbare zukünftige Entwicklungen und Ereignisse.

In regelmäßigen Abständen wird auf Basis des Eigenkapitals und des geplanten Ergebnisses des jeweiligen Geschäftsjahres eine Risikotragfähigkeit ermittelt. Zu Steuerungszwecken werden die Risiken der entsprechenden Tragfähigkeit gegenübergestellt.

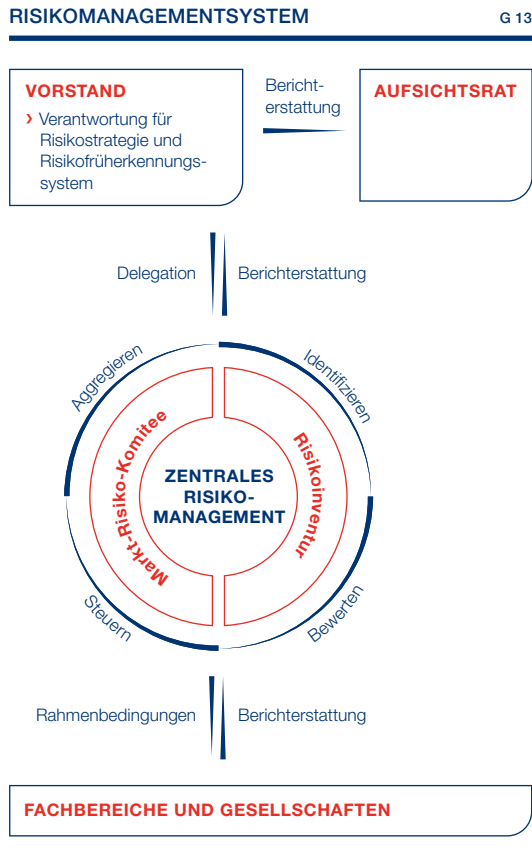
Grundsätzlich unterscheiden wir zwischen Markt-, Unternehmens- sowie Liquiditätschancen beziehungsweise -risiken. Marktchancen und -risiken entstehen sowohl durch Preisveränderungen an den Absatz- und Beschaffungsmärkten als auch infolge von Geschäftspartnerausfällen im Rahmen der Wiederbewirtschaftung von Geschäften sowie bei Zahlungsausfällen.

Daneben beziehen sich die Unternehmenschancen und -risiken auf alle Sachverhalte, die aus der operativen Geschäftstätigkeit resultieren oder diese beeinflussen, inklusive der Markt- und Liquiditätsrisiken. Hierzu zählen unter anderem Sachverhalte, die aus einer unzureichenden Einschätzung der branchenspezifischen Entwicklung im Hinblick auf Gesetzgebung und Markttrends resultieren, negative Abweichungen zur verabschiedeten Wirtschaftsplanung sowie operationelle Risiken. Unter Letzteren sind betriebliche, nicht eindeutig quantifizierbare Sachverhalte zu verstehen, die durch Unangemessenheit oder Versagen von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten können. Hierzu zählen auch compliancerelevante Themen.

Liquiditätsrisiken bestehen, wenn benötigte Zahlungsmittel nicht oder nur zu erhöhten Kosten beschafft werden können. Aus Gründen der Vereinfachung erfolgt eine nähere Beschreibung im Rahmen der Unternehmensrisiken unter „Finanzen und Beteiligungen“.

Umfang der Risiken reduziert

Das Risikomanagementsystem der Mainova stellt sich wie folgt dar:



Langfristige und risiko-diversifiziert ausgelegte Vermarktungsstrategie

Halbjährliche Risikoinventur

Alle potenziellen Geschäftsvorfälle mit einer positiven oder negativen Abweichung von Unternehmenszielen werden im Rahmen einer halbjährlichen Risikoinventur erhoben. Die Identifizierung und systemseitige Erfassung der Sachverhalte erfolgt durch die operativ verantwortlichen Unternehmens-einheiten der Mainova sowie der einbezogenen Tochterunternehmen.

Die Einheiten sind zudem dafür verantwortlich, wirk-same Maßnahmen aufzuzeigen, die Risiken vermei-den, reduzieren und kontrollieren. Daneben stellen sie die Nutzung von Chancen sicher.

Das Monitoring der Marktchancen und -risiken aus den Kerngeschäftsprozessen Energiebezug und Handel, Vertrieb sowie Erzeugung erfolgt in monat-lichen Sitzungen des Markt-Risiko-Komitees (MRK) unter der Teilnahme von Vorstand und Führungs-kräften.

Der Bereich „Finanzen, Rechnungswesen und Controlling“ steuert und koordiniert das zentrale Risiko-management und verantwortet die Berichterstattung an Vorstand und Aufsichtsrat. Unvorhergesehene wesentliche Veränderungen der Risikosituation wer-

den vom zentralen Risikomanagement oder von den verantwortlichen Unternehmenseinheiten ad hoc an die Unternehmensleitung berichtet.

Die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems wird regelmäßig von der internen Revision geprüft. Zudem begutachtet der Wirtschaftsprüfer die Ein-haltung der gesetzlichen Bestimmungen nach § 91 Abs. 2 AktG.

Marktchancen und -risiken

Volatile Preisentwicklungen an den Rohstoff- und Energiebeschaffungsmärkten bergen sowohl bei der Beschaffung von Strom und Gas für unsere Kunden als auch bei der Vermarktung der in unseren eigenen Kraftwerken erzeugten Energie vielfältige Markt-preischancen und -risiken. Zudem bestehen Adress-ausfallrisiken, die zur Wiederbewirtschaftung von bereits abgesicherten Geschäften sowie zu Zah-lungsausfällen führen können.

Aufgrund des anhaltend hohen Anteils an vorrangig ins Netz eingespeistem Strom aus erneuerbaren Energiequellen besteht weiterhin ein niedriges Preisniveau am Großhandelsmarkt. Gleichzeitig kommen unsere Kraftwerke zur Deckung von Nach-fragespitzen immer seltener zum Einsatz. Diese Marktentwicklung beeinträchtigt die Erlöspotenziale aus unseren konventionellen Erzeugungsanlagen. Diesem Trend begegnen wir mit einer langfristig und risikodiversifiziert ausgelegten Vermarktungsstrategie, die einer regelmäßigen Überprüfung und An-passung unterliegt.

Zur Absicherung von Preisänderungen aus der Brennstoffbeschaffung setzen wir Kohle-, Gas- und Öl-Swaps als Sicherungsinstrumente ein. Gleichzeit-ig werden zur Sicherung der Stromerlöse Vermark-tungsgeschäfte (Forwards) für die eigenerzeugten Mengen abgeschlossen.

Die Strom- und Gasmengen für unser Vertriebsport-folio decken wir an den Großhandelsmärkten ein. Dabei setzen wir auf eine diversifizierte Beschaffung, um Preisrisiken möglichst zu minimieren. Dies ge-währleistet zum einen marktorientierte Beschaf-fungskonditionen, zum anderen werden spekulative Elemente weitgehend ausgeschlossen.

In einem stark begrenzten und regelmäßig über-wachten Umfang betreiben wir Eigenhandel mit definierten Commodities mit dem Ziel, Handels-margen aus den Preisbewegungen am Markt zu generieren. Daraus resultieren sowohl die Chance auf die Erzielung positiver Ergebnisbeiträge als auch das Risiko des Abschlusses von verlustrei-chen Geschäften.

Bezüglich der Risiken aus der Verwendung von Finanzinstrumenten verweisen wir auf den Abschnitt 7 im Konzernanhang.

Für die Durchführung von Beschaffungs- und Vermarktungsaktivitäten sowie die finanziellen Sicherungs- und Eigenhandelsaktivitäten haben wir eindeutige Strategien und Rahmenbedingungen definiert. Diese werden regelmäßig durch das MRK geprüft, angepasst und freigegeben.

Die Steuerung der Marktrisiken erfolgt mittels eines Limitsystems. Grundlage hierfür ist ein von den operativen Einheiten unabhängiges Berichtswesen, das kontinuierlich die Risiken auf Basis der zugelassenen Instrumente überwacht. Die zentrale Steuerungskennzahl ist das Risikokapital beziehungsweise der Value at Risk (VaR). Die Auslastung dieses globalen Limits berücksichtigt Handelsaktivitäten für das aktuelle sowie für die drei folgenden Geschäftsjahre. Der VaR zeigt dabei zudem mögliche Ergebnisschwankungen auf, die aus noch offenen Positionen des Energiehandelsportfolios der aktuellen Bewirtschaftungszeiträume entstehen können. Zum 31. Dezember 2017 belief sich die Auslastung des Risikokapitals inklusive des VaR auf rund 19 Mio. Euro, was einer Ausschöpfung des Limits von rund 37 % entspricht. Die Erhöhung dieser Kennzahl im Vergleich zum Vorjahr ist zum einen auf eine deutlich umfangreichere Betrachtung der Adressausfallrisiken zurückzuführen. Neben den bereits berücksichtigten Wiedereindeckungskosten werden nun auch eigene Vorleistungen mit einbezogen, was unabhängig von anderen Faktoren zu einer Erhöhung der Risikokapitalauslastung führt. Zum anderen war in der zweiten Jahreshälfte ein steigender Trend an den Commodity-Märkten zu beobachten.

Unternehmenschancen und -risiken sowie übergeordnete Sachverhalte

Die allgemeinen Unternehmenschancen und -risiken umfassen, wie voranstehend beschrieben, eine Vielzahl an Sachverhalten, die aus der operativen Geschäftstätigkeit resultieren oder diese beeinflussen. Wir teilen sie entlang der Wertschöpfungsstufen in die Kategorien Erzeugung, Handel, Vertrieb, Netz und Regulierung, Finanzen und Beteiligungen, Shared Service sowie Recht und Compliance ein.

Der mit der Eintrittswahrscheinlichkeit bewertete mögliche Schaden nach bereits eingeleiteten Gegenmaßnahmen (Erwartungswert der Risiken) beträgt zum 31. Dezember 2017 rund 31 Mio. Euro und entfällt mit 6 % auf die Erzeugung, mit 15 % auf den Vertrieb, mit 20 % auf Netz- und Regulierung, mit 22 % auf Beteiligungen, mit 31 % auf Shared Services und mit 6 % auf sonstige Risiken.

Die wesentlichen Risiken des Handels liegen in den Marktrisiken.

Erzeugung

In unserem Kraftwerksbetrieb sind trotz regelmäßiger Überwachung und Modernisierung technische Störungen oder der Ausfall von Anlagen nicht gänzlich auszuschließen. Durch die sachgerechte Instandhaltung und Wartung der Anlagen können diese Risiken reduziert werden. Abgeschlossene Versicherungen begrenzen die finanziellen Auswirkungen von auftretenden Schäden und Ausfällen. Dennoch besteht die Möglichkeit von Produktionsausfallkosten.

Die Energiewende und die vorrangige Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen bergen neben den Risiken aus fallenden Strompreisen sowie sinkenden Erzeugungsmengen und Erlösen auch Chancen. Mithilfe von Optimierungsmaßnahmen steigern wir die Effizienz und Flexibilität unseres konventionellen Kraftwerksparks. So konnten wir beispielsweise die Mindestlast der Erzeugungsanlagen weiter reduzieren, um noch flexibler auf niedrige Strompreise reagieren zu können. Zudem haben wir unsere großen Kraftwerksblöcke an den Standorten West und Niederrad für die Teilnahme am Regelergiemarkt qualifiziert. Diese können somit Netzschwankungen kurzfristig ausgleichen und dadurch zusätzliche Deckungsbeiträge generieren. Des Weiteren stellen die zunehmenden Flexibilitätsanforderungen im Stromnetz weitere Erlöschancen für die Erzeugungsanlagen dar.

Mit dem Wärmeversorgungskonzept haben wir eine weitere Optimierungsmaßnahme zur Steigerung der Rentabilität des Kraftwerksparks umgesetzt. Der Wärmeverbund zwischen den Frankfurter Erzeugungsanlagen gewährleistet eine effizientere Nutzung der Erzeugungskapazitäten und flexiblere Einsatzmöglichkeiten der Anlagen, wodurch wir deren Fahrweise optimieren und Brennstoffeinsparungen realisieren können. Darüber hinaus schafft das Konzept Voraussetzungen für Wärmeneukundenanschlüsse mit erheblichem Leistungszuwachs und einer damit einhergehenden Verbesserung der Ertragslage. Seit Ende 2017 sind nunmehr alle Komponenten in Betrieb. Dem stehen noch potenzielle Projektrisiken gegenüber, die sich durch die lieferantenseitige Mängelbeseitigung sowie die noch unter Vorbehalt stehende KWK-Förderung ergeben.

Mit Investitionen in regenerative Erzeugungsanlagen konzentrierte sich unser Engagement überwiegend auf Beteiligungen an Photovoltaikanlagen und Onshore-Windparks. Um auch künftig erfolgreich in diesem Bereich investieren zu können, sind zuverlässige politische Rahmenbedingungen als

Zentrale Steuerungskennzahl der Marktrisiken: Value at Risk

Energiewende birgt Risiken und Chancen

wirtschaftliche Grundlage erforderlich. Aufgrund der aktuellen Marktsituation können mit dem Erwerb von schlüsselfertigen Projekten unsere Renditeanforderungen nicht mehr erfüllt werden. Um dem zu begegnen, beabsichtigen wir, die Wertschöpfung sowohl in der Planungs- als auch der Betriebsphase unserer Projekte zu vertiefen.

Funktion als umfassender
Energiedienstleister
nimmt zu

Das Gemeinschaftskraftwerk in Irsching, an dem wir mit 15,6 % beteiligt sind, wurde nach Auslaufen des Redispatch-Vertrags mit dem Übertragungsnetzbetreiber TenneT im April 2016 in die Netzreserve überführt. Währenddessen darf das Kraftwerk nicht am Markt eingesetzt werden. Der Rechtsrahmen der Netzreserveverordnung beinhaltet die Zahlung von Erzeugungsauslagen, Betriebsbereitschaftsauslagen für die Vorhaltung des Kraftwerks sowie eine Vergütung des anteiligen Werteverbrauchs in Abhängigkeit der aufgerufenen Betriebsstunden. Eine Erstattung der Kapitalkosten ist jedoch nicht vorgesehen. Damit ist eine volle Kostendeckung des Gemeinschaftskraftwerks in Irsching auch im Rahmen der Netzreserve nicht gewährleistet. Die Höhe der Kostenerstattungen ist zudem noch nicht abschließend geklärt. Aufgrund der weiterhin angespannten Lage am Strommarkt wurde erneut eine vorläufige Stilllegungsanzeige gegenüber dem Übertragungsnetzbetreiber gestellt, die aufgrund der Systemrelevanz des Kraftwerks zurückgewiesen worden ist. Somit verbleibt die Anlage weiterhin bis mindestens 2019 in der Netzreserve.

Vorgaben der BNetzA
bergen regulatorische
Risiken

Das Gemeinschaftskraftwerk in Bremen, an dem wir mit 25,1 % beteiligt sind, hat im Dezember 2016 den Betrieb aufgenommen. Aufgrund der angespannten Marktlage sehen wir derzeit jedoch nur geringe künftige Einsatzmöglichkeiten, was die langfristige Rentabilität des Kraftwerks maßgeblich beeinträchtigt.

Den Risiken aus den Gaskraftwerken in Irsching und Bremen haben wir in den vergangenen Jahren durch bilanzielle Maßnahmen Rechnung getragen.

Handel

Im Energiehandel ergibt sich neben den Marktpreis- und Adressausfallrisiken (vergleiche Kapitel 3.2.3) weiteres Risiko- und Verlustpotenzial. Durch die zunehmende Kleinteiligkeit des Geschäfts steigen die Komplexität der Prozesse sowie die Kosten. Zudem werden mit verstärkter Regulierung Kapazitäten gebunden und der Aufwand wird erhöht.

Um insbesondere operationellen Risiken aus diesem Bereich zu begegnen, unterliegt die Übertragung von Daten in das beziehungsweise aus dem Handelssystem einer regelmäßigen Kontrolle. Darüber hinaus erfolgt eine stetige Prozessoptimierung sowie Automatisierung interner Abläufe.

Vertrieb

Die Strom- und Gasversorgung unserer Privat- und Geschäftskunden ist durch anhaltend intensiven Wettbewerb geprägt. Um die sich daraus ergebenden Chancen zu nutzen, erweitern wir unser Vertriebsgebiet gezielt, um neue Kunden zu gewinnen. Zur Sicherung der bestehenden Marktanteile sowie zur Minderung des Risikos von Mengenverlusten ist die Pflege unserer Bestandskunden elementar. Dabei übernehmen wir für unsere Kunden zunehmend die Funktion eines umfassenden Energiedienstleisters.

Die Absatzmengen für Erdgas und Fernwärme sind in hohem Maße witterungsabhängig. Planerisch gehen wir diesbezüglich jeweils von dem durchschnittlichen Witterungsverlauf der vergangenen zehn Jahre aus. Abweichungen davon können sowohl Chancen als auch Risiken darstellen. Im Jahr 2017 war ein durchschnittlicher Witterungsverlauf zu verzeichnen.

Netz und Regulierung

Das Netzgeschäft ist insbesondere durch die Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) einschließlich der Verordnungen sowie der Festlegungen der BNetzA zu den Kosten und Erlösen der Netzbetreiber geprägt. Diese Vorgaben bergen regulatorische Risiken, indem sie Netzbetreiber dazu zwingen, die Kosten zu senken und gleichzeitig eine angemessene Versorgungsqualität zu gewährleisten.

Gemäß § 9 Abs. 3 Anreizregulierungsverordnung hat die BNetzA einen generellen sektoralen Produktivitätsfaktor neu zu ermitteln. Diesen hat sie im Wege einer vorläufigen Anordnung auf einen Wert von 0,49 % festgelegt.

Am 26. Juli 2017 erhielt unsere Netzgesellschaft eine Mitteilung zur Festlegung der Netzkosten Gas, auf deren Basis der Effizienzvergleich mit anderen Netzbetreibern und somit die Festlegung einer neuen Erlösobergrenze erfolgen soll. Zuvor angekündigte Kürzungen der anerkannten Netzkosten durch die BNetzA konnten auf ein akzeptables Maß begrenzt werden. Mit einem ähnlich aufwendigen Verfahren ist im kommenden Jahr im Hinblick auf die Netzkosten Strom zu rechnen.

Zur Umsetzung des im September 2016 in Kraft getretenen GDEW führt die Mainova AG ein umfangreiches Projekt durch. Seit Oktober 2017 installiert die MSD moderne Messeinrichtungen im Netzgebiet der NRM, um den gesetzlichen Einbaupflichten gerecht zu werden. Um die sich daraus ergebenden Chancen eines neuen Geschäftsmodells beziehungsweise neuer Vertriebsprodukte nutzen zu können, wurden erste technische und organisatori-

Installation von modernen
Messeinrichtungen

sche Voraussetzungen für die erforderliche Digitalisierung der Prozesse geschaffen. Dennoch werden uns die technischen Entwicklungen stets vor neue Herausforderungen stellen. Bereits heute versuchen Wettbewerber in diesem Segment durch neue Produkte wichtige Kundensegmente im Mainova-Kundenportfolio zu besetzen. Zudem werden regulatorische Vorgaben Einfluss auf die Entwicklung des Geschäftsmodells nehmen.

Bei der rechtlichen Sicherung zur Nutzung öffentlicher Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Strom- und Gasinfrastruktureinrichtungen müssen die konzessionsgebenden Städte und Gemeinden strukturierte Vergabeverfahren umsetzen. Bei auslaufenden Verträgen besteht auch in der Region Rhein-Main ein hoher Anreiz für Wettbewerber, Angebote zu platzieren. Als Wettbewerber treten in der Regel andere Energieversorgungsunternehmen aus der Region auf. Diese wollen ihr Netzgeschäft ausweiten oder verlorene Konzessionen kompensieren. Auch die Mainova AG bewirbt sich um weitere Strom- und Gaskonzessionen in einem definierten Radius rund um Frankfurt.

Neben der direkten Vergabe der Wegenutzungsverträge an einen Netzbetreiber tendiert ein Teil der Kommunen dazu, die Konzessionen an eine Netzeigentums-gesellschaft zu vergeben, an der sie selbst als Mehrheitsgesellschafter beteiligt sind. Minderheitsgesellschafter wird in der Regel der bisherige Konzessionär. Der operative Netzbetrieb erfolgt dann weiterhin durch den bisherigen Netzbetreiber, mit dem die Netzeigentums-gesellschaft einen Pachtvertrag abschließt.

Der Konzessionswettbewerb bietet den etablierten Netzeigentümern sowie Netzbetreibern Wachstumschancen. Gleichzeitig birgt er aber auch das Risiko, eigene Konzessionen an andere Netzeigentümer und -betreiber vollständig zu verlieren oder die Konzession nur im Rahmen eines Kooperationsmodells mit dem Konzessionsgeber weiterführen zu können.

Finanzen und Beteiligungen

Unter „Finanzen und Beteiligungen“ erfassen wir sowohl Liquiditäts-, Zinsänderungs- sowie Forderungsausfallrisiken als auch Chancen und Risiken aus Beteiligungen.

Liquiditätsrisiken können bestehen, wenn die erforderlichen Finanzmittel nicht zur Verfügung stehen, um Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen. Um diesen entgegenzuwirken, ist Mainova in das Liquiditätsmanagement der SWFH eingebunden. Wir verfügen bei der SWFH über eine Kreditlinie in Höhe von 40 Mio. Euro. Darüber hinaus besteht grundsätzlich

die Möglichkeit, Termingelder zu vereinbaren, um Liquiditätsunterdeckungen zu vermeiden. Bei Banken liegen keine Kreditlinien vor.

Zinsänderungsrisiken resultieren aus marktbedingten Schwankungen der Zinssätze und wirken sich auf die Höhe der Zinsaufwendungen aus. Diese bestehen bei uns für verzinsliche Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, bei denen die Laufzeiten die vereinbarten Zinsbindungsfristen übersteigen. Wir begegnen derartigen Risiken zum Teil durch den Abschluss von Verträgen mit langfristigen Zinsbindungsfristen. Darüber hinaus werden in Einzelfällen Zins-Swaps abgeschlossen.

Die Gefahr von Forderungsausfällen besteht bei einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage einerseits bei den Kunden und andererseits bei den Kontrahenten im Energiehandel. Sowohl ein anforderungsgerechtes Forderungsmanagement als auch Bonitätsrichtlinien für den Abschluss von neuen Verträgen sowie die Gewährung von Ratenplänen führten hier zu einer Risikoreduktion.

Das Beteiligungscontrolling überwacht durch die turnusmäßige Berichterstattung die Chancen und Risiken aus Beteiligungsgesellschaften. Dabei werden Plan-Ist-Abweichungen, die negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben, analysiert und, falls es erforderlich ist, gemeinsam mit der Gesellschaft Gegensteuerungsmaßnahmen erarbeitet. Darüber hinaus führen wir insbesondere mit den großen Beteiligungsgesellschaften regelmäßige Gespräche zur wirtschaftlichen Entwicklung, in denen auch die Unternehmensstrategie, Regulierungseinflüsse und Rentabilität größerer Investitionsvorhaben erörtert werden. Sofern Ereignisse oder veränderte Umstände darauf hindeuten, dass die Buchwerte unserer Beteiligungsgesellschaften in ihrem Wert gemindert sind, führen wir eine Werthaltigkeitsprüfung durch.

Shared Service

In dieser Kategorie werden insbesondere Sachverhalte aus den Bereichen Personal und IT erfasst. Im Personalbereich sind wir einem zunehmenden Wettbewerb um qualifiziertes Personal ausgesetzt. Um der Abwanderung von Leistungsträgern in Schlüsselfunktionen und dem damit verbundenen Verlust von Know-how entgegenzuwirken, setzen wir auf eine bedarfsgerechte Personalentwicklung und -förderung. Ein betriebliches Gesundheitsmanagement und eine regelmäßige Mitarbeiterbefragung tragen ebenfalls dazu bei.

Im IT-Bereich entstehen Risiken aufgrund einer eingeschränkten Systemverfügbarkeit sowie aus Datenschutz- und Integritätsgründen. Diesen treten wir

Neue Trends bei der Konzessionsvergabe

durch redundante Systemstrukturen, technische und organisatorische Schutzmaßnahmen und ein effizientes Berechtigungskonzept aktiv entgegen. Die Aufrechterhaltung und Optimierung der komplexen IT-Systeme werden maßgeblich durch den Einsatz qualifizierter interner und externer Fachkräfte sowie die kontinuierliche Modernisierung von Hard- und Software erreicht.

Recht und Compliance

Rechtliche Risiken können sich aus veränderter Rechtslage durch Inkrafttreten neuer oder geänderter Gesetze und Verordnungen sowie aus höchstrichterlicher Rechtsprechung ergeben. Änderungen mit Auswirkung auf unser Kerngeschäft haben wir im Abschnitt Rahmenbedingungen dargestellt.

Compliancerechtlich relevant sind sowohl interne Richtlinien und Verhaltensregeln als auch gesetzliche Vorgaben. Neben den typischerweise bei Compliance angesiedelten Themen wie Korruption und Missachtung von Datenschutz-, Umweltschutz- oder Arbeitssicherheitsbestimmungen werden weitere Themen behandelt, die Risiken für die Mainova bergen können. Dazu gehört das Erarbeiten von Maßnahmen zur Verhinderung von Geldwäsche, Insiderhandel und Marktmissbrauch. Um compliancerelevante Sachverhalte zu erkennen, führt das Compliance-Management regelmäßig Risikoanalysen durch und entwickelt hieraus konzern-einheitliche Grundsätze und Maßnahmen zu deren Verminderung. Dadurch soll erreicht werden, dass sich Mainova und die für sie handelnden Personen rechts- und richtlinienkonform verhalten und die Unternehmenswerte beachten. Zu diesen Maßnahmen zählen beispielsweise ein Verhaltenskodex, eine Geschenkerichtlinie und Compliance-Schulungen für Mitarbeiter und Führungskräfte. Zudem ist sichergestellt, dass für die betroffenen Compliance-Risiken, soweit möglich, ein hinreichender Versicherungsschutz besteht.

SONSTIGE ANGABEN

INTERNES KONTROLL- UND RISIKO-MANAGEMENTSYSTEM BEZOGEN AUF DEN KONZERNRECHNUNGSLEGUNGS-PROZESS NACH §§ 289 ABS. 4 UND 315 ABS. 4 HGB

Die Zielsetzung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems ist es, die Ordnungsmäßigkeit sowie die Verlässlichkeit der Rechnungslegung und Finanzberichterstattung durch die Implementierung von Kontrollen sicherzustellen. Das System beinhaltet Grundsätze,

Verfahren, Regelungen und Maßnahmen, um eine vollständige, korrekte und zeitnahe Erfassung von Geschäftsvorfällen unter Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben zu gewährleisten. Die Grundlagen hierfür sind die Identifikation möglicher Fehlerquellen und die wirksame Begrenzung daraus resultierender Risiken.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem ist ein integraler Bestandteil des Rechnungslegungsprozesses der Mainova und erstreckt sich auf die Finanzberichterstattung im gesamten Konzern. Es beinhaltet eine klare Funktionstrennung zwischen den beteiligten Bereichen, die darüber hinaus in quantitativer und qualitativer Hinsicht angemessen ausgestattet sind. Bei allen rechnungslegungsrelevanten Prozessen finden regelmäßig analytische Prüfungen statt. Die im Risikomanagementsystem erfassten und bewerteten Risiken werden im Jahresabschluss berücksichtigt, sofern bestehende Bilanzierungsregelungen dies vorschreiben.

Die für die Rechnungslegung eingesetzten IT-Systeme sind durch Sicherheitsvorkehrungen vor unbefugten Zugriffen geschützt. Soweit es möglich ist, wird Standardsoftware eingesetzt. Erhaltene oder weitergegebene Rechnungslegungsdaten überprüfen wir regelmäßig in Stichproben auf Vollständigkeit und Richtigkeit. Zudem finden durch die eingesetzte Software programmierte Plausibilitätskontrollen statt.

Der Konzernabschluss wird mithilfe einer SAP-Konsolidierungssoftware erstellt. Die von den einzelnen Gesellschaften nach den konzernweit geltenden Bilanzierungsrichtlinien erstellten Abschlüsse fassen wir bei der Mainova AG zum Konzernabschluss zusammen. Die Mainova AG trägt die Verantwortung für die Betreuung des Konsolidierungssystems, den konzern-einheitlichen Kontenrahmen und die Durchführung der Konsolidierungsmaßnahmen.

Für die Umsetzung dieser Regelungen sind die beteiligten Bereiche und Abteilungen zuständig.

Die Verantwortlichkeit für die Implementierung, Aufrechterhaltung und Wirksamkeit des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems sowie die Überwachung der Einhaltung der Vorgaben liegt bei dem für Finanzen zuständigen Mitglied des Vorstands der Mainova AG. Diese Verantwortung ist in der Geschäftsordnung des Vorstands festgehalten. Die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und konzerninternen Richtlinien für das Kontroll- und Risikomanagementsystem wird von der internen Revision durch risikoorientierte Prüfungen regelmäßig überwacht.

Der Aufsichtsrat überwacht als übergeordnete Instanz regelmäßig das interne Kontroll-, Risikomanagement- und Revisionssystem auf seine Angemessenheit.

GRUNDZÜGE DES VERGÜTUNGSSYSTEMS FÜR DEN VORSTAND

Für die Festlegung der Gesamtbezüge der einzelnen Vorstandsmitglieder ist gemäß dem am 5. August 2009 in Kraft getretenen Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) das Aufsichtsratsplenum zuständig.

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder setzt sich aus einer fixen und einer variablen Vergütung zusammen. Die fixe Vergütung besteht aus einer Grundvergütung und einem Tantiemeanteil. Lediglich die Grundvergütung ist ruhegehaltstfähig. Zusätzlich erhalten die einzelnen Vorstandsmitglieder Sachleistungen, die im Wesentlichen marktübliche Versicherungsleistungen und Dienstwagen umfassen. Die variable Vergütung teilt sich in eine kurzfristige variable Vergütungskomponente sowie ein langfristiges Anreizprogramm (LAP) auf.

Die Höhe der kurzfristigen variablen Vergütungskomponente ist an das Erreichen von Finanzziele gekoppelt. Sie bemisst sich dabei am Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT Mainova-Konzern nach HGB). Wird ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit aufgrund der Änderung des HGB in 2015 nicht mehr ausgewiesen, so bestimmt sich das Konzern-EBT dabei als Ergebnis nach Steuern gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 15 HGB zuzüglich Steuern vom Einkommen und Ertrag gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 14 HGB.

Um die Nachhaltigkeit und Langfristigkeit der Vergütungsstruktur zu erhöhen und den Anforderungen des VorstAG in vollem Umfang zu genügen, nehmen die Vorstandsmitglieder an dem langfristigen Anreizprogramm LAP teil. Die Auszahlung im Rahmen des LAP erfolgt am Ende eines dreijährigen Performancezeitraums. Dabei bestimmt das Erreichen von vorab definierten finanziellen und qualitativen Erfolgszielen die Höhe der Auszahlung. Als finanzielles Erfolgsziel dient dabei das erreichte kumulierte Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT Mainova-Konzern nach HGB) während des Performancezeitraums. Wird ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit aufgrund der Änderung des HGB in 2015 nicht mehr ausgewiesen, so bestimmt sich das Konzern-EBT dabei als Ergebnis nach Steuern gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 15 HGB zuzüglich Steuern vom Einkommen und Ertrag gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 14

HGB. Als qualitative Erfolgsziele werden die „Kundenzufriedenheit“ und „Mitarbeiterzufriedenheit“ herangezogen.

Die Auszahlung der langfristigen variablen Vergütungskomponente ist nach oben hin begrenzt (Kappung). Werden die Mindestziele in allen Komponenten nicht erreicht, so entfällt eine Auszahlung der langfristigen variablen Vergütung vollständig.

Für die kurzfristige und langfristige variable Vergütung hat der Aufsichtsrat eine Anpassungsmöglichkeit für außerordentliche Entwicklungen vereinbart.

Im Rahmen der Vergütungsanpassung in 2016 wurde anlässlich der Reduzierung der Vorstandsmitglieder die nachfolgende Vergütungsregelung vereinbart: Im Fall der Erhöhung der Anzahl der Vorstandsmitglieder der Mainova AG auf mehr als drei werden mit Ablauf des Kalenderhalbjahres, in dem die Erhöhung der Vorstandsmitglieder wirksam wird, das feste Jahresgehalt und die Zieltantieme (kurzfristige variable Vergütungskomponente) sowie der garantierte Teil der Zieltantieme um einen jeweils fest definierten Betrag gekürzt. Der Aufsichtsrat wird spätestens mit Wirksamwerden der Kürzung die betroffenen Vergütungselemente wohlwollend überprüfen.

Die Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene haben Anspruch auf Ruhegehalt beziehungsweise Hinterbliebenenversorgung. Als Ruhegehalt werden ab dem Eintritt in den Vorstand der Mainova 35 % der zuletzt bezogenen Grundvergütung garantiert. Abweichend hiervon erhält ein Vorstandsmitglied aufgrund der hohen Versorgungsansparungen aus früheren Anstellungsverhältnissen, welche angerechnet werden, ab dem Eintritt in den Vorstand der Mainova 45 % der zuletzt bezogenen Grundvergütung. Der Anspruch von 35 % beziehungsweise 45 % erhöht sich mit dem Ablauf eines jeden Jahres als Vorstandsmitglied der Mainova um jeweils 2 % bis zum im Dienstvertrag geregelten Höchstbetrag. Der fixe Tantiemeanteil wird bei der Berechnung des Ruhegehalts nicht berücksichtigt.

ÜBERNAHMERELEVANTE ANGABEN NACH §§ 289 A ABS. 1 UND 315 A ABS. 1 HGB

Das Grundkapital der Mainova AG beträgt 142.336.000 Euro und ist in 5.560.000 nennbetragslose Stückaktien, jeweils mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von 25,60 Euro je Aktie, eingeteilt. Davon lauten 5.499.296 (rund 98,9 %) auf den Namen und 60.704 (rund 1,1 %) auf den Inhaber. Die Inhaberaktien sind zum regulierten

Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassen. Die mit den Aktien verbundenen Rechte und Pflichten richten sich nach dem AktG. Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, wurden nicht ausgegeben. Die am Kapital der Gesellschaft beteiligten Arbeitnehmer können ihre Stimmrechte uneingeschränkt selbst ausüben.

Aktionärsstruktur:
SWFH (75,22%),
Thüga (24,47%),
Streubesitz (0,31%)

Nach Kenntnis der Gesellschaft hält die Mehrheitsaktionärin SWFH 4.170.002 Namens-Stückaktien und 12.145 Inhaber-Stückaktien (insgesamt rund 75,22%). Diese Aktien werden der Stadt Frankfurt am Main zugerechnet. Von der Minderheitsaktionärin Thüga AG (Thüga), München, werden nach Kenntnis der Gesellschaft 1.329.294 Namens-Stückaktien und 31.216 Inhaber-Stückaktien gehalten (insgesamt rund 24,47%). Diese Aktien werden der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA zugerechnet. Die restlichen Aktien befinden sich im Streubesitz (rund 0,31%). Die SWFH und die Thüga stimmen die Ausübung der Stimmrechte aus den Aktien nach Maßgabe der konsortialvertraglichen Vereinbarungen ab.

Die Namens-Stückaktien sind nur mit Zustimmung der Gesellschaft übertragbar, soweit sie nicht auf die SWFH übertragen werden. Die Hauptversammlung entscheidet über die Zustimmung.

Der Vorstand ist nicht zur Ausgabe oder zum Rückkauf von Aktien befugt. Die Zwangseinziehung von Aktien ist gemäß § 5 der Satzung zugelassen.

Gemäß § 6 der Satzung besteht der Vorstand aus mindestens zwei Personen. Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Mitglieder des Vorstands. Für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern ist gemäß § 31 Mitbestimmungsgesetz eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Stimmen der Mitglieder des Aufsichtsrats erforderlich. Der Aufsichtsrat bestellt die Mitglieder des Vorstands gemäß § 84 Abs. 1 Satz 1 AktG auf höchstens fünf Jahre. Der Aufsichtsrat ist gemäß § 84 Abs. 3 AktG auch für den Widerruf der Bestellung zuständig.

Soweit nicht gesetzlich zwingend etwas anderes vorgeschrieben ist, bedürfen Satzungsänderungen der einfachen Kapital- und Stimmenmehrheit.

Von den von der Gesellschaft in Anspruch genommenen Darlehen könnten im Falle eines Kontrollwechsels insgesamt Darlehen in Höhe von 11,0 Mio. Euro vom Darlehensgeber gekündigt werden. In diesem Fall würde die Liquidität der Gesellschaft belastet. Diese Kündigungsrechte bestehen jedoch nicht uneingeschränkt. So können sie nicht ausgeübt werden, wenn zusätzliche Sicherheiten gestellt werden.

Die Mainova AG hat mit ihren Mitgesellschaftern in der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA Vereinbarungen geschlossen, die gegenseitige Call-Optionen für den Fall eines Kontrollwechsels bei einer Partei vorsehen. Abweichend von den Vorschriften der §§ 289 a Abs. 1 Nr. 8, 315 a Abs. 1 Nr. 8 HGB und des Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 15a (DRS 15a) liegt ein Kontrollwechsel im Sinne dieser Vereinbarung dann vor, wenn eine Person, die zuvor keine Mehrheit der Stimmen oder des Kapitals an einer Partei hält oder sonst wie keinen direkten oder indirekten beherrschenden Einfluss im Sinne des § 17 AktG auf eine Partei ausübt, eine solche Mehrheit beziehungsweise einen solchen direkten oder indirekten beherrschenden Einfluss erlangt. Jede von einem Kontrollwechsel nicht betroffene Partei ist jeweils nach dem Verhältnis ihrer Beteiligung berechtigt, von der durch den Kontrollwechsel betroffenen Partei die Übertragung der betreffenden Aktien zu verlangen. Der Kaufpreis für die von der Call-Option betroffenen Aktien entspricht dem anteiligen Ertragswert.

Weitere wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels stehen, sind:

Der Partnerschaftsvertrag über den Bau und Betrieb eines Gas- und Dampfkraftwerks am Kraftwerksstandort Irsching. Hierin haben die Vertragsparteien vereinbart, im Falle eines bei einer Partei eintretenden Kontrollwechsels die jeweils gehaltenen Geschäftsanteile an der Gemeinschaftskraftwerk Irsching GmbH einander zum Kauf anzubieten. Bei einem Ausscheiden aus der Kraftwerksgesellschaft würde die Gesellschaft einen maßgeblichen Teil ihrer Eigenerzeugungskapazität für Strom verlieren.

Der Konsortialvertrag mit der Beteiligungsholding der Stadt Hanau steht unter dem Vorbehalt der Kündbarkeit für den Fall des Kontrollwechsels.

Der Gesellschaftsvertrag der MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH sieht die Möglichkeit der Kündigung für den Fall vor, dass es bei der Mainova oder dem Vertragspartner, der Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH, zu einem Kontrollwechsel kommt.

Der Konsortialvertrag der Dynega Energiehandel GmbH sieht die Möglichkeit des Ausschlusses eines Gesellschafter durch Gesellschafterbeschluss vor, wenn dieser nicht mehr zumindest überwiegend unmittelbar oder mittelbar in kommunalem Eigentum steht oder nicht mehr kommunaler Kontrolle unterliegt.

Der Gesellschaftsvertrag der Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG sieht vor, dass die

Kommanditisten einen der ihren aus der Gesellschaft ausschließen können, falls es bei diesem zu einem Kontrollwechsel kommt.

Der Gesellschaftsvertrag der Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf GmbH & Co. KG beinhaltet die Möglichkeit, dass die Gesellschafterversammlung den Ausschluss eines Mitgesellschafters beschließen kann, wenn dieser sich nicht mehr überwiegend in kommunalem Eigentum befindet oder nicht mehr kommunaler Kontrolle unterliegt.

Für den Fall, dass die Stadt Frankfurt am Main mit dem ihr direkt und indirekt zuzurechnenden Anteil nicht mehr die Mehrheit am stimmberechtigten Grundkapital der Mainova AG innehat (Kontrollwechsel) oder im Falle eines Rechtsformwechsels gemäß § 190 ff. Umwandlungsgesetz oder bei Abschluss eines wirksamen Vertrags, der die Mainova AG der Beherrschung eines anderen Unternehmens außerhalb des Konzerns der Stadtwerke Frankfurt unterstellt (Beherrschungsvertrag gemäß § 291 Abs. 1 Satz 1 1. Alt. AktG), gewährt die Mainova AG dem Vorsitzenden des Vorstands ein Sonderkündigungsrecht und das Recht zur Niederlegung seines Amtes. Für den Fall der wirksamen und fristgerechten Kündigung und Amtsniederlegung erhält der Vorsitzende des Vorstands eine Abfindung in Höhe des Zweifachen seiner letztmaligen Jahresgesamtbezüge. Maximale Obergrenze ist jedoch die Höhe der Gesamtvergütung für die Restlaufzeit des Dienstvertrags.

ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG NACH § 289A UND § 315 ABS. 5 HGB

Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289a HGB kann im Internet (www.mainova.de/governance-bericht) eingesehen werden.

ERLÄUTERUNGEN ZUM JAHRESABSCHLUSS DER MAINOVA AG (HGB)

Die Mainova AG, Frankfurt am Main, stellt ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des HGB sowie nach den ergänzenden Vorschriften des AktG und des EnWG auf.

Die Mainova AG ist ein wesentlicher Bestandteil des Konzerns, da die Ergebnisbeiträge der wesentlichen Tochterunternehmen aufgrund bestehender Ergebnisabführungsverträge enthalten sind. Daher treffen die Ausführungen zu den Grundlagen des Konzerns

und zu den Rahmenbedingungen im Wirtschaftsbericht grundsätzlich auch auf die Mainova AG zu.

WIRTSCHAFTSBERICHT DER MAINOVA AG

Ertragslage der Mainova AG

Nachfolgend wird die Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung erläutert.

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DER MAINOVA AG (KURZFASSUNG)

T 10

MIO. €	2017	2016	Veränderung
Umsatzerlöse	2.070,0	2.051,4	18,6
Bestandsveränderung und aktivierte Eigenleistungen	3,4	2,8	0,6
Sonstige betriebliche Erträge	61,0	49,7	11,3
Materialaufwand	1.568,5	1.559,1	9,4
Personalaufwand	205,8	195,7	10,1
Abschreibungen	68,4	73,5	-5,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	167,4	167,1	0,3
Finanzergebnis	-12,5	1,9	-14,4
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT)	111,8	110,4	1,4
Steuern	29,1	34,7	-5,6
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	82,7	75,7	7,0
Jahresüberschuss	0,0	0,0	0,0

Auch in der Mainova AG konnten wir im Jahr 2017 an unsere positive Geschäftsentwicklung der letzten Jahre anknüpfen. Das EBT lag mit 111,8 Mio. Euro um 1,4 Mio. Euro über dem Vorjahresniveau und deutlich über Plan.

Das EBT der Mainova AG nach Segmenten hat sich wie folgt entwickelt:

SEGMENTERGEBNISSE DER MAINOVA AG

T 11

MIO. €	2017	2016	Veränderung
Wärme- und Stromerzeugung	15,0	-11,9	26,9
Stromversorgung	8,5	21,3	-12,8
Gasversorgung	83,1	87,9	-4,8
Wärmeversorgung	-2,3	-3,2	0,9
Wasserversorgung	5,1	1,6	3,5
Beteiligungen	-0,7	15,2	-15,9
Sonstige Aktivitäten/ Konsolidierung	3,1	-0,5	3,6
111,8	110,4	1,4	

Der Geschäftsverlauf in den einzelnen Segmenten entsprach im Wesentlichen den in der Ertragslage des Konzerns dargestellten Entwicklungen der bereinigten Segmentergebnisse. Der deutliche Ergebnisanstieg im Segment Wärme- und Stromerzeugung resultierte aus im Vorjahr um 23,4 Mio. Euro höheren Rückstellungsdotierungen und Wertminderungen sowie aus höheren Erlösen aus vermiedener Netznutzung im Jahr 2017. In der Stromversorgung wurde das Ergebnis insbesondere durch Einmal-effekte aus dem Netzgeschäft belastet. Im Segment Gasversorgung führten vorgenommene Preissenkungen zu dem Ergebnisrückgang.

Das Ergebnis im Segment Beteiligungen ist grundsätzlich nicht mit dem Konzernabschluss vergleichbar, da in der Mainova AG die vereinnahmten Ausschüttungen anstatt Erträgen aus der Equity-Bewertung enthalten sind. Ursache für den Rückgang des Segmentergebnisses waren bei konstanten Ausschüttungen außerplanmäßige Abschreibungen auf Beteiligungen.

Nachfolgend wird die Entwicklung der einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung erläutert.

Die Umsatzerlöse stellten sich wie folgt dar:

UMSATZERLÖSE DER MAINOVA AG				T 12
MIO. €	2017	2016	Veränderung	
Strom	1.037,7	1.021,5	16,2	
Gas	484,6	484,3	0,3	
Wärme, Dampf, Kälte	132,1	128,9	3,2	
Wasser	77,8	77,0	0,8	
Sonstige	337,8	339,7	-1,9	
	2.070,0	2.051,4	18,6	

Im Privatkundengeschäft waren bei Strom und Gas deutliche Kundenzuwächse zu verzeichnen. Bei Gas wurden zudem höhere Mengen an Individualkunden abgesetzt, die jedoch die vorgenommenen Preissenkungen nicht kompensieren konnten. Die Handelserlöse sind sowohl bei Strom als auch bei Gas gestiegen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge lagen aufgrund eines Grundstücksverkaufs um 11,3 Mio. Euro über dem Vorjahr.

Der Anstieg des Materialaufwands war mehrheitlich auf höhere Netznutzungsaufwendungen zurückzuführen, denen gesunkene Bezugsaufwendungen teilweise entgegenwirkten.

Der Personalaufwand lag um 10,1 Mio. Euro über dem Vorjahresniveau. Dabei standen einem nahezu unveränderten Mitarbeiterbestand tariflich bedingte

Gehaltsanpassungen gegenüber. Daneben machten sich Sondersachverhalte unter anderem aus der Anpassung der versicherungsmathematischen Bewertung von Energiedepotaten sowie aus lohnsteuerrechtlichen Risiken bemerkbar.

Die Abschreibungen reduzierten sich um 5,1 Mio. Euro aufgrund eines im Vorjahr enthaltenen Sondereffekts aus der Anpassung von Nutzungsdauern des Anlagevermögens.

Das Finanzergebnis lag um 14,4 Mio. Euro unter dem Vorjahr. Der Ergebnisrückgang resultierte im Wesentlichen aus der Verlustübernahme der NRM sowie erhöhten Zinsaufwendungen. Letztere sind auf einen im Vorjahr enthaltenen positiven Effekt aus der Änderung des Abzinsungssatzes bei Pensionsrückstellungen zurückzuführen.

Vermögenslage der Mainova AG

BILANZ DER MAINOVA AG (KURZFASSUNG) T 13

MIO. €	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
Aktiva			
Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	874,9	853,0	21,9
Finanzanlagen	248,8	232,7	16,1
Anlagevermögen	1.123,7	1.085,7	38,0
Vorräte	29,9	34,2	-4,3
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	261,4	224,2	37,2
Übrige Vermögensgegenstände	3,7	2,2	1,5
Umlaufvermögen	295,0	260,6	34,4
	1.418,7	1.346,3	72,4
Passiva			
Eigenkapital	356,7	356,7	-
Erhaltene Zuschüsse	189,5	160,6	28,9
Rückstellungen	286,4	301,2	-14,8
Verbindlichkeiten	586,1	527,8	58,3
	1.418,7	1.346,3	72,4

Die immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen haben sich durch die Investitionen in das Wärmeversorgungskonzept um 21,9 Mio. Euro erhöht. Beim Finanzanlagevermögen stand der Zugang aus der Aufstockung der Anteile an der EWT in Höhe von 32,5 Mio. Euro einem Rückgang durch außerplanmäßige Abschreibungen von 15,4 Mio. Euro gegenüber. Der Anstieg des Umlaufvermögens entfiel im Wesentlichen auf die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Der Anstieg der Passiva entfiel insbesondere auf höhere Verbindlichkeiten, die insbesondere aus dem Cash Pooling resultieren. Ferner haben sich die Baukostenzuschüsse erhöht. Gegenläufig haben Rückstellungsaufösungen zu einer Verminderung der Rückstellungen geführt.

Finanzlage der Mainova AG

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Cashflows gegenüber dem Vorjahr:

KAPITALFLUSSRECHNUNG DER MAINOVA AG T 14

MIO. €	2017	2016	Veränderung
Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit	87,5	152,6	-65,1
Cashflows aus der Investitionstätigkeit	-107,4	-107,0	-0,4
Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit	-50,4	-92,2	41,8
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-70,3	-46,6	-23,7
Finanzmittelfonds	-172,0	-101,7	-70,3

Aufgrund eines geänderten Ausweises von gezahlten und erhaltenen Zinsen in den Cashflows aus der Investitionstätigkeit beziehungsweise in den Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit wurden die Vorjahreszahlen entsprechend angepasst. Im Vorjahr waren diese in den Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit enthalten.

Der positive Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit verminderte sich gegenüber dem Vorjahr um 65,1 Mio. Euro und lag bei 87,5 Mio. Euro. Dies war auf höhere Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und eine Verminderung von Rückstellungen zurückzuführen.

Die Mittelabflüsse aus der Investitionstätigkeit in Höhe von 107,4 Mio. Euro lagen auf Vorjahresniveau. Dabei standen geringeren Investitionen im Rahmen der Finalisierung des neuen Wärmeversorgungskonzepts höhere Investitionen in Finanzanlagen gegenüber.

Im negativen Cashflow aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von 50,4 Mio. Euro machten sich gegenüber dem Vorjahr höhere Einzahlungen aus Zuschüssen bemerkbar.

Der Finanzmittelfonds setzte sich aus den Forderungen aus der Konzernfinanzierung (51,7 Mio. Euro; Vorjahr 86,4 Mio. Euro) sowie den liquiden Mitteln (2,0 Mio. Euro; Vorjahr 0,7 Mio. Euro) abzüglich der Verbindlichkeiten aus der Konzernfinanzierung

(225,7 Mio. Euro; Vorjahr 188,8 Mio. Euro) zusammen. Die Forderungen aus der Konzernfinanzierung entfielen vollständig auf die bei der SWFH im Rahmen des Cash Pooling angelegten Tagesgelder. Bei den Verbindlichkeiten aus der Konzernfinanzierung handelte es sich um Tagesgeldanlagen von verbundenen Unternehmen.

PROGNOSE-, CHANCEN- UND RISIKOBERICHT DER MAINOVA AG

Die im Prognose-, Chancen- und Risikobericht des Konzerns getroffenen Aussagen beziehen sich auch auf die Mainova AG. Da der Konzern im Wesentlichen durch die Mainova AG geprägt wird, unterliegen beide Abschlüsse den gleichen Einflüssen sowie Chancen und Risiken.

Bezüglich der Risiken aus der Verwendung von Finanzinstrumenten verweisen wir auf Abschnitt 5 im Anhang zum Jahresabschluss der Mainova AG.

Für die Mainova AG planen wir mit einem EBT leicht unter dem Vorjahr. Die Entwicklung in den Segmenten wird dabei in etwa der des Konzernabschlusses entsprechen.

Die für das Jahr 2018 geplanten Investitionen der Mainova AG belaufen sich auf rund 115 Mio. Euro. Die Verteilung auf Anlagengruppen entspricht im Wesentlichen der im Prognosebericht des Konzerns aufgeführten Aufteilung.

Wir erwarten, dass unsere Leistungsindikatoren Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit im Jahr 2018 in etwa auf Höhe des Vorjahres liegen.

ANGABEN ZU DEN TÄTIGKEITSABSCHLÜSSEN NACH § 6B ENWG

Gemäß § 6b Abs. 7 Satz 4 des EnWG ist im Lagebericht auf die Tätigkeiten im Sinne des § 6b Abs. 3 Satz 1 EnWG einzugehen. Zur Vermeidung von Diskriminierung und Quersubventionierung sind vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen zur Führung von getrennten Konten je Tätigkeitsbereich sowie zur Aufstellung von gesonderten Tätigkeitsabschlüssen verpflichtet. Als Tätigkeitsbereiche definiert das Gesetz die Elektrizitätsübertragung, Elektrizitätsverteilung, Gasfernleitung, Gasverteilung, Gasspeicherung sowie den Betrieb von Flüssiggas-Anlagen (LNG-Anlagen). Ferner gehört zu den Tätigkeiten jede wirtschaftliche Nutzung eines Eigentumsrechts an Strom- und Gasnetzen, Gasspeichern oder LNG-Anlagen.

Entsprechend dieser Berichtspflicht führen wir in der internen Rechnungslegung der Mainova jeweils getrennte Konten für die Tätigkeiten der Elektrizitäts- und Gasverteilung und für sonstige Tätigkeiten innerhalb sowie außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors. Auf dieser Grundlage wird für die Tätigkeitsbereiche eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung erstellt.

Die Ergebnisse der Tätigkeitsbereiche Elektrizitäts- und Gasverteilung der Mainova AG wurden von den Erlösen aus der Verpachtung der Strom- und Gasnetze an die NRM sowie von der Abführung des Ergebnisses der NRM bestimmt. Den Aufwendungen aus Konzessionsabgabe (sonstige betriebliche Aufwendungen) standen Erträge aus der Weiterbelastung der Konzessionsabgabe an die NRM (Umsatzerlöse) gegenüber.

Der Tätigkeitsbereich Stromverteilung wies einen Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung in Höhe von 8,3 Mio. Euro (Vorjahr Jahresüberschuss 1,0 Mio. Euro) aus. Die Reduzierung ist hauptsäch-

lich auf ein niedrigeres Ergebnis aus Finanzanlagen zurückzuführen. Auf der Aktivseite erhöhten sich die Sachanlagen aufgrund gesteigerter Investitionen um 12,9 Mio. Euro. Auf der Passivseite war ein Anstieg der empfangenen Ertragszuschüsse um 22,6 Mio. Euro zu verzeichnen. Gegenläufig hat sich der Bilanzausgleichsposten um 13,0 Mio. Euro vermindert.

Der Tätigkeitsbereich Gasverteilung wies einen Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung in Höhe von 24,9 Mio. Euro (Vorjahr 22,3 Mio. Euro) aus. Die Steigerung ist unter anderem auf ein höheres Ergebnis aus Finanzanlagen zurückzuführen. Auf der Aktivseite erhöhten sich die Forderungen gegen verbundene Unternehmen um 3,6 Mio. Euro. Auf der Passivseite reduzierte sich der Bilanzausgleichsposten um 10,4 Mio. Euro. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind aufgrund planmäßiger Tilgungen um 3,0 Mio. Euro gesunken. Des Weiteren verminderten sich die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen um 3,3 Mio. Euro.

Frankfurt am Main, den 16. März 2018



DR. ALSHEIMER



BREIDENBACH



HERBST

BILANZ

zum 31. Dezember 2017

AKTIVA		T 15	
TSD. €	Anhang	31.12.2017	31.12.2016
A. Anlagevermögen	(1)		
Immaterielle Vermögensgegenstände		31.590	33.838
Sachanlagen		843.280	819.207
Finanzanlagen		248.789	232.694
		1.123.659	1.085.739
B. Umlaufvermögen			
Vorräte	(2)	29.896	34.223
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(3)	261.428	224.198
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	(4)	1.961	723
		293.285	259.144
C. Rechnungsabgrenzungsposten	(5)	1.722	1.461
Summe Aktiva		1.418.666	1.346.344

PASSIVA		T 15	
TSD. €	Anhang	31.12.2017	31.12.2016
A. Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	(6)	142.336	142.336
Kapitalrücklage	(7)	207.083	207.083
Gewinnrücklagen	(7)	7.260	7.260
		356.679	356.679
B. Erhaltene Zuschüsse		189.519	160.638
C. Rückstellungen	(8)	286.427	301.240
D. Verbindlichkeiten	(9)	583.201	520.827
E. Rechnungsabgrenzungsposten	(10)	2.840	6.960
Summe Passiva		1.418.666	1.346.344

GEWINN- UND VERLUST- RECHNUNG

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

T 16

TSD. €	Anhang	2017	2016
Umsatzerlöse	(13)	2.070.045	2.051.399
Bestandsveränderung		-43	137
Andere aktivierte Eigenleistungen		3.376	2.520
Sonstige betriebliche Erträge	(14)	60.960	49.734
Materialaufwand	(15)	1.568.486	1.559.081
Personalaufwand	(16)	205.789	195.655
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	(17)	68.399	73.467
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(18)	167.356	167.060
Ergebnis aus Finanzanlagen	(19)	-1.195	7.458
Zinsergebnis	(20)	-11.301	-5.580
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		111.812	110.405
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(21)	22.643	29.170
Ergebnis nach Steuern		89.169	81.235
Sonstige Steuern		6.453	5.501
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne		82.716	75.734
Jahresüberschuss		-	-

Mainova Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2017

1. ALLGEMEINES

VORBEMERKUNGEN

Der Jahresabschluss wird gemeinsam mit den Abschlüssen der verbundenen Unternehmen in den Konzernabschluss der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH) mit Sitz in Frankfurt am Main (Registergericht Frankfurt am Main, HRB 40464) einbezogen, die einen Konzernabschluss für den größten Kreis von Unternehmen nach HGB aufstellt, der im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht wird.

Seit dem 1. Januar 2001 besteht zwischen der Mainova Aktiengesellschaft (Mainova) mit Sitz in Frankfurt am Main (Registergericht Frankfurt am Main, HRB 7173) und der SWFH ein Ergebnisabführungsvertrag.

Ein Teil des operativen Geschäfts wird von Tochterunternehmen wahrgenommen. Die NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH (NRM) pachtet und betreibt das Strom- und Gasnetz der Mainova. Für die Fernwärme- und Wasserversorgungsnetze übernimmt sie die Betriebsführung. Die Aufgaben der Mainova Service-Dienste Gesellschaft mbH erstrecken sich auf das Messwesen, die Abrechnung der gelieferten Strom-, Gas-, Wasser- und Wärmemengen, die Kundenbetreuung sowie das Forderungsmanagement. Die SRM Straßen-Beleuchtung Rhein-Main GmbH betreut überwiegend das Straßenbeleuchtungsnetz der Stadt Frankfurt am Main. Mit allen oben genannten Tochterunternehmen bestehen Ergebnisabführungsverträge.

AUFSTELLUNG DES JAHRESABSCHLUSSES

Die Aufstellung des Jahresabschlusses der Mainova zum 31. Dezember 2017 erfolgt nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), den Sondervorschriften des Aktiengesetzes (AktG) und den wirtschaftszweigspezifischen Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG).

FORMALE DARSTELLUNG

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung ist gegenüber dem Vorjahr unverändert. Zur Verbesserung der Klarheit der Darstellung werden in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung einzelne Posten zusammengefasst und im Anhang gesondert ausgewiesen und erläutert. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

BILANZIERUNG UND BEWERTUNG

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden mit ihren Anschaffungskosten aktiviert und entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Die Nutzungsdauer beträgt zwischen 4 und 20 Jahren.

Die Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen, angesetzt. Die Herstellungskosten umfassen direkt zurechenbare Einzelkosten, angemessene Teile der notwendigen Gemeinkosten sowie des Werteverzehrs des Anlagevermögens, soweit dieser durch die Fertigung veranlasst ist.

Erhaltene Investitionszuschüsse der öffentlichen Hand werden von den Anschaffungs- und Herstellungskosten abgesetzt.

Sachanlagen, die nach dem 31. Dezember 2009 aktiviert wurden, werden linear abgeschrieben. Abschreibungen auf Sachanlagen, die vor dem 31. Dezember 2009 aktiviert wurden, werden handelsrechtlich grundsätzlich in steuerlich höchstzulässigem Umfang vorgenommen.

Die jährlichen Abschreibungssätze der wichtigsten Posten des Sachanlagevermögens sind aus nachfolgender Tabelle zu entnehmen:

ABSCHREIBUNGSSÄTZE DER SACHANLAGEN		T 17
	%	
Gebäude und Gebäudeeinrichtungen	2–10	
Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen, Heizzentralen	2–10	
Verteilungsnetze	2–7	
Hausanschlüsse	3–5	
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	5–33	

Sofern in Vorjahren aufgrund einer dauerhaften Wertminderung außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen wurden, wird der niedrigere Wertansatz beibehalten, bis die Gründe dafür entfallen sind.

Geringwertige Vermögensgegenstände, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten zwischen 150 und 1.000 Euro liegen, werden in einem Sammelposten erfasst und ab dem Jahr der Anschaffung oder Herstellung linear über fünf Jahre abgeschrieben. Mainova wendet diese Regelung für alle geringwertigen Vermögensgegenstände mit Ausnahme von IT-Hardware aus Vereinfachungsgründen auch in der Handelsbilanz an. Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten unter 150 Euro werden direkt als Aufwand erfasst.

Unter den Finanzanlagen werden die Anteile an verbundenen Unternehmen, die Beteiligungen und die übrigen Finanzanlagen zu Anschaffungskosten oder bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Anhand qualitativer und quantitativer Kriterien wird untersucht, ob die Wertminderung voraussichtlich dauernd ist. Auf das Wahlrecht, Finanzanlagen auch bei nicht dauerhafter Wertminderung abzuschreiben, wird verzichtet (§ 253 Abs. 3 Satz 6 HGB). Zur Ermittlung der Wertminderung wird das Discounted Cash Flow-Verfahren herangezogen. Die dabei verwendeten Zahlungsströme beruhen auf den Mehrjahresplanungen der jeweiligen Gesellschaften, die mit Annahmen über langfristige Wachstumsraten fortgeschrieben werden. Wenn der Barwert der zukünftig erwarteten Cashflows den Buchwert der Finanzanlage unterschreitet, liegt eine Wertminderung vor. Der Zinssatz wird beteiligungs-spezifisch unter Aufschlag einer Marktrisikoprämie von 6,75 % und Verwendung eines geschäftsspezifischen Betafaktors zwischen 0,5 und 1,09 ermittelt. Hierzu wurde ein risikoloser Zinssatz von 1,31 % zugrunde gelegt. Ausleihungen sind zu Nenn- beziehungsweise Barwerten bilanziert.

Vorräte werden zu fortgeschriebenen durchschnittlichen Einstandspreisen unter Beachtung des Niederstwertprinzips bewertet. Bestandsrisiken wegen langer Lagerdauer und verminderter Verwertbarkeit sind durch angemessene Abschläge berücksichtigt. Die unfertigen Leistungen sind zu Herstellungskosten einschließlich angemessener Teile der Material- und Fertigungsgemeinkosten sowie des Werteverzehrs des Anlagevermögens bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zu Nominalwerten, gegebenenfalls vermindert um angemessene Einzel- und Pauschalwertberichtigungen, bewertet. Erhaltene Abschlagszahlungen auf den noch nicht abgerechneten Energieverbrauch von Kunden werden mit den zwischen dem letzten Abrechnungszeitpunkt und dem Bilanzstichtag hochgerechneten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen verrechnet. Das Hochrechnungsverfahren berücksichtigt Verbrauchsverhalten der Vergangenheit, die historischen Temperaturverläufe beziehungsweise Gradtagszahlen und kundenindividuelle Verbrauchseinschätzungen. Sonstige Vermögensgegenstände mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden entsprechend abgezinst, soweit diese niedrig- oder unverzinslich sind.

Das gezeichnete Kapital wird mit dem Nennbetrag angesetzt.

Erhaltene Zuschüsse, wie Baukostenzuschüsse und Netzkostenbeiträge, werden abhängig von ihrem Entstehungszeitpunkt wie folgt behandelt:

- › Die bis zum Jahr 2002 erhaltenen Zuschüsse wurden gesondert auf der Passivseite ausgewiesen und über 20 Jahre linear zugunsten der Umsatzerlöse aufgelöst.
- › Aufgrund der ab 2003 geänderten steuerlichen Bilanzierungsvorschriften wurden erhaltene Zuschüsse ab diesem Zeitpunkt bis einschließlich 2009 von den Anschaffungs- und Herstellungskosten abgesetzt und im Anlagenspiegel als Abgänge ausgewiesen.
- › Seit dem 1. Januar 2010 werden die erhaltenen Zuschüsse wieder gesondert auf der Passivseite ausgewiesen und über die Nutzungsdauer der bezuschussten Vermögensgegenstände linear zugunsten der Umsatzerlöse aufgelöst.
- › Gemäß dem Pachtvertrag mit der NRM und energierechtlichen Vorschriften wurden ab 1. Januar 2006 die erhaltenen Zuschüsse für das Strom- und Gasnetz von der NRM vereinnahmt und verbleiben dort bis zur Auflösung. Gemäß der Abtretungsvereinbarung mit der NRM werden ab dem 1. Januar 2010 die erhaltenen Zuschüsse für das Strom- und Gasnetz von der NRM an Mainova abgetreten und bei Mainova passiviert.

Davon ausgenommen sind Investitionszuschüsse der öffentlichen Hand.

Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags passiviert. In diesem Betrag sind zukünftige Preis- und Kostensteigerungen einbezogen. Mit Ausnahme der Pensionsrückstellungen werden Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst. Die anzuwendenden Zinssätze werden von der Deutschen Bundesbank ermittelt.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen mit dem Erfüllungsbetrag unter Anwendung der Projected-Unit-Credit-Methode passiviert. Die Rückstellungen werden unter Berücksichtigung der Vereinfachungsregelung gemäß § 253 Abs. 2 S. 2 HGB mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre in Höhe von 3,68 % (Vorjahr 4,01 %) abgezinst. Der Unterschiedsbetrag aus der im Jahr 2016 erfolgten Änderung des Zeitraums für die Ermittlung des durchschnittlichen Marktzinssatzes von sieben auf 10 Jahre wird unter Angabe (8) in Abschnitt 2 Erläuterungen zur Bilanz angegeben. Der berücksichtigte Gehaltstrend sowie der Rententrend betragen 2,00 % (Vorjahr 2,00 %).

Bei der Bewertung der Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen wurden ein Rechnungszins in Höhe von 1,27 % (Vorjahr 1,58 %) für abgeschlossene Altersteilzeit-Verträge mit einer mittleren Restlaufzeit von einem Jahr und 1,33 % (Vorjahr 1,68 %) für potenzielle Altersteilzeit-Anwärter mit einer mittleren Restlaufzeit von zwei Jahren (Vorjahr zwei Jahre) sowie ein Gehaltstrend in Höhe von 2,00 % (Vorjahr 2,00 %) zugrunde gelegt. In Übereinstimmung mit der Stellungnahme zur handelsrechtlichen Bilanzierung von Verpflichtungen aus Altersteilzeitregelungen (IDW RS HFA 3) des Hauptfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. werden die Aufstockungsbeträge für potenzielle Anwärter ratierlich über die Laufzeit angesammelt. Die Basis für die versicherungsmathematische Ermittlung sind jeweils die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. K. Heubeck.

Zur Gewährung einer betrieblichen Altersversorgung sind alle tariflichen Mitarbeiter im Rahmen der Bindung an den Tarifvertrag Versorgungsbetriebe (TV-V) sowie auf der Basis einzelvertraglicher Regelungen bei der Zusatzversorgungskasse der Stadt Frankfurt am Main (ZVK) nach den Regeln der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst pflichtversichert. Die Beiträge werden im Rahmen eines Umlageverfahrens erhoben. Der Umlagesatz der ZVK, Frankfurt am Main, beläuft sich auf 6,0 % des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts; hiervon übernimmt der Arbeitgeber 5,6 %, die Eigenbeteiligung der Arbeitnehmer beträgt 0,4 %. Daneben wird gemäß § 63 der ZVK-Satzung vom Arbeitgeber ein steuerfreies Sanierungsgeld in Höhe von 3,5 % erhoben. Für einen Teil der Pflichtversicherten wird für das ZVK-pflichtige Entgelt, das über dem tariflich festgesetzten Grenzwert liegt, eine zusätzliche Umlage in Höhe von 9,0 % gezahlt. Derzeit liegen keine gesicherten Erkenntnisse für einen weiteren Anstieg des Sanierungsgelds vor. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass auch künftig Beitragserhöhungen erfolgen können. Der Aufwand aus ZVK-Umlagen (Arbeitgeberanteil) ist unter den Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung ausgewiesen. Entsprechend der allgemeinen Bilanzierungspraxis hat Mainova daher keine Verpflichtungen im Hinblick auf die Mitgliedschaft in der ZVK im Jahresabschluss passiviert. Mainova ist gemeinsam mit den übrigen Mitglieds-

unternehmen verpflichtet, die bereits aufgelaufenen, nicht durch Vermögen gedeckten sowie die künftig hinzukommenden Verpflichtungen zu finanzieren.

Die Jubiläumsrückstellungen sind auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen mit dem Erfüllungsbetrag unter Anwendung der Projected-Unit-Credit-Methode angesetzt. Die Rückstellung wurde unter Berücksichtigung der Vereinfachungsregel gemäß § 253 Abs. 2 S. 2 HGB mit einem Zinssatz von 2,81 % (Vorjahr 3,24 %) und einem jährlichen Einkommenstrend von 2,00 % (Vorjahr 2,00 %) ermittelt.

Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften werden für langfristige Energiebeschaffungs- oder -vertriebsgeschäfte angesetzt und mit dem aus den vergangenen sieben Jahren ermittelten durchschnittlichen Marktzinssatz, der von der Bundesbank veröffentlicht wird, abgezinst. Ein schwebendes Geschäft liegt vor, wenn ein verpflichtender Vertrag rechtswirksam geschlossen wurde, der auf einen Leistungsaustausch gerichtet ist und die Lieferung beziehungsweise Leistung noch nicht vollständig erbracht wurde. In diesem Zusammenhang ist eine Rückstellung für drohende Verluste zu bilden, wenn ein Verpflichtungsüberschuss zu erwarten ist. Die voraussichtlich anfallenden Aufwendungen sind zu Vollkosten zu bewerten und die Rückstellung zum Erfüllungsbetrag anzusetzen. Dabei werden Einschätzungen zur zukünftigen Entwicklung auf den Energiemärkten getroffen. Die Angemessenheit dieser Einschätzungen beruhen auf externen Markteinschätzungen.

Verbindlichkeiten sind zu Erfüllungsbeträgen passiviert.

Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten werden grundsätzlich zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet. Zum Bilanzstichtag lagen keine Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten vor.

Unter den Rechnungsabgrenzungsposten sind transitorische Posten ausgewiesen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen werden zum Ausgleich gegenläufiger Wertänderungen oder Zahlungsströme aus dem Eintritt vergleichbarer Risiken mit Finanzinstrumenten zu Bewertungseinheiten zusammengefasst. Die bilanzielle Abbildung der wirksamen Teile der gebildeten Bewertungseinheiten erfolgt nach der Einfrierungsmethode. Aufwendungen beziehungsweise Erträge aus Ausgleichszahlungen von Derivaten, die sich in einer Bewertungseinheit zu einer mit hoher Wahrscheinlichkeit erwarteten Transaktion befinden, werden unter den Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen, soweit die zuzuordnenden Aufwendungen beziehungsweise Erträge aus der mit hoher Wahrscheinlichkeit erwarteten Transaktion nach dem Abschlussstichtag anfallen.

2. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

(1) ANLAGEVERMÖGEN

Die Aufgliederung der in der Bilanz zusammengefassten Posten des Anlagevermögens und ihre Entwicklung sind im Anlagenspiegel dargestellt. Wir verweisen auf die Anlage 1 zum Anhang.

Im Jahr 2017 wurden außerplanmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen in Höhe von 0,2 Mio. Euro (Vorjahr 0,9 Mio. Euro) sowie auf Finanzanlagen in Höhe von 15,4 Mio. Euro (Vorjahr 14,5 Mio. Euro) vorgenommen.

Dem Anhang ist eine Beteiligungsliste (Anlage 2 zum Anhang) beigefügt, die gemäß § 285 Nr. 11 HGB die verbundenen Unternehmen und Beteiligungen mit Angaben zum letzten Jahresabschluss nach den Regelungen des HGB (Anteil am Kapital, Eigenkapital und Jahresergebnis) enthält.

(2) VORRÄTE**VORRÄTE**

T 18

TSD. €	31.12.2017	31.12.2016
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	29.114	33.396
Unfertige und fertige Leistungen und Erzeugnisse	782	827
	29.896	34.223

Die kumulierten Gängigkeitsabschläge auf den Bestand an Bau- und Installationsmaterial betragen zum Stichtag insgesamt 7,0 Mio. Euro (Vorjahr 6,7 Mio. Euro).

(3) FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE**FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE**

T 19

TSD. €	31.12.2017	31.12.2016
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	755.257	723.909
abzüglich noch nicht abgerechneter Abschlagszahlungen	-548.440	-551.990
	206.817	171.919
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	25.153	19.825
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	13.436	18.077
Sonstige Vermögensgegenstände	16.022	14.377
(davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr)	(4)	(6)
	261.428	224.198

In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind mit 682,3 Mio. Euro (Vorjahr 670,7 Mio. Euro) abgegrenzte, noch nicht abgerechnete Gas-, Strom-, Wasser- und Wärmelieferungen zwischen Ablese- und Bilanzstichtag enthalten, denen hierauf geleistete Abschläge gegenüberstehen.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen gliedern sich wie folgt:

FORDERUNGEN GEGEN VERBUNDENE UNTERNEHMEN

T 20

TSD. €	31.12.2017	31.12.2016
Forderungen gegen verbundene Unternehmen		
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	22.462	16.704
Forderungen / Verbindlichkeiten aus der Ergebnisabführung	-4.019	4.118
Cash Pooling	6.710	-997
	25.153	19.825

Von den Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, resultieren 13,3 Mio. Euro (Vorjahr 17,7 Mio. Euro) aus Lieferungen und Leistungen sowie 0,1 Mio. Euro (Vorjahr 0,3 Mio. Euro) aus der Ergebnisabführung. Zudem bestanden im Vorjahr Forderungen aus dem Finanzverkehr in Höhe von 0,1 Mio. Euro.

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind verschiedene Abgrenzungen gegenüber Lieferanten sowie geleistete Anzahlungen enthalten.

(4) KASSENBESTAND, GUTHABEN BEI KREDITINSTITUTEN UND SCHECKS**KASSENBESTAND UND GUTHABEN BEI KREDITINSTITUTEN**

T 21

TSD. €	31.12.2017	31.12.2016
Guthaben bei Kreditinstituten	1.805	589
Kassenbestand	156	134
	1.961	723

Im Rahmen des konzernweiten Cash Poolings werden liquide Mittel von Mainova täglich an die SWFH abgeführt. Zum Bilanzstichtag waren 51,7 Mio. Euro (Vorjahr 86,4 Mio. Euro) bei der SWFH angelegt, die im Rahmen der Saldierung unter den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen ausgewiesen werden.

(5) AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Bei dem Rechnungsabgrenzungsposten handelt es sich um Vorauszahlungen aus Wartungs-, Sponsoring- und Pachtverträgen sowie Aufwendungen aus Ausgleichszahlung von Derivaten, die sich in einer Bewertungseinheit mit einer mit hoher Wahrscheinlichkeit erwarteten Transaktion befinden.

(6) GEZEICHNETES KAPITAL

Das gezeichnete Kapital beträgt 142,3 Mio. Euro. Es ist eingeteilt in 5.560.000 nennbetragslose Stückaktien; davon lauten 5.499.296 auf den Namen und 60.704 auf den Inhaber. Somit entfällt auf jede Stückaktie ein Betrag in Höhe von 25,60 Euro.

(7) RÜCKLAGEN

Die Kapitalrücklage beträgt unverändert 207,1 Mio. Euro. Bei der Gewinnrücklage handelt es sich um die gesetzliche Rücklage nach § 150 AktG.

(8) RÜCKSTELLUNGEN**RÜCKSTELLUNGEN**

T 22

TSD. €	31.12.2017	31.12.2016
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	56.027	50.523
Steuerrückstellungen	1.850	9
Sonstige Rückstellungen	228.550	250.708
(davon Personalarückstellungen)	(24.510)	(24.180)
(davon Umweltrückstellungen)	(71.270)	(75.760)
(davon rechtliche Risiken)	(13.316)	(23.144)
(davon übrige Rückstellungen)	(119.454)	(127.624)
	286.427	301.240

Bei den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ergibt sich durch die Umstellung des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes nach § 253 Abs. 6 HGB ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 7,9 Mio. Euro.

In den Personalrückstellungen sind insbesondere Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen, Urlaubs- und Gleitzeitansprüche, Erfolgsbeteiligung und Jubiläen enthalten.

Die Umweltrückstellungen betreffen insbesondere Grundstücksrisiken aus früheren Geschäftsbetrieben.

Bei den Rückstellungen für rechtliche Risiken handelt es sich um mehrere Einzelrisiken, bei denen die Höhe der Inanspruchnahme unsicher ist. Die Bewertung erfolgt ausgehend vom erwarteten Prozessergebnis, das nach den aktuell verfügbaren Informationen die höchste Eintrittswahrscheinlichkeit besitzt.

Die übrigen Rückstellungen setzen sich aus einer Vielzahl von Rückstellungen insbesondere für ausstehende Rechnungen sowie Drohverluste zusammen.

(9) VERBINDLICHKEITEN

VERBINDLICHKEITEN

T 23

TSD. €	31.12.2017				31.12.2016			
	Gesamt- betrag	Davon mit einer Restlaufzeit			Gesamt- betrag	Davon mit einer Restlaufzeit		
		bis zu 1 Jahr	1–5 Jahre	über 5 Jahre		bis zu 1 Jahr	1–5 Jahre	über 5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	62.556	15.457	46.571	528	75.657	13.073	46.621	15.963
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	14.405	14.405	–	–	14.405	14.405	–	–
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	130.580	130.580	–	–	127.172	127.172	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	261.505	261.505	–	–	188.786	188.786	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	27.478	27.478	–	–	44.679	44.679	–	–
Sonstige Verbindlichkeiten	86.677	86.677	–	–	70.128	70.120	8	–
(davon aus Steuern)	(24.156)	(24.156)	(–)	(–)	(13.922)	(13.922)	(–)	(–)
(davon im Rahmen der sozialen Sicherheit)	(6)	(6)	(–)	(–)	(11)	(11)	(–)	(–)
	583.201	536.102	46.571	528	520.827	458.235	46.629	15.963

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 11,0 Mio. Euro (Vorjahr 12,0 Mio. Euro) mit einer Negativklausel belegt und 51,3 Mio. Euro (Vorjahr 63,4 Mio. Euro) mit Bürgschaften der Stadt Frankfurt am Main besichert. Darlehen wurden in Höhe von 13,0 Mio. Euro (Vorjahr 28,5 Mio. Euro) planmäßig und außerplanmäßig getilgt.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen ergeben sich wie folgt:

VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER VERBUNDENEN UNTERNEHMEN

T 24

TSD. €	31.12.2017	31.12.2016
Verbindlichkeiten gegenüber SWFH		
Cash Pooling einschließlich Stadtkasse	-51.745	-86.425
Gewinnabführungsverpflichtungen	82.716	75.734
Forderungen / Verbindlichkeiten aus Umsatzsteuer	-5.108	15.812
Forderungen aus Ertragssteuern	-9.776	-2.390
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Verrechnungen	17.272	-1
	33.359	2.730
Übrige Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		
Cash Pooling	232.858	185.314
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	190	4.900
Forderungen aus Ergebnisabführungen	-4.902	-4.158
	228.146	186.056
	261.505	188.786

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, handelt es sich in Höhe von 27,5 Mio. Euro (Vorjahr 42,2 Mio. Euro) um Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen. Im Vorjahr waren zudem noch Verbindlichkeiten aus dem Finanzverkehr in Höhe von 2,5 Mio. Euro enthalten.

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten folgende Einzelpositionen:

SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN

T 25

TSD. €	31.12.2017	31.12.2016
Erhaltene Anzahlungen auf Zuschüsse	33.951	34.119
Verbindlichkeiten aus Steuern	24.156	13.922
Erhaltene Sicherheiten von Kunden	5.392	5.361
Verbindlichkeiten aus Konzessionsabgaben	4.558	2.213
Darlehen von sonstigen Darlehensgebern	1.067	-
Übrige	17.553	14.513
	86.677	70.128

Von den sonstigen Verbindlichkeiten sind keine mit einer Negativklausel belegt.

(10) PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Der Rechnungsabgrenzungsposten enthält überwiegend erhaltene Vorauszahlungen für zu erbringende Bauleistungen im Rahmen der Betriebsführung der Straßenbeleuchtung sowie Zuschüsse für kommende Marketingmaßnahmen.

(11) HAFTUNGSVERHÄLTNISSE

Die Haftungsverhältnisse setzen sich wie folgt zusammen:

HAFTUNGSVERHÄLTNISSE

T 26

TSD. €	2017		2016	
	Nominalbetrag	Valuta	Nominalbetrag	Valuta
Bürgschaften	28.562	11.442	28.517	13.988
(davon gegenüber verbundenen Unternehmen)	(5.295)	(3.542)	(5.250)	(3.728)
(davon gegenüber assoziierten Unternehmen)	(23.151)	(7.900)	(23.151)	(10.144)
Gewährleistungsverträge	465.250	390.893	466.000	397.286
(davon gegenüber verbundenen Unternehmen)	(464.250)	(390.893)	(464.250)	(396.286)
(davon gegenüber assoziierten Unternehmen)	(-)	(-)	(-)	(-)
	493.812	402.335	494.517	411.274

Für die Beteiligung an der Gemeinschaftskraftwerk Irsching GmbH hat Mainova im Zusammenhang mit der Finanzierung des Kraftwerks zugunsten einer Geschäftsbank eine selbstschuldnerische und unbefristete Teilbürgschaft für den Kreditrahmen bei der Bank abgegeben. Der Anteil der Mainova beträgt 20,3 Mio. Euro und entspricht 15,6 % des Kreditrahmens. Die Verpflichtung valutiert zum Stichtag mit 6,9 Mio. Euro (Vorjahr 8,6 Mio. Euro).

Die Gewährleistungsverträge stehen im Wesentlichen im Zusammenhang mit dem Erwerb der Anteile an der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA. Für die von der Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH (MBG) in diesem Zusammenhang aufgenommenen Darlehen hat Mainova für ein Volumen von insgesamt 20,0 Mio. Euro (Vorjahr 20,0 Mio. Euro) den Schuldbeitritt erklärt. Zusätzlich verpflichtete sich Mainova, für Darlehen der MBG in Höhe von 415,0 Mio. Euro (Vorjahr 415,0 Mio. Euro) im Rahmen mehrerer Patronatserklärungen einzustehen. Diese Darlehen der MBG valutieren zum Stichtag mit 362,0 Mio. Euro (Vorjahr 366,0 Mio. Euro).

Auf der Basis der bis zum Aufstellungszeitpunkt gewonnenen Erkenntnisse geht die Mainova derzeit davon aus, dass die den vorab genannten Haftungsverhältnissen zugrunde liegenden Verpflichtungen von den jeweiligen Hauptschuldnern erfüllt werden können. Daher schätzt die Mainova bei allen aufgeführten Haftungsverhältnissen die Wahrscheinlichkeit einer Inanspruchnahme als gering ein.

(12) SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen in Höhe von 691,3 Mio. Euro (Vorjahr 820,9 Mio. Euro) bestehen im branchenüblichen Umfang und setzen sich wie folgt zusammen:

FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

T 27

TSD. €	31.12.2017				31.12.2016			
	Gesamt- betrag	Davon mit einer Restlaufzeit			Gesamt- betrag	Davon mit einer Restlaufzeit		
		bis zu 1 Jahr	1-5 Jahre	über 5 Jahre		bis zu 1 Jahr	1-5 Jahre	über 5 Jahre
Verpflichtungen aus abgeschlossenen Energielieferverträgen	650.903	401.027	249.876	-	754.830	414.116	340.714	-
Bestellobligo für begonnene Investitions- und Instandsetzungsmaßnahmen	13.663	13.663	-	-	40.428	40.428	-	-
Nominalwerte aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen	19.082	13.133	4.530	1.419	17.878	12.553	4.013	1.312
Verpflichtungen durch Erwerb von Emissionsrechten	3.577	2.445	1.132	-	6.782	4.676	2.106	-
Verpflichtungen aus dem Beteiligungsbereich	4.120	4.120	-	-	1.000	1.000	-	-
	691.345	434.388	255.538	1.419	820.918	472.773	346.833	1.312

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen aus abgeschlossenen Energielieferverträgen entfallen in Höhe von 361,9 Mio. Euro (Vorjahr 412,3 Mio. Euro) sowie die Verpflichtungen aus dem Beteiligungsbereich in Höhe von 4,1 Mio. Euro (Vorjahr 1,0 Mio. Euro) auf assoziierte Unternehmen.

3. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

(13) UMSATZERLÖSE

UMSATZERLÖSE		T 28	
TSD. €	2017	2016	
Stromverkauf	948.349	986.792	
Stromsteuer	-90.659	-86.832	
Stromverkauf gesamt	857.690	899.960	
Stromhandel	179.978	121.521	
Strom gesamt	1.037.668	1.021.481	
Erdgasverkauf	497.155	517.165	
Erdgassteuer	-48.959	-42.657	
Erdgasverkauf gesamt	448.196	474.508	
Erdgashandel	36.414	9.812	
Erdgas gesamt	484.610	484.320	
Wärme-, Dampf- und Kälteverkauf	132.148	128.863	
Wasserverkauf	77.751	77.015	
Pachterlöse	64.340	66.765	
Materialverkauf, Installationen, sonstige Leistungen und Konzernverrechnungen	261.663	261.372	
Auflösung erhaltener Ertragszuschüsse	11.865	11.583	
	2.070.045	2.051.399	

In den Umsatzerlösen sind periodenfremde Erlöse in Höhe von 34,3 Mio. Euro (Vorjahr 22,3 Mio. Euro) enthalten.

Seit dem Jahr 2017 werden die Erlöse aus Netzverlusten im Stromverkauf ausgewiesen. Im Vorjahr waren Erlöse in Höhe von 20,4 Mio. Euro im Stromhandel enthalten. Die Vorjahreszahl wurde entsprechend angepasst.

(14) SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE		T 29	
TSD. €	2017	2016	
Periodenfremde Erträge			
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	23.135	24.543	
Erträge aus Anlagenabgängen	13.698	473	
Erträge aus der Herabsetzung von Wertberichtigungen auf Forderungen	1.649	1.505	
Übrige periodenfremde Erträge	4.363	5.158	
	42.845	31.679	
Übrige Erträge	18.115	18.055	
	60.960	49.734	

(15) MATERIALAUFWAND

MATERIALAUFWAND		T 30
TSD. €	2017	2016
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.510.679	1.503.589
Aufwendungen für bezogene Leistungen	57.807	55.492
	1.568.486	1.559.081

Im Materialaufwand sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 21,1 Mio. Euro (Vorjahr periodenfremde Aufwandsminderungen in Höhe von 2,7 Mio. Euro) enthalten.

(16) PERSONALAUFWAND

PERSONALAUFWAND		T 31
TSD. €	2017	2016
Löhne und Gehälter	158.621	154.401
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	47.168	41.254
(davon für Altersversorgung)	(16.715)	(12.784)
	205.789	195.655

Im Durchschnitt des Berichtsjahres beschäftigte Mainova 2.520 (Vorjahr 2.533) Arbeitnehmer, davon 571 (Vorjahr 561) Frauen. Die von Mainova getragenen anteiligen Kosten in Höhe von 2,3 Mio. Euro (Vorjahr 1,9 Mio. Euro) für weitere 98 (Vorjahr 82) Auszubildende, die wir im Jahresdurchschnitt im Rahmen des Ausbildungspools der SWFH beschäftigten, sind in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten.

Bei den Aufwendungen für Altersversorgung handelt es sich im Wesentlichen um ZVK-Umlagen.

Im Personalaufwand sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 3,0 Mio. Euro (Vorjahr keine) enthalten.

**(17) ABSCHREIBUNGEN AUF IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE
DES ANLAGEVERMÖGENS UND SACHANLAGEN**

Im Jahr 2017 wurden außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 0,2 Mio. Euro (Vorjahr 0,9 Mio. Euro) vorgenommen.

(18) SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN		T 32
TSD. €	2017	2016
Konzessionsabgabe	54.057	49.258
Leistungsverrechnung Konzerngesellschaften	35.345	33.481
Fremdleistungen (Verwaltung, IT, Gebäude)	27.391	26.039
Zuführungen zu Rückstellungen	10.813	20.806
Übrige	39.750	37.476
	167.356	167.060

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 3,5 Mio. Euro (Vorjahr 2,5 Mio. Euro) enthalten.

(19) ERGEBNIS AUS FINANZANLAGEN

ERGEBNIS AUS FINANZANLAGEN		T 33
TSD. €	2017	2016
Erträge aus Beteiligungen	14.209	13.969
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(3.625)	(2.589)
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	12.753	11.551
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	455	474
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(298)	(322)
Abschreibungen auf Finanzanlagen	15.353	14.513
Aufwendungen aus Verlustübernahme	13.259	4.023
	-1.195	7.458

Der Rückgang des Ergebnisses aus Finanzanlagen resultierte im Wesentlichen aus Aufwendungen aus Verlustübernahme für ein verbundenes Unternehmen.

(20) ZINSERGEBNIS

ZINSERGEBNIS		T 34
TSD. €	2017	2016
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	477	1.081
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(37)	(21)
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	11.778	6.661
(davon an verbundene Unternehmen)	(83)	(4)
	-11.301	-5.580

Im Zinsergebnis sind wie im Vorjahr keine periodenfremden Sachverhalte enthalten.

Die Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen betragen 8,3 Mio. Euro (Vorjahr 3,1 Mio. Euro).

(21) STEUERN

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag setzen sich wie folgt zusammen:

STEUERN		T 35
TSD. €	2017	2016
Körperschaftsteuer		
Körperschaftsteuerumlage von der SWFH	9.200	12.644
Körperschaftsteuer auf die Ausgleichszahlung an die außenstehenden Aktionäre	2.437	2.437
	11.637	15.081
Gewerbsteuer		
Gewerbsteuerumlage von der SWFH	11.006	14.089
	11.006	14.089
	22.643	29.170

4. GESCHÄFTE GRÖßEREN UMFANGS, DIE MIT NAHESTEHENDEN UNTERNEHMEN UND PERSONEN DER MAINOVA GETÄTIGT WURDEN

Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen, welche die Mainova beherrschen oder maßgeblich beeinflussen, sowie Beziehungen zu Unternehmen, die von Mainova beherrscht oder maßgeblich beeinflusst werden, werden nachfolgend angegeben.

Durch die Beteiligung der Stadt Frankfurt am Main über den Mehrheitsgesellschafter SWFH ist Mainova ein von diesen Gesellschaftern beherrschtes Unternehmen.

Im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit unterhält die Mainova Geschäftsbeziehungen zu zahlreichen nahestehenden Personen und Unternehmen.

Dazu gehören neben der Stadt Frankfurt am Main sowie deren Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die SWFH sowie deren Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die Thüga Aktiengesellschaft (Thüga) und deren Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen sowie die Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen der Mainova.

Mit nahestehenden natürlichen Personen des Managements in Schlüsselpositionen sowie deren nächsten Familienangehörigen haben keine wesentlichen Transaktionen stattgefunden. Als Management in Schlüsselpositionen ist bei der Mainova nur der Vorstand anzusehen.

Folgende Tabelle gibt eine Übersicht über alle Geschäfte, die mit nahestehenden Unternehmen getätigt wurden:

GESCHÄFTE MIT NAHESTEHENDEN UNTERNEHMEN

T 36

TSD. €	SWFH sowie deren Tochterunternehmen, Stadt Frankfurt am Main sowie deren Tochterunternehmen ⁽¹⁾		Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen der SWFH und der Stadt Frankfurt am Main		Thüga und deren Tochterunternehmen und Gemeinschaftsunternehmen		Tochterunternehmen der Mainova ⁽¹⁾		Gemeinschaftsunternehmen der Mainova		Assoziierte Unternehmen der Mainova ⁽¹⁾	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Energie- und Wasserlieferungen												
Umsatzerlöse	106.168	114.529	8.708	10.494	96.288	109.169	64.770	53.190	15.518	21.694	68.558	71.531
Materialaufwand	48	51	2.443	2.415	232.900	327.204	267.844	221.060	13.496	8.693	272.618	276.606
Forderungen	38.598	35.165	529	726	–	19	45.739	43.445	1.426	868	10.974	14.310
Verbindlichkeiten	19.064	1.604	–	–	7.179	6.814	47.141	49.094	769	739	27.314	41.329
Sonstiges												
Erträge	38.362	40.644	46	48	30	3.859	269.008	266.952	7.815	8.369	8.211	7.602
Aufwendungen	162.341	159.087	11	47	887	1.000	91.872	77.472	676	385	610	1.281
Forderungen	–	–	–	–	596	–	47.816	40.339	–	132	3.814	9.844
Verbindlichkeiten	34.518	29.337	132	118	300	300	245.722	194.706	2.339	4.365	4.136	10.295

⁽¹⁾ Angaben gemäß § 6b Abs. 2 EnWG

Bei dem Materialaufwand mit Tochterunternehmen handelt es sich insbesondere um Netzdienstleistungen. Der Materialaufwand mit assoziierten Unternehmen beinhaltet im Wesentlichen den Gasbezug.

Die Forderungen betreffen insbesondere das Cash Pooling gegenüber der SWFH. Die Gewinnabführung in Höhe von 82,7 Mio. Euro (Vorjahr 75,7 Mio. Euro) an die SWFH hat sich mindernd auf die Forderungen ausgewirkt.

Die sonstigen Erträge mit Tochterunternehmen bestehen insbesondere aus Netzpacht, Personalgestellung und sonstigen Verrechnungen.

In den sonstigen Erträgen und Aufwendungen mit Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen sind ferner die Beteiligungserträge und Ergebnisübernahmen sowie Zinserträge und -aufwendungen enthalten.

Alle Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen sind zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossen worden und unterscheiden sich grundsätzlich nicht von den Lieferungs- und Leistungsbeziehungen mit anderen Unternehmen.

Zur Besicherung der Darlehen der Mainova hat die Stadt Frankfurt am Main Bürgschaften in Höhe von 51,3 Mio. Euro (Vorjahr 63,4 Mio. Euro) abgegeben. Negativklauseln wurden in Höhe von insgesamt 11,0 Mio. Euro (Vorjahr 12,0 Mio. Euro) geleistet.

5. SONSTIGE ANGABEN

HONORAR DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Das im Geschäftsjahr 2017 für den Jahresabschlussprüfer, die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, erfasste Honorar setzt sich wie folgt zusammen:

HONORAR DES ABSCHLUSSPRÜFERS

T 37

TSD. €	Januar bis Dezember 2017	Januar bis Dezember 2016
Abschlussprüfungsleistungen	316	370
Andere Bestätigungsleistungen	47	33
Sonstige Leistungen	121	121

Von den Abschlussprüfungsleistungen entfallen 25 Tsd. Euro (Vorjahr 28 Tsd. Euro) auf Auslagen. Ferner ist ein Ertrag in Höhe von 14 Tsd. Euro aus Rückstellungsaufösungen für Vorperioden (im Vorjahr Aufwand in Höhe von 30 Tsd. Euro) enthalten.

Die anderen Bestätigungsleistungen betreffen Prüfungen nach dem EEG und Prüfungen von Konzessionsabgaben für Städte und Gemeinden. In den sonstigen Leistungen sind insbesondere Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Einführung neuer IFRS-Standards sowie für Mengenanalysen enthalten.

Für beherrschte Unternehmen wurden im Geschäftsjahr 2017 von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft folgende Leistungen erbracht:

HONORAR DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR BEHERRSCHTE UNTERNEHMEN

T 38

TSD. €	Januar bis Dezember 2017	Januar bis Dezember 2016
Abschlussprüfungsleistungen	165	161
Andere Bestätigungsleistungen	17	24
Sonstige Leistungen	2	3

GESAMTBZÜGE DER MITGLIEDER DES VORSTANDS UND DES AUFSICHTSRATS

Für die Festlegung der Gesamtbezüge der einzelnen Vorstandsmitglieder ist gemäß dem am 5. August 2009 in Kraft getretenen Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) das Aufsichtsratsplenium zuständig.

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder setzt sich aus einer fixen und einer variablen Vergütung zusammen. Die fixe Vergütung besteht aus einer Grundvergütung und einem Tantiemeanteil. Lediglich die Grundvergütung ist ruhegehaltstfähig. Zusätzlich erhalten die einzelnen Vorstandsmitglieder Sachleistungen, die im Wesentlichen marktübliche Versicherungsleistungen und Dienstwagen umfassen. Die variable Vergütung teilt sich in eine kurzfristige variable Vergütungskomponente sowie ein langfristiges Anreizprogramm (LAP) auf.

Die Höhe der kurzfristigen variablen Vergütungskomponente ist an das Erreichen von Finanzziele gekoppelt. Sie bemisst sich dabei am Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT Mainova-Konzern nach HGB). Wird ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit aufgrund der Änderung des HGB in 2015 nicht mehr ausgewiesen, so bestimmt sich das Konzern-EBT dabei als Ergebnis nach Steuern gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 15 HGB zuzüglich Steuern vom Einkommen und Ertrag gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 14 HGB.

Um die Nachhaltigkeit und Langfristigkeit der Vergütungsstruktur zu erhöhen und den Anforderungen des VorstAG in vollem Umfang zu genügen, nehmen die Vorstandsmitglieder an dem langfristigen Anreizprogramm LAP teil. Die Auszahlung im Rahmen des LAP erfolgt am Ende eines dreijährigen Performancezeitraums. Dabei bestimmt das Erreichen von vorab definierten finanziellen und qualitativen Erfolgszielen die Höhe der Auszahlung. Als finanzielles Erfolgsziel dient dabei das erreichte kumulierte Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT Mainova-Konzern nach HGB) während des Performancezeitraums. Wird ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit aufgrund der Änderung des HGB in 2015 nicht mehr ausgewiesen, so bestimmt sich das Konzern-EBT dabei als Ergebnis nach Steuern gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 15 HGB zuzüglich Steuern vom Einkommen und Ertrag gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 14 HGB. Als qualitative Erfolgsziele werden die „Kundenzufriedenheit“ und „Mitarbeiterzufriedenheit“ herangezogen.

Die Auszahlung der langfristigen variablen Vergütungskomponente ist nach oben hin begrenzt (Kappung). Werden die Mindestziele in allen Komponenten nicht erreicht, so entfällt eine Auszahlung der langfristigen variablen Vergütung vollständig.

Für die kurzfristige und langfristige variable Vergütung hat der Aufsichtsrat eine Anpassungsmöglichkeit für außerordentliche Entwicklungen vereinbart.

Im Rahmen der Vergütungsanpassung in 2016 wurde anlässlich der Reduzierung der Vorstandsmitglieder die nachfolgende Vergütungsregelung vereinbart: Im Fall der Erhöhung der Anzahl der Vorstandsmitglieder der Mainova AG auf mehr als drei werden mit Ablauf des Kalenderhalbjahres, in dem die Erhöhung der Vorstandsmitglieder wirksam wird, das feste Jahresgehalt und die Zieltantieme (kurzfristige variable Vergütungskomponente) sowie der garantierte Teil der Zieltantieme um einen jeweils fest definierten Betrag gekürzt. Der Aufsichtsrat wird spätestens mit Wirksamwerden der Kürzung die betroffenen Vergütungselemente wohlwollend überprüfen.

Die Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene haben Anspruch auf Ruhegehalt beziehungsweise Hinterbliebenenversorgung. Als Ruhegehalt werden ab dem Eintritt in den Vorstand der Mainova 35 % der zuletzt bezogenen Grundvergütung garantiert. Abweichend hiervon erhält ein Vorstandsmitglied aufgrund der hohen Versorgungsanswartschaften aus früheren Anstellungsverhältnissen, welche angerechnet werden, ab dem Eintritt in den Vorstand der Mainova 45 % der zuletzt bezogenen Grundvergütung. Der Anspruch von 35 % beziehungsweise 45 % erhöht sich mit dem Ablauf eines jeden Jahres als Vorstandsmitglied der Mainova um jeweils 2 % bis zum im Dienstvertrag geregelten Höchstbetrag. Der fixe Tantiemeanteil wird bei der Berechnung des Ruhegehalts nicht berücksichtigt.

Die nachfolgenden Übersichten zeigen die gewährten Zuwendungen und die Zuflüsse im Geschäftsjahr 2017 des Vorstands nach dem Deutschen Corporate Governance Kodex und die Gesamtbezüge nach DRS 17:

BEZÜGE DES VORSTANDS (GEWÄHRTE ZUWENDUNGEN)

T 39

100 % ZE	Dr. Constantin H. Alsheimer Vorstandsvorsitzender Eintritt: 01.01.2006 (bestellt bis 31.12.2018)				Lothar Herbst Personalvorstand Eintritt: 01.01.2006 (bestellt bis 31.12.2020)			
	2016	2017	2017 (Min)	2017 (Max)	2016	2017	2017 (Min)	2017 (Max)
€								
Festvergütung	322.256	329.988	329.988	329.988	244.464	250.332	250.332	250.332
Nebenleistungen	41.977	44.346	44.346	44.346	21.631	19.166	19.166	19.166
Summe	364.233	374.334	374.334	374.334	266.095	269.498	269.498	269.498
Einjährige variable Vergütung	133.952	131.376	71.420	(¹⁾)	111.176	109.038	65.270	(¹⁾)
Mehrjährige variable Vergütung (LAP)	97.000	97.000	–	145.500	70.000	77.000	–	115.000
Planbezeichnung (Performancezeitraum)	2014–2016		2015–2017		2014–2016		2015–2017	
Summe	595.185	602.710	445.754		447.271	455.536	334.768	
Versorgungsaufwand nach IAS 19	174.016	214.116	214.116	214.116	238.524	270.124	270.124	270.124
Gesamtvergütung (DCGK)	769.201	816.826	659.870	(²⁾)	685.795	725.660	604.892	(²⁾)
Gesamtvergütung (ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand)	553.208	558.364	401.408	(²⁾)	425.640	436.370	315.602	(²⁾)

¹⁾kein Cap, Koppelung an EBT Mainova-Konzern

²⁾keine Angabe, da kein Cap bei einjähriger variabler Vergütung

BEZÜGE DES VORSTANDS (GEWÄHRTE ZUWENDUNGEN)

T 39

100 % ZE	Norbert Breidenbach Vorstand Eintritt: 01.07.2013 (bestellt bis 30.11.2020)			
	2016	2017	2017 (Min)	2017 (Max)
€				
Festvergütung	244.464	250.332	250.332	250.332
Nebenleistungen	14.291	16.899	16.899	16.899
Summe	258.755	267.231	267.231	267.231
Einjährige variable Vergütung	117.416	115.158	65.270	(¹⁾)
Mehrjährige variable Vergütung (LAP)	87.000	87.000	–	130.500
Planbezeichnung (Performancezeitraum)	2014–2016		2015–2017	
Summe	463.171	469.389	332.501	
Versorgungsaufwand nach IAS 19	47.534	34.354	34.354	34.354
Gesamtvergütung (DCGK)	510.705	503.743	366.855	(²⁾)
Gesamtvergütung (ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand)	448.880	452.490	315.602	(²⁾)

¹⁾kein Cap, Koppelung an EBT Mainova-Konzern

²⁾keine Angabe, da kein Cap bei einjähriger variabler Vergütung

BEZÜGE DES VORSTANDS (ZUFLUSS)

T 40

€	Dr. Constantin H. Alsheimer Vorstandsvorsitzender Eintritt: 01.01.2006 (bestellt bis 31.12.2018)		Lothar Herbst Personalvorstand Eintritt: 01.01.2006 (bestellt bis 31.12.2020)		Norbert Breidenbach Vorstand Eintritt: 01.07.2013 (bestellt bis 30.11.2020)	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Festvergütung	329.988	322.256	250.332	244.464	250.332	244.464
Nebenleistungen	44.346	41.977	19.166	21.631	16.899	14.291
Summe	374.334	364.233	269.498	266.095	267.231	258.755
Einjährige variable Vergütung	163.576	154.560	135.763	128.280	143.383	135.480
Mehrfürige variable Vergütung (LAP)	112.520	104.760	89.320	75.600	100.920	93.960
Planbezeichnung (Performancezeitraum)	2015–2017	2014–2016	2015–2017	2014–2016	2015–2017	2014–2016
Sonstiges	–	–	–	–	–	–
Summe	650.430	623.553	494.581	469.975	511.534	488.195
Versorgungsaufwand nach IAS 19	214.116	174.016	270.124	238.524	34.354	47.534
Gesamtvergütung (DCGK)	864.546	797.569	764.705	708.499	545.888	535.729
Gesamtvergütung (ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand)	606.084	581.576	475.415	448.344	494.635	473.904

Die Pensionsverpflichtungen für die Mitglieder des Vorstands gehen aus der nachfolgenden Übersicht hervor:

PENSIONSVERPFLICHTUNGEN FÜR DEN VORSTAND

T 41

€	2017		2016	
	Barwert der Pensionsverpflichtung	Veränderung der Rückstellung für Pensionsverpflichtung	Barwert der Pensionsverpflichtung	Veränderung der Rückstellung für Pensionsverpflichtung
Dr. Constantin H. Alsheimer	1.467.340	265.870	1.201.470	144.632
Norbert Breidenbach	122.073	36.096	85.977	7.168
Lothar Herbst	2.436.263	371.495	2.064.768	243.789
Summe	4.025.676	673.461	3.352.215	395.589

Für das Geschäftsjahr 2016 wurden im Jahr 2017 erfolgsabhängige Tantiemen von 693 Tsd. Euro (Vorjahr 579 Tsd. Euro) ausgezahlt.

Im Geschäftsjahr 2017 wurden Vorstandsmitgliedern keine Kredite oder Vorschüsse gewährt.

Für den Fall, dass die Stadt Frankfurt am Main mit dem ihr direkt und indirekt zuzurechnenden Anteil nicht mehr die Mehrheit am stimmberechtigten Grundkapital der Mainova innehat (Kontrollwechsel), oder im Falle eines Rechtsformwechsels gemäß §§ 190 ff. UmwG oder beim Abschluss eines wirksamen Vertrags, der die Mainova der Beherrschung eines anderen Unternehmens außerhalb des Stadtwerke-Frankfurt-Konzerns unterstellt (Beherrschungsvertrag gemäß § 291 Abs. 1 S. 1 1. Alt. AktG), gewährt die Mainova dem Vorsitzenden des Vorstands ein Sonderkündigungsrecht und das Recht zur Niederlegung seines Amtes. Für den Fall der wirksamen und fristgerechten Kündigung und Amtsniederlegung erhält der Vorsitzende des Vorstands eine Abfindung in Höhe des Zweifachen seiner letztmaligen Jahresgesamtbezüge. Maximale Obergrenze ist jedoch die Höhe der Gesamtvergütung für die Restlaufzeit des Dienstvertrags.

Im Geschäftsjahr 2017 bestand für die Unternehmensleitung sowie für die Mitglieder des Aufsichtsrats eine Vermögensschadenshaftpflichtversicherung (D & O-Versicherung). Hierfür sind Versicherungsprämien in Höhe von 122 Tsd. Euro (Vorjahr 121 Tsd. Euro) aufgewendet worden.

Die Vergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2017 geht aus nachfolgender Übersicht hervor:

VERGÜTUNG DES AUFSICHTSRATS

T 42

€	2017			2016		
	Fixe Vergütung	Sitzungs-geld	Summe	Fixe Vergütung	Sitzungs-geld	Summe
Uwe Becker	25.000	6.800	31.800	25.000	4.800	29.800
Peter Arnold	17.000	6.800	23.800	17.000	7.200	24.200
Dr. Christof Schulte	11.333	4.000	15.333	17.000	6.800	23.800
Dr. Jörg Becker	12.000	4.800	16.800	12.000	4.400	16.400
Prof. Dr. Daniela Birkenfeld	15.000	3.200	18.200	15.000	2.800	17.800
Peter Bodens	12.000	4.800	16.800	12.000	4.400	16.400
Nicole Brunner	12.000	4.400	16.400	12.000	4.000	16.000
Dr. Matthias Cord	12.917	3.200	16.117	10.000	1.600	11.600
Reinhold Falk	12.000	5.600	17.600	12.000	5.600	17.600
Markus Frank	10.000	1.200	11.200	10.000	1.200	11.200
René Gehringer	10.000	2.400	12.400	10.000	2.800	12.800
Dr. h. c. Ernst Gerhardt	12.000	5.600	17.600	12.000	5.200	17.200
Rosemarie Heilig	12.000	3.600	15.600	12.000	5.200	17.200
Dr. Gerhard Holtmeier	2.500	–	2.500	–	–	–
Holger Klingbeil	12.000	3.200	15.200	12.000	3.600	15.600
Cornelia Kröll	12.000	2.400	14.400	12.000	3.200	15.200
Stefan Majer	12.000	3.200	15.200	12.000	2.800	14.800
Klaus Oesterling	833	–	833	10.000	1.200	11.200
Ralf-Rüdiger Stamm	12.000	6.400	18.400	12.000	6.400	18.400
Jürgen Wachs	10.000	2.800	12.800	10.000	2.400	12.400
Michaela Wanka	12.000	4.800	16.800	12.000	4.400	16.400
Summe	246.583	79.200	325.783	256.000	80.000	336.000

Die Bezüge des Beirats beliefen sich auf 64 Tsd. Euro (Vorjahr 67 Tsd. Euro).

Die Bezüge ehemaliger Vorstandsmitglieder und ihrer Hinterbliebenen belaufen sich auf 791 Tsd. Euro (Vorjahr 763 Tsd. Euro). Für diese Personengruppe sind Pensionsansprüche in Höhe von 10.953 Tsd. Euro (Vorjahr 10.736 Tsd. Euro) zurückgestellt worden.

NICHT IN DER BILANZ ENTHALTENE GESCHÄFTE

Hinsichtlich der nicht in der Bilanz enthaltenen Geschäfte wird auf die Abschnitte „Haftungsverhältnisse“ und „Sonstige finanzielle Verpflichtungen“ verwiesen.

Darüber hinaus setzt die Mainova bei der Energiebeschaffung zur Absicherung der Risiken sowie zur Erzielung von Handelsmargen derivative Finanzinstrumente ein. Da es sich hier um schwebende Geschäfte handelt, werden diese mit Ausnahme von Vorleistungen oder drohenden Verlusten nicht in der Bilanz erfasst, sondern im Anhang angegeben (siehe nachfolgenden Abschnitt). Bei drohenden Verlusten aus derivativen Finanzinstrumenten, die sich nicht in einer Bewertungseinheit befinden, erfolgt am Bilanzstichtag die Bildung einer Rückstellung.

DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE

Die Mainova setzt derivative Finanzinstrumente überwiegend zur Sicherung gegen Preisänderungsrisiken im Rahmen der Brennstoff-, Strom- und Gasbeschaffung ein.

Die nachfolgende Übersicht gibt einen Überblick über den Bestand an derivativen Finanzinstrumenten:

DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE

T 43

TSD. €	Nominal			Summe Vorjahr	Marktwert			Summe Vorjahr	
	< 1 Jahr	1–5 Jahre	Summe		Positiv	Negativ	Summe		< 1 Jahr
Gas									
Forward (long)	296	--	296	445	–	–8	–8	–8	–20
Forward (short)	296	–	296	446	9	–	9	9	22
Kohle									
Swap (Payer)	11.856	5.450	17.306	35.858	5.607	–	5.607	4.178	6.130
Swap (Receiver)	1.337	–	1.337	–	15	–	15	15	–
Öl									
Swap (Receiver)	1.810	3.789	5.599	6.903	–	–733	–733	–397	–710
Gesamt	15.595	9.239	24.834	43.652	5.631	–741	4.890	3.797	5.422

Die nachfolgende Übersicht gibt einen Überblick über die derivativen Finanzinstrumente, die sich in einer Bewertungseinheit befinden:

DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE IN EINER BEWERTUNGSEINHEIT

T 44

TSD. €	Nominal			Summe Vorjahr	Marktwert			Summe Vorjahr	
	< 1 Jahr	1–5 Jahre	Summe		Positiv	Negativ	Summe		< 1 Jahr
Gas									
Forward (long)	296	–	296	445	–	–8	–8	–8	–20
Forward (short)	296	–	296	446	9	–	9	9	22
Kohle									
Swap (Payer)	9.989	5.450	15.439	35.858	5.062	–	5.062	3.632	6.130
Öl									
Swap (Receiver)	1.810	3.789	5.599	6.903	–	–733	–733	–397	–710
Gesamt	12.391	9.239	21.630	43.652	5.071	–741	4.330	3.236	5.422

Soweit die Voraussetzungen der Einbeziehung in Bewertungseinheiten nicht erfüllt sind, wurde für derivative Finanzinstrumente, die zum Stichtag einen negativen Marktwert aufweisen, eine Drohverlustrückstellung gebildet. Bei derivativen Finanzinstrumenten, die zum Stichtag einen positiven Marktwert aufwiesen, blieb dieser entsprechend des Imparitätsprinzips außer Ansatz.

Im Rahmen der gebildeten Bewertungseinheiten bestanden zum 31. Dezember 2017 wie im Vorjahr keine Drohverlustrückstellungen für Strom- und Gasforwards sowie Kohle-, Gas- und Öl-Swaps mit einem negativen Marktwert.

Das Nominalvolumen der dargestellten derivativen Finanzinstrumente wird unsaldiert angegeben. Es stellt die Summe aller Kauf- und Verkaufsbeträge dar, die den Geschäften zugrunde liegen. Bei der Ermittlung der Nominalwerte wurden nur die Zahlungsströme berücksichtigt, die nach dem 31. Dezember 2017 zu leisten sind.

Die Marktwerte der Derivate werden auf der Basis abgezinster, zukünftig erwarteter Cashflows ermittelt; dabei werden die für die Restlaufzeit der Finanzinstrumente abgeleiteten Forward-Preise verwendet.

Die Höhe der im Rahmen von Bewertungseinheiten abgesicherten Risiken entspricht den aufgeführten negativen Marktwerten der derivativen Finanzinstrumente.

Bei den Strom- und Gas-Forwards handelt es sich um geschlossene Positionen aus Termingeschäften (Micro Hedge). Bei den Bewertungseinheiten (Micro Hedge) mit Kohle-, Gas- und Öl-Swaps handelt es sich um mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen zur Absicherung gegen Preisänderungsrisiken im Rahmen der Brennstoff-, Strom- und Gasbeschaffung. Die designierten Grundgeschäfte entsprechen hinsichtlich des Zeitraums sowie des Volumens im Wesentlichen den in der vorhergehenden Tabelle aufgeführten Werten.

Die Wirksamkeit der Sicherungsbeziehungen wird durch die Critical-Term-Match-Methode nachgewiesen. Gegenläufige Zahlungsströme der durch die Bewertungseinheiten jeweils abgesicherten Risiken werden sich zukünftig vollständig ausgleichen, da alle wertbestimmenden Faktoren zwischen dem abgesicherten Teil des Grundgeschäfts und dem absichernden Teil des Sicherungsinstruments stetig übereinstimmen.

Darüber hinaus werden zur Vermeidung von Preisänderungsrisiken im Rahmen des Stromvertriebs entsprechende Mengen mittels Stromtermingeschäften (OTC-Forwards) für die Jahre 2018 bis 2020 beschafft. Die Stromtermingeschäfte haben zum Bilanzstichtag ein Gesamtnominalvolumen in Höhe von 278,7 Mio. Euro (Vorjahr 305,6 Mio. Euro). Hierfür beträgt die Differenz zwischen der aktuellen Marktbewertung und dem Nominalwert zum Bilanzstichtag 79,1 Mio. Euro (Vorjahr 59,7 Mio. Euro).

Außerdem wurden im Rahmen der Vermarktung der eigenen Stromerzeugungskapazitäten zur Vermeidung des Preisänderungsrisikos Stromterminverkäufe (OTC-Forwards) für die Jahre 2018 bis 2020 mit einem Nominalvolumen in Höhe von 50,8 Mio. Euro (Vorjahr 54,8 Mio. Euro) abgeschlossen. Zum Bilanzstichtag ergibt sich eine Differenz zwischen aktueller Marktbewertung und Nominalwert in Höhe von –12,4 Mio. Euro (Vorjahr –6,5 Mio. Euro).

Zur Absicherung gegen Preisänderungsrisiken im Rahmen des Gasvertriebs wurden für die Jahre 2018 bis 2020 Gastermingeschäfte (OTC-Forwards) abgeschlossen. Diese weisen zum Bilanzstichtag ein Gesamtnominalvolumen in Höhe von 337,7 Mio. Euro (Vorjahr 432,2 Mio. Euro) und eine Differenz zwischen aktueller Marktbewertung und Nominalwert in Höhe von 18,8 Mio. Euro (Vorjahr 21,4 Mio. Euro) aus.

EREIGNISSE NACH ABLAUF DES BERICHTSJAHRES

Es haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres ergeben.

DEUTSCHER CORPORATE GOVERNANCE KODEX

Nach § 161 AktG haben börsennotierte Unternehmen jährlich eine Erklärung zur Beachtung der Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex zu veröffentlichen. Die entsprechende Erklärung von Mainova wurde am 11. Dezember 2017 im Internet abgegeben und den Aktionären dauerhaft zugänglich gemacht (www.mainova.de/entsprechenserklaerung).

Frankfurt am Main, den 16. März 2018



DR. ALSHEIMER



BREIDENBACH



HERBST

6. ORGANE DER GESELLSCHAFT

AUFSICHTSRAT



Uwe Becker

Bürgermeister und Stadtkämmerer
der Stadt Frankfurt am Main
Wohnort: Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats

Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten

- › Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide, Frankfurt am Main (K)
- › Messe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main (K)
- › Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main (K)
- › Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Frankfurt am Main (K)
- › Süwag Energie AG, Frankfurt am Main (K)

Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen

- › Betriebskommission der Hafenbetriebe der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main
- › Betriebskommission Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main, Frankfurt am Main
- › Betriebskommission der Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main
- › Betriebskommission der Stadtentwässerung Frankfurt am Main, Frankfurt am Main (stv V)
- › Betriebskommission der Kita Frankfurt, Frankfurt am Main
- › Betriebskommission der Städtischen Kliniken Frankfurt am Main-Höchst, Frankfurt am Main (stv V)
- › Betriebskommission der Volkshochschule Frankfurt am Main, Frankfurt am Main
- › Dom Römer GmbH, Frankfurt am Main (stv V)
- › Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main (V)
- › Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH, Frankfurt am Main
- › Kliniken Frankfurt-Main-Taunus GmbH, Frankfurt am Main
- › Klinikum Frankfurt Höchst GmbH, Frankfurt am Main
- › RMA Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach am Main
- › RTW Planungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main
- › Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH, Frankfurt am Main
- › Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main, Frankfurt am Main



Peter Arnold

Freigestellter Vorsitzender des Betriebsrats der Mainova AG,
Frankfurt am Main
Wohnort: Oberursel
1. stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats

- › Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main

- › Energieversorgung Main-Spessart Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Aschaffenburg
- › Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen
- › Hanau Netz GmbH, Hanau
- › Oberhessische Gasversorgung Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Friedberg
- › Stadtwerke Hanau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hanau



Dr. Christof Schulte






Mitglied des Vorstands der Thüga Aktiengesellschaft, München
Wohnort: München
2. stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats
bis 15. August 2017

- › ESWE Versorgungs AG, Wiesbaden
- › Stadtwerke Essen Aktiengesellschaft, Essen
- › SWK Stadtwerke Kaiserslautern Versorgungs-AG, Kaiserslautern (stv V)
- › WEMAG AG, Schwerin (V)

- › Aretz GmbH & Co. KG, Krefeld
- › Aqua Engineering GmbH, Selb (stv V)
- › badenova AG & Co. KG, Freiburg im Breisgau
- › Energie Südbayern GmbH, München
- › Energie Waldeck-Frankenberg GmbH, Korbach (stv V)
- › Energieversorgung Sylt GmbH, Westerland (Sylt)
- › erdgas schwaben gmbh, Augsburg
- › Harz Energie GmbH & Co. KG, Osterode am Harz
- › Stadtwerke Radolfzell GmbH, Radolfzell am Bodensee (stv V)
- › Stadtwerk Tauberfranken GmbH, Bad Mergentheim (stv V)
- › SYNECO GmbH & Co. KG i. L., München
- › Thüga Assekuranz Services München Versicherungsmakler GmbH, München (V)
- › Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, München (stv V)
- › Thüga Schadenausgleichskasse VVaG, München (*)

(*) Die Thüga Schadenausgleichskasse München VVaG ist keine Handelsgesellschaft im Sinne von § 100 Abs. 2 Nr. 1 AktG.





AUFSICHTSRAT

	Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
 <p>Dr. Matthias Cord Stellv. Vorsitzender des Vorstands der Thüga Aktiengesellschaft, München Wohnort: Helmstedt 2. stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats seit 4. Oktober 2017</p>	<ul style="list-style-type: none"> › Energieversorgung Mittelrhein AG, Koblenz › N-ERGIE Aktiengesellschaft, Nürnberg › Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover › Stadtwerke Würzburg Aktiengesellschaft, Würzburg › Städtische Werke Aktiengesellschaft, Kassel › WEMAG AG, Schwerin 	<ul style="list-style-type: none"> › Energie- und Wassergesellschaft mbH, Wetzlar (stv V) › Energieversorgung Limburg GmbH, Limburg (stv V) › EKO2 GmbH, Koblenz › Gasversorgung Lahn-Dill GmbH, Wetzlar (stv V) › Gemeindewerke Haßloch GmbH, Haßloch (stv V) › Halberstadtwerke GmbH, Halberstadt (stv V) › Heizkraftwerke Würzburg GmbH, Würzburg › Stadtwerke Energie Jena-Pößneck GmbH, Jena › Stadtwerke Frankenthal GmbH, Frankenthal (stv V) › Stadtwerke Homburg GmbH, Homburg (stv V) › Stadtwerke Neuss Energie und Wasser GmbH, Neuss › Stadtwerke Würzburg Aktiengesellschaft, Würzburg › Städtische Werke Energie + Wärme GmbH, Kassel › Städtische Werke Netz + Service GmbH, Kassel › Stadtwerke Zweibrücken GmbH, Zweibrücken (stv V) › SYNECO GmbH & Co. KG i. L., München (stv V) › Zwickauer Energieversorgung GmbH, Zwickau (stv V)
 <p>Gabriele Aplen Bereichsleiterin der Thüga Aktiengesellschaft, München Wohnort: München seit 12. Februar 2018</p>	<ul style="list-style-type: none"> › N-ERGIE Aktiengesellschaft, Nürnberg 	<ul style="list-style-type: none"> › Energie Südbayern GmbH, München › Energieversorgung Sytt GmbH, Westerland (Sylt) › Stadtwerke Heide GmbH, Heide (stv V) › Stadtwerke Wertheim GmbH, Wertheim (stv V)
 <p>Dr. Jörg Becker Bereichsleiter der Mainova AG, Frankfurt am Main Wohnort: Darmstadt</p>	Keine	Keine
 <p>Prof. Dr. Daniela Birkenfeld Stadträtin der Stadt Frankfurt am Main Wohnort: Frankfurt am Main</p>	<ul style="list-style-type: none"> › ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (K) › Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main (K) 	<ul style="list-style-type: none"> › KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main › Betriebskommission der Kita Frankfurt, Frankfurt am Main › Betriebskommission Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main, Frankfurt am Main (V) › Praunheimer Werkstätten Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (V) › WOHNHEIM GmbH, Frankfurt am Main (V)
 <p>Peter Bodens Kfm. Angestellter Finanzen der Mainova AG, Frankfurt am Main Wohnort: Kahl am Main</p>	Keine	Keine
 <p>Nicole Brunner Referentin Abschluss und Berichterstattung bis 28. Februar 2017 seit 1. März 2017 Controllerin, Mitglied des Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main Wohnort: Villmar</p>	Keine	Keine

AUFSICHTSRAT

		Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
	Reinhold Falk Abteilungsleiter der NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH, Frankfurt am Main Wohnort: Niddatal	<ul style="list-style-type: none"> › Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main 	Keine
	Markus Frank Stadtrat der Stadt Frankfurt am Main Wohnort: Frankfurt am Main	<ul style="list-style-type: none"> › Messe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main (K) 	<ul style="list-style-type: none"> › AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (stv V) › BäderBetriebe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main (V) › Betriebskommission der Hafengebiete der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main (V) › Betriebskommission der Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main (V) › Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum – Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG, Frankfurt am Main (V) › FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH, Frankfurt am Main (stv V) › FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main › Frischezentrum Frankfurt am Main – Großmarkt GmbH, Frankfurt am Main › HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (V) › House of Logistics & Mobility (HOLM) GmbH, Frankfurt am Main › Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH, Frankfurt am Main (V) › tiQs traffiQ-Servicegesellschaft mbH i. L., Frankfurt am Main (bis 10. Januar 2017) › Tourismus- und Congress GmbH, Frankfurt am Main › traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Frankfurt am Main › Wirtschaftsförderung Frankfurt – Frankfurt Economic Development – GmbH, Frankfurt am Main (V)
	René Gehringer Anwendungsberater Freigestelltes Mitglied des Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main Wohnort: Oberursel	Keine	Keine
	Dr. h. c. Ernst Gerhardt Unternehmensberater Beamter im Ruhestand Stadtkämmerer a.D. der Stadt Frankfurt am Main Wohnort: Frankfurt am Main	Keine	<ul style="list-style-type: none"> › WOHNHEIM GmbH, Frankfurt am Main

AUFSICHTSRAT

		Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
	<p>Rosemarie Heilig Stadträtin der Stadt Frankfurt am Main Wohnort: Frankfurt am Main</p>	<p>Keine</p>	<ul style="list-style-type: none"> › AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (V) › Betriebskommission der Stadtentwässerung Frankfurt am Main, Frankfurt am Main › FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH, Frankfurt am Main (V) › Regionalpark Ballungsraum RheinMain Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Flörsheim am Main › Regionalpark Rhein-Main Süd-West Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main › Regionalpark Rhein-Main Taunushang Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Bad Homburg v. d. Höhe › RMA Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach am Main (stv V) › Gemeinnützige Umwelthaus GmbH, Wiesbaden › Wirtschaftsförderung Frankfurt – Frankfurt Economic Development – GmbH, Frankfurt am Main
	<p>Dr. Gerhard Holtmeier Mitglied des Vorstands der Thüga Aktiengesellschaft, München Wohnort: München vom 13. Oktober 2017 bis 22. Januar 2018</p>	<ul style="list-style-type: none"> › badenova Verwaltungs-AG, Freiburg im Breisgau (stv V) › DREWAG – Stadtwerke Dresden GmbH, Dresden › Energieversorgung Mittelrhein AG, Koblenz (stv V) › KEBT Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen Aktiengesellschaft, Erfurt › Städtische Werke Aktiengesellschaft, Kassel › Stadtwerke Essen Aktiengesellschaft, Essen › Thüringer Energie AG, Erfurt 	<ul style="list-style-type: none"> › badenova AG & Co. KG, Freiburg im Breisgau (stv V) › eins energie in sachsen GmbH & Co. KG, Chemnitz (stv V) › EKO2 GmbH, Koblenz (stv V) › Energieversorgung Sylt GmbH, Westerland/Sylt (stv V) › Erdgas Mittelsachsen GmbH, Staßfurt (stv V) › EVI Energieversorgung Hildesheim GmbH & Co. KG, Hildesheim (stv V) › EWR GmbH, Remscheid › Gasstadtwerke Zerbst GmbH, Zerbst (stv V) › Gasversorgung Westerwald GmbH, Höhr-Grenzhausen › GEW Wilhelmshaven GmbH, Wilhelmshaven (stv V) › homeandsmart GmbH, Karlsruhe › Rhein Hessische Energie- und Wasserversorgungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Ingelheim am Rhein (stv V) › RhönEnergie Fulda GmbH, Fulda (stv V) › Städtische Werke Energie + Wärme GmbH, Kassel › Städtische Werke Netz + Service GmbH, Kassel › Stadtwerke Ansbach GmbH, Ansbach (stv V) › Stadtwerke Energie Jena-Pößneck GmbH, Jena (stv V) › Stadtwerke Jena GmbH, Jena › SWP Stadtwerke Pforzheim GmbH & Co. KG, Pforzheim (stv V)
	<p>Holger Klingbeil Anwendungsberater Mitglied des Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main Wohnort: Flörsheim</p>	<p>Keine</p>	<p>Keine</p>
	<p>Cornelia Kröll Stellv. Landesleiterin ver.di – Landesbezirk Hessen, Frankfurt am Main Wohnort: Frankfurt am Main</p>	<ul style="list-style-type: none"> › Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main (stv V) › APS Airport Personal Service GmbH, Frankfurt am Main 	<p>Keine</p>

AUFSICHTSRAT

		Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
	Stefan Majer Stadtrat der Stadt Frankfurt am Main Wohnort: Frankfurt am Main	<ul style="list-style-type: none"> › ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (K) 	<ul style="list-style-type: none"> › Betriebskommission der Kita Frankfurt, Frankfurt am Main › Betriebskommission der Städtischen Kliniken Frankfurt am Main-Höchst, Frankfurt am Main (V) › DRK – Blutspendedienst Baden-Württemberg-Hessen gemeinnützige GmbH, Mannheim › FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH, Frankfurt am Main › Stiftung Hospital zum Heiligen Geist GmbH, Frankfurt am Main (V) › FÄZ Fachärzteezentrum Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main (V)⁽¹⁾ › Hospital-Service & Catering GmbH, Frankfurt am Main (V)⁽¹⁾ › HP Hospital-Pflege GmbH, Frankfurt am Main (V)⁽¹⁾ › Kliniken Frankfurt-Main-Taunus GmbH, Frankfurt am Main › Krankenhaus Nordwest GmbH, Frankfurt am Main (V)⁽¹⁾ › Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt Höchst GmbH, Frankfurt am Main (V)⁽²⁾ › Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt am Main
	Ralf-Rüdiger Stamm Landesfachbereichsleiter Ver- und Entsorgung ver.di – Landesbezirk Hessen, Frankfurt am Main Wohnort: Friedberg	<ul style="list-style-type: none"> › Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Friedberg › Oberhessische Versorgungsbetriebe AG, Friedberg › Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main 	Keine
	Jürgen Wachs Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirk Frankfurt am Main und Region, Friedberg Wohnort: Mainz	Keine	<ul style="list-style-type: none"> › FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH, Frankfurt am Main
	Michaela Wanka Unternehmensberaterin und Business-Coach Wohnort: Schriesheim	Keine	Keine

⁽¹⁾ Mitgliedschaft begründet durch Amt in Stiftung Hospital zum Heiligen Geist, Frankfurt am Main.

⁽²⁾ Mitgliedschaft begründet durch Amt im Klinikum Frankfurt Höchst GmbH, Frankfurt am Main.

K Konzernmandate gemäß § 100 Abs. 2 S. 2 AktG

V Vorsitz

stv V stellvertretender Vorsitz

VORSTAND

	Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
 <p>Dr. Constantin H. Alsheimer bestellt vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2018 Vorsitzender des Vorstands der Mainova AG, Frankfurt am Main</p>	Keine	<ul style="list-style-type: none"> › Energieversorgung Main-Spessart GmbH, Aschaffenburg (bis 1. Januar 2018) › Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH, Eisenach ([stv V] bis 28. Juni 2017) › Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH, Bad Salzungen (V) (bis 9. Januar 2018) › Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main (V)⁽¹⁾ › Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen › Gasversorgung Offenbach GmbH, Offenbach am Main (stv V) › Hanau Netz GmbH, Hanau (stv V) › Hessenwasser Verwaltungs-GmbH, Groß-Gerau (stv V) › Ohra Energie GmbH, Hörsel › Stadtwerke Dreieich GmbH, Dreieich (stv V) › Stadtwerke Hanau GmbH, Hanau (stv V) › Thüga Holding GmbH & Co. KGaA, München⁽²⁾ (V)⁽³⁾ › Werraenergie GmbH, Bad Salzungen (stv V)
 <p>Norbert Breidenbach bestellt vom 1. Juli 2013 bis 30. November 2020 Mitglied des Vorstands der Mainova AG, Frankfurt am Main</p>	<ul style="list-style-type: none"> › ABO Wind Aktiengesellschaft, Wiesbaden 	<ul style="list-style-type: none"> › Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH, Frankfurt am Main⁽²⁾ › Energieversorgung Main-Spessart GmbH, Aschaffenburg (V) › Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH, Bad Salzungen (bis 9. Januar 2018) › Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main⁽¹⁾ › Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen › Gasversorgung Offenbach GmbH, Offenbach am Main › Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG, Bremen⁽⁴⁾ › Hanau Netz GmbH, Hanau › Hessenwasser Verwaltungs-GmbH, Groß-Gerau › Oberhessische Gasversorgung GmbH, Friedberg › Ohra Energie GmbH, Hörsel › Stadtwerke Dreieich GmbH, Dreieich › Stadtwerke Hanau GmbH, Hanau › Südwestdeutsche Rohrleitungsbau GmbH, Frankfurt am Main (stv V) › SYNECO GmbH & Co. KG i. L., München › Werraenergie GmbH, Bad Salzungen
 <p>Lothar Herbst bestellt vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2020 Mitglied des Vorstands der Mainova AG, Frankfurt am Main</p>	Keine	<ul style="list-style-type: none"> › Energieversorgung Main-Spessart GmbH, Aschaffenburg › Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH, Bad Salzungen (bis 9. Januar 2018) › Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main › Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen (V) › Gasversorgung Offenbach GmbH, Offenbach am Main › Hanau Netz GmbH, Hanau › Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf GmbH & Co. KG, Mörfelden-Walldorf (seit 26. April 2017 [stv V]) › Oberhessische Gasversorgung GmbH, Friedberg ([stv V] bis 19. Juni 2017, seit 20. Juni 2017 [V]) › Ohra Energie GmbH, Hörsel (stv V) › Stadtwerke Hanau GmbH, Hanau › Thüga Holding GmbH & Co. KGaA, München⁽²⁾ (V)⁽³⁾ › Werraenergie GmbH, Bad Salzungen

⁽²⁾ Gesellschafterausschuss

⁽³⁾ Finanzausschuss

⁽⁴⁾ Konsortialausschuss

⁽¹⁾ Koordinierungsausschuss

K Konzernmandate gemäß § 100 Abs. 2 S. 2 AktG

V Vorsitz

stv V stellvertretender Vorsitz

Die Angaben zu den Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien beziehen sich auf den 31. Dezember 2017 beziehungsweise den Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Aufsichtsrat der Mainova.

ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS IM GESCHÄFTSJAHR 2017

ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS

TSD. €	Anschaffungs- oder Herstellungskosten				31.12.2017
	01.01.2017	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen und ähnliche Rechte	124.852	5.803	1.682	239	132.098
2. Geleistete Anzahlungen	33	–	–	11	22
	124.885	5.803	1.682	250	132.120
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	370.601	6.751	18.256	2.355	393.253
2. Technische Anlagen und Maschinen					
a.) Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen, Heizzentralen	685.586	13.031	37.080	1.680	734.017
b.) Verteilungsanlagen					
– Verteilungsnetze	1.873.000	32.713	20.211	2.773	1.923.151
– Hausanschlüsse	351.919	7.265	1.535	9.853	350.866
– Straßenbeleuchtung, Zähler	84.199	3.525	–	68	87.656
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	161.541	4.584	2.739	5.310	163.554
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	93.306	27.596	–81.503	648	38.751
	3.620.152	95.465	–1.682	22.687	3.691.248
III. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	93.345	32.532	–	1.779	124.098
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	11.610	400	–	1.836	10.174
3. Beteiligungen	225.185	4.805	–	32	229.958
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	7.743	–	–	2.371	5.372
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	–	–	–	–	–
6. Sonstige Ausleihungen	1.054	–	–	270	784
7. Genossenschaftsanteile	3	–	–	–	3
	338.940	37.737	–	6.288	370.389
	4.083.977	139.005	–	29.225	4.193.757

T 45

Abschreibungen					Buchwerte	
01.01.2017	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Zuschreibungen	Abgänge	31.12.2017	31.12.2017	31.12.2016
91.047	9.714	-	231	100.530	31.568	33.805
-	-	-	-	-	22	33
91.047	9.714	-	231	100.530	31.590	33.838
205.591	6.083	-	1.941	209.733	183.520	165.010
615.023	11.500	-	1.679	624.844	109.173	70.563
1.537.544	26.992	-	2.698	1.561.838	361.313	335.456
240.822	6.619	-	7	247.434	103.432	111.097
58.920	2.381	-	44	61.257	26.399	25.279
143.045	5.110	-	5.293	142.862	20.692	18.496
-	-	-	-	-	38.751	93.306
2.800.945	58.685	-	11.662	2.847.968	843.280	819.207
4.456	-	-	-	4.456	119.642	88.889
-	-	-	-	-	10.174	11.610
101.791	15.353	-	-	117.144	112.814	123.395
-	-	-	-	-	5.372	7.743
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	784	1.054
-	-	-	-	-	3	3
106.247	15.353	-	-	121.600	248.789	232.694
2.998.239	83.752	-	11.893	3.070.098	1.123.659	1.085.739

BETEILIGUNGEN

BETEILIGUNGEN

T 46

Firma	Sitz	Anteil am Kapital	Eigenkapital der Gesellschaften	Jahresergebnis der Gesellschaften	
			Tsd. €	Jahr	Tsd. €
Verbundene Unternehmen					
Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH ⁽¹⁾	Frankfurt am Main	90,00	7.186	2017	1.938
Energieversorgung Main-Spessart GmbH ⁽¹⁾	Aschaffenburg	100,00	5.000	2017	3.201
Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH	Bad Salzungen	100,00	28.890	2017	3.628
Ferme Eolienne de Migé SARL	Toulouse, Frankreich	100,00	-1.200	2017	-326
Hotmobil Deutschland GmbH ⁽¹⁾	Gottmadingen	100,00	2.816	2017	2.772
Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,00	259.222	2017	38.173
Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	Frankfurt am Main	100,00	42	2017	3
Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	85,00	7.906	2017	229
Mainova PV_Park 1 GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	6.784	2017	700
Mainova PV_Park 3 GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	10.940	2017	433
Mainova ServiceDienste Gesellschaft mbH ⁽¹⁾	Frankfurt am Main	100,00	50	2017	2.964
Mainova Wind Onshore Verwaltungs GmbH	Frankfurt am Main	100,00	39	2017	3
Mainova Windpark Niederhambach GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	4.421	2017	1
Mainova Windpark Remlingen GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	5.563	2017	368
Mainova Windpark Siegbach GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	3.345	2017	97
Netzwerk Offshore Wind Verwaltungs GmbH i.L. ⁽²⁾	Frankfurt am Main	100,00	10	2015	-1
NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH ⁽¹⁾	Frankfurt am Main	100,00	20.902	2017	-13.259
SRM Straßenbeleuchtung Rhein-Main GmbH ⁽¹⁾	Frankfurt am Main	100,00	34	2017	1.914
Zweite Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	Frankfurt am Main	100,00	46	2017	2
Beteiligungen					
a) unmittelbare Beteiligungen					
8KU GmbH	Berlin	12,50	294	2016	6
ABGnova GmbH	Frankfurt am Main	50,00	269	2016	50
ABO Wind AG	Wiesbaden	10,37	69.647	2016	19.118
book-n-drive mobilitätssysteme GmbH	Wiesbaden	33,00	157	2016	101
CEE Mainova Windpark Kirchhain GmbH & Co. KG	Hamburg	30,00	3.807	2016	-11
Dynega Energiehandel GmbH	Frankfurt am Main	6,67	318	2016	2
ENAG/Maingas Energieanlagen GmbH ⁽³⁾	Eisenach	50,00	897	2017	381
eserv GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	50,00	70	2016	20
eserv Verwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	50,00	29	2016	1
Gas-Union GmbH	Frankfurt am Main	34,27	132.410	2016	-42.738
Gasversorgung Main-Kinzig GmbH	Gelnhausen	50,00	24.251	2016	3.427
Gasversorgung Offenbach GmbH ⁽³⁾	Offenbach am Main	25,10	17.916	2017	3.694
Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG	Bremen	25,10	59.314	2016	-4.558
Gemeinschaftskraftwerk Irsching GmbH	Vohburg	15,60	245.574	2016	-14.273
Hessenwasser GmbH & Co. KG	Groß-Gerau	36,36	44.083	2016	5.256
Hessenwasser Verwaltungs-GmbH	Groß-Gerau	36,33	74	2016	3
Infranova Bioerdgas GmbH	Frankfurt am Main	49,90	1.228	2016	277
Joblinge gemeinnützige AG FrankfurtRheinMain	Frankfurt am Main	20,00	71	2016	9
MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH	Frankfurt am Main	50,00	133	2016	112
Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	26,03	8.414	2016	615
Oberhessische Gasversorgung GmbH	Friedberg (Hessen)	50,00	16.598	2016	2.744
Stadtwerke Dreieich GmbH	Dreieich	26,25	18.481	2016	6.622
Stadtwerke Hanau GmbH	Hanau	49,90	31.547	2016	4.699
Südwestdeutsche Rohrleitungsbau GmbH	Frankfurt am Main	29,90	4.706	2016	407
SWM Wind Havelland Holding GmbH & Co. KG	München	12,50	86.600	2016	863

Firma	Sitz	Anteil am Kapital	Eigenkapital der Gesellschaften	Jahresergebnis der Gesellschaften	
		%	Tsd. €	Jahr	Tsd. €
Syneco GmbH & Co. KG i.L. ⁽⁴⁾	München	19,69	3.153	2017	755
Syneco Verwaltungs GmbH i.L. ⁽⁴⁾	München	25,10	28	2017	2
WPE – Hessische Windpark Entwicklungs GmbH	Wiesbaden	49,90	98	2016	44
b) Mittelbare Beteiligungen über Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH					
Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH	Eisenach	23,90	12.942	2016	3.454
Ohra Energie GmbH	Hörsel	49,00	22.824	2016	4.474
Werraenergie GmbH	Bad Salzungen	49,00	24.151	2016	2.505
c) Mittelbare Beteiligungen über Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH					
Thüga Holding GmbH & Co. KGaA ⁽⁵⁾	München	20,53	2.299.974	2016	223.162
e) Mittelbare Beteiligungen über Mainova ServiceDienste GmbH					
Service4EVU GmbH	Coburg	50,00	451	2016	9
f) Mittelbare Beteiligungen über Mainova Windpark Remlingen GmbH & Co. KG					
ABO Wind UW Uettingen GmbH & Co. KG	Heidesheim	28,80	23	2016	10
g) Mittelbare Beteiligungen über NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH					
Hanau Netz GmbH	Hanau	10,00	1.112	2016	379

⁽¹⁾ Ergebnisabführungsvertrag⁽²⁾ Liquidationsabschluss 30. Juni 2015⁽³⁾ Bilanzstichtag 30. September⁽⁴⁾ Liquidationsabschluss 30. April 2017⁽⁵⁾ Konzernabschluss HGB

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Mainova Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES ZUSAMMENGEFASSTEN LAGEBERICHTS

PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben den Jahresabschluss der Mainova Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den zusammengefassten Lagebericht der Mainova Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- › entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und
- › vermittelt der beigefügte zusammengefasste Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser zusammengefasste Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts geführt hat.

GRUNDLAGE FÜR DIE PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht zu dienen.

BESONDERS WICHTIGE PRÜFUNGSACHVERHALTE IN DER PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Werthaltigkeit der Beteiligungen

Zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen verweisen wir auf den Anhang Abschnitt 1.

Das Risiko für den Abschluss

Im Jahresabschluss der Mainova zum 31. Dezember 2017 werden unter den Finanzanlagen Beteiligungen in Höhe von EUR 112,8 Mio ausgewiesen.

Die Beteiligungen werden zu Anschaffungskosten bzw. bei voraussichtlich dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. Den beizulegenden Wert ermittelt die Gesellschaft mithilfe eines DCF-Verfahrens.

Die für das DCF-Verfahren verwendeten Zahlungsströme beruhen auf den Mehrjahresplanungen der jeweiligen Gesellschaften, die mit Annahmen über langfristige Wachstumsraten fortgeschrieben werden. Der jeweilige Kapitalisierungszinssatz wird aus der Rendite einer risikoadäquaten Alternativanlage abgeleitet und zur Diskontierung der geplanten Zahlungsströme verwandt. Ist der so ermittelte beizulegende Wert niedriger als der Buchwert, wird anhand qualitativer und quantitativer Kriterien untersucht, ob die Wertminderung voraussichtlich dauernd ist. Bei einer dauernden Wertminderung wird eine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen.

Die Berechnung des beizulegenden Werts nach dem DCF-Verfahren ist komplex und hinsichtlich der getroffenen Annahmen in hohem Maße von Einschätzungen und Beurteilungen der Gesellschaft abhängig. Dies gilt insbesondere für die Schätzung der künftigen Zahlungsströme und langfristigen Wachstumsraten, die Ermittlung der Kapitalisierungszinssätze sowie die Einschätzung der Dauerhaftigkeit der Wertminderung.

Im Geschäftsjahr 2017 hat Mainova außerplanmäßige Abschreibungen auf Beteiligungen in Höhe von EUR 15,4 Mio vorgenommen. Es besteht das Risiko für den Jahresabschluss, dass die Beteiligungen nicht werthaltig sind.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Unsere Prüfung haben wir risikoorientiert durchgeführt. Dabei haben wir anhand der im Rahmen unserer Prüfungsplanung und unternehmensbezogenen Risikoanalyse gewonnenen Informationen beurteilt, ob Hinweise für Wertminderungen der Beteiligungen vollständig identifiziert wurden.

Nach Wesentlichkeits- und Risikoaspekten haben wir aus den identifizierten Beteiligungen eine repräsentative Auswahl getroffen. Anschließend haben wir für diese Auswahl unter Einbezug unserer Bewertungsspezialisten die Angemessenheit der für die Ermittlung des beizulegenden Werts verwandten wesentlichen Annahmen sowie des Bewertungsmodells beurteilt. Dazu haben wir die erwarteten Zahlungsströme sowie die unterstellten langfristigen Wachstumsraten mit den jeweiligen Unternehmensplanungen abgestimmt, ausgewählte Entwicklungen hinterfragt und dabei zugrundeliegende Annahmen anhand ergänzender Nachweise gewürdigt.

Ferner haben wir uns von der bisherigen Prognosegüte überzeugt, indem wir die Planung für das Vorjahr mit den tatsächlich realisierten Ergebnissen verglichen und Abweichungen kritisch analysiert haben.

Die dem Kapitalisierungszinssatz zugrunde liegenden Annahmen und Parameter, insbesondere den risikofreien Zinssatz, die Marktrisikoprämie und den Betafaktor, haben wir mit eigenen Annahmen und öffentlich verfügbaren Daten verglichen. Zur Sicherstellung der rechnerischen Richtigkeit des verwendeten Bewertungsmodells haben wir die Berechnungen der Gesellschaft auf Basis risikoorientiert ausgewählter Elemente nachvollzogen.

Unsere Schlussfolgerungen

Das der Werthaltigkeitsprüfung der Beteiligungen zugrunde liegende Vorgehen ist sachgerecht und steht im Einklang mit den Bewertungsgrundsätzen. Die Annahmen und Parameter der Gesellschaft sind sachgerecht.

Periodisierung der Umsatzerlöse aus Energie- und Wasserverkauf

Zu angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen verweisen wir auf den Anhang Abschnitt 1.

Das Risiko für den Abschluss

Die Realisierung der Umsatzerlöse aus dem Energie- und Wasserverkauf erfolgt grundsätzlich zu dem Zeitpunkt der Abnahme von Energie bzw. Wasser durch den Kunden. Umsatzerlöse in Bezug auf die zwischen dem letzten Abrechnungszeitpunkt des einzelnen Kunden und dem Bilanzstichtag verkauften Mengen werden hochgerechnet. Aus dem Energie- und Wasserverkauf wurden im Geschäftsjahr 2017 Umsatzerlöse in Höhe von EUR 1,7 Mrd realisiert, von denen ein wesentlicher Teil auf Basis der geschätzten Verkaufsmengen ermittelt wurde.

Aufgrund der hohen Anzahl der Abnahmestellen, der Verwendung von mit Unsicherheiten behafteten Annahmen über das Verbrauchsverhalten der Kunden im Rahmen der Hochrechnung sowie komplexer IT-gestützter Verfahren bei der Ermittlung und Buchung der Erlöse besteht das Risiko für den Jahresabschluss, dass die Umsatzerlöse aus dem Energie- und Wasserverkauf zum Stichtag falsch abgegrenzt werden.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Zur Prüfung der sachgerechten Abgrenzung der Umsatzerlöse aus dem Energie- und Wasserverkauf haben wir unter anderem die Angemessenheit und Wirksamkeit des eingerichteten internen Kontrollsystems zur Abrechnung und Hochrechnung der Umsatzerlöse einschließlich des zum Einsatz kommenden IT-Systems beurteilt. Dabei haben wir auch unsere IT-Spezialisten einbezogen.

Darüber hinaus haben wir die periodengerechte Erfassung der Umsatzerlöse anhand einzelfallbezogener Prüfungshandlungen beurteilt, indem wir u. a. die im Geschäftsjahr den Umsatzerlösen zugrundeliegenden Abnahmemengen mit den entsprechenden dem Bezugsaufwand zugrundeliegenden Mengen gegenübergestellt haben. Die Angemessenheit der den geschätzten Verkaufsmengen zugrundeliegenden Annahmen zum Verbrauchsverhalten der Kunden haben wir beurteilt, in dem wir die korrekte Hinterlegung von Tarifmerkmalen sowie Verwendung aktueller Gradtagzahlen nachvollzogen haben. Zusätzlich haben wir die Güte des eingesetzten Schätzverfahrens durch Vergleich des Schätzergebnisses des Vorjahres mit dem entsprechenden Abrechnungsergebnis beurteilt.

Unsere Schlussfolgerungen

Die Vorgehensweise und die Annahmen bei der Periodenabgrenzung der Umsatzerlöse aus dem Energie- und Wasserverkauf sind sachgerecht.

Bewertung der Rückstellungen für drohende Verluste aus langfristigen Energiebezugsverträgen

Zu angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen verweisen wir auf den Anhang Abschnitt 1.

Das Risiko für den Abschluss

Im Jahresabschluss der Mainova werden Rückstellungen für drohende Verluste aus langfristigen Energiebezugsverträgen gebildet.

Die Bewertung dieser Rückstellungen ist komplex und basiert u. a. auf ermessensbehafteten Annahmen und Prognosen über die zukünftige Entwicklung auf den Energiemärkten. Es besteht somit das Risiko für den Jahresabschluss, dass die Bewertung der Rückstellungen für drohende Verluste aus langfristigen Energiebezugsverträgen nicht angemessen ist.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir die Angemessenheit der wesentlichen Annahmen sowie des Bewertungsverfahrens der Gesellschaft beurteilt. Ein Schwerpunkt lag dabei auf den Einschätzungen der Mainova zur zukünftigen Entwicklung auf den Energiemärkten bis zum Ende der Laufzeit der betreffenden Bezugsverträge. Die Angemessenheit dieser Einschätzungen haben wir durch einen Vergleich mit externen Markteinschätzungen beurteilt.

Die für die Abzinsung der Rückstellungen für drohende Verluste aus langfristigen Energiebezugsverträgen von Mainova angewendeten fristenadäquaten Zinssätze haben wir mit den von der Deutschen Bundesbank bekannt gegebenen Abzinsungssätzen abgeglichen. Die rechnerische Richtigkeit des verwendeten Bewertungsmodells haben wir risikoorientiert auf Basis ausgewählter Elemente nachvollzogen.

Unsere Schlussfolgerungen

Das der Bewertung der Rückstellungen für drohende Verluste aus langfristigen Energiebezugsverträgen zugrundeliegende Vorgehen ist sachgerecht und steht in Einklang mit den geltenden Bewertungsgrundsätzen. Die der Bewertung zugrundeliegenden Annahmen und Prognosen (insb. zur künftigen Entwicklung auf den Energiemärkten) sowie Parameter sind sachgerecht.

SONSTIGE INFORMATIONEN

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen den uns voraussichtlich nach dem Datum dieses Bestätigungsvermerks zur Verfügung gestellten Geschäftsbericht, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und zusammengefassten Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- › wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum zusammengefassten Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- › anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

VERANTWORTUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER UND DES AUFSICHTSRATS FÜR DEN JAHRESABSCHLUSS UND DEN ZUSAMMENGEFASSTEN LAGEBERICHT

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des zusammengefassten Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines zusammengefassten Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im zusammengefassten Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts.

VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES ZUSAMMENGEFASSTEN LAGEBERICHTS

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der zusammengefasste Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und zusammengefassten Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- › identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im zusammengefassten Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- › gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des zusammengefassten Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- › beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- › ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im zusammengefassten Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen

unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- › beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- › beurteilen wir den Einklang des zusammengefassten Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- › führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im zusammengefassten Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DER EINHALTUNG DER RECHNUNGSLEGUNGSPFLICHTEN NACH § 6B ABS. 3 ENWG

Wir haben die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen sind, geprüft. Darüber hinaus haben wir die Tätigkeitsabschlüsse für die Tätigkeiten Stromverteilung und Gasverteilung – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 einschließlich der Angaben zu den Regeln, nach denen die Gegenstände des Aktiv- und Passivvermögens sowie die Aufwendungen und Erträge den gemäß § 6b Abs. 2 Satz 1 bis 4 EnWG geführten Konten zugeordnet worden sind – geprüft.

Nach unserer Beurteilung

- › wurden die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen sind, in allen wesentlichen Belangen erfüllt und
- › entsprechen die beigefügten Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften des § 6b Abs. 3 EnWG.

Wir haben unsere Prüfung nach § 6 b Abs. 5 EnWG unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist nachfolgend sowie im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts“ weitergehend beschrieben.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Einhaltung der Pflichten nach § 6 b Abs. 3 EnWG sowie für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie zur Einhaltung dieser Pflichten als notwendig erachtet haben.

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6 b Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt wurden sowie einen Vermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6 b Abs. 3 EnWG beinhaltet. Die Prüfung umfasst die Beurteilung, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten nach § 6 b Abs. 3 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde.

ÜBRIGE ANGABEN GEMÄSS ARTIKEL 10 EU-APRVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 31. Mai 2017 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 2. November 2017 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2013 als Abschlussprüfer der Mainova Aktiengesellschaft tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Torsten Hauptmann.

Frankfurt am Main, den 16. März 2018

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Hauptmann
Wirtschaftsprüfer

Galic
Wirtschaftsprüfer

VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Mainova AG vermittelt und im Lagebericht, der mit dem Konzernlagebericht zusammengefasst ist, der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Mainova AG so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Mainova AG beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 16. März 2018



DR. ALSHEIMER



BREIDENBACH



HERBST

GRAFIK- UND TABELLENVERZEICHNIS

GRAFIKEN

ZUSAMMENGEFASSTER LAGEBERICHT

G 01	Segmentaufteilung nach Wertschöpfungsstufen	04
G 02	Unsere Unternehmensstrategie	07
G 03	Nachhaltigkeitsmanagement	08
G 04	Primärenergieverbrauch	12
G 05	Preisentwicklung Kohle und Rohöl	13
G 06	Preisentwicklung Erdgas	13
G 07	Preisentwicklung Emissionsrechte	13
G 08	Preisentwicklung Strom	14
G 09	Margen in der Stromerzeugung	14
G 10	Stromerzeugung	15
G 11	Wärme- / Kälteerzeugung	15
G 12	Energieeinsatz der Kraftwerke	15
G 13	Risikomanagementsystem	24

TABELLEN

ZUSAMMENGEFASSTER LAGEBERICHT

T 01	Absatz	14
T 02	Erzeugungsmengen	15
T 03	Bereinigte Segmentergebnisse	16
T 04	Umsatzerlöse	16
T 05	Bilanz (Kurzfassung)	17
T 06	Investitionen	18
T 07	Kapitalflussrechnung	18
T 08	Erwartete Segmententwicklung	22
T 09	Erwartete Investitionen	22
T 10	Gewinn- und Verlustrechnung der Mainova AG (Kurzfassung)	31
T 11	Segmentergebnisse der Mainova AG	31
T 12	Umsatzerlöse der Mainova AG	32
T 13	Bilanz der Mainova AG (Kurzfassung)	32
T 14	Kapitalflussrechnung der Mainova AG	33

JAHRESABSCHLUSS

T 15	Bilanz	36
T 16	Gewinn- und Verlustrechnung	37
T 17	Abschreibungssätze der Sachanlagen	39
T 18	Vorräte	42
T 19	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	42
T 20	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	42
T 21	Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	43
T 22	Rückstellungen	43
T 23	Verbindlichkeiten	44

T 24	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen.....	45
T 25	Sonstige Verbindlichkeiten	45
T 26	Haftungsverhältnisse.....	46
T 27	Finanzielle Verpflichtungen	46
T 28	Umsatzerlöse.....	47
T 29	Sonstige betriebliche Erträge	47
T 30	Materialaufwand	48
T 31	Personalaufwand	48
T 32	Sonstige betriebliche Aufwendungen	48
T 33	Ergebnis aus Finanzanlagen.....	49
T 34	Zinsergebnis.....	49
T 35	Steuern	49
T 36	Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen.....	50
T 37	Honorar des Abschlussprüfers	51
T 38	Honorar des Abschlussprüfers für beherrschte Unternehmen	51
T 39	Bezüge des Vorstands (gewährte Zuwendungen)	53
T 40	Bezüge des Vorstands (Zufluss)	54
T 41	Pensionsverpflichtungen für den Vorstand	54
T 42	Vergütung des Aufsichtsrats	55
T 43	Derivative Finanzinstrumente.....	56
T 44	Derivative Finanzinstrumente in einer Bewertungseinheit.....	56
T 45	Entwicklung des Anlagevermögens	64
T 46	Beteiligungen.....	66